
**Stadtmacherinnen und Stadtmacher –
Zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin
in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik**

Abschlussbericht zur Explorationsstudie im Auftrag des
Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw)

Berlin, April 2017



Wissenschaftliche Bearbeitung

DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration

Dr. Frank Gesemann (Gesamtprojektleitung), Martin Kriemann, Alexander Seidel

(mit Unterstützung durch Viola Kammertöns und Lina Thal)

L.I.S.T – Lösungen im Stadtteil. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH

Christian Luchmann, Tom Thal, Susanne Walz (Projektleitung L.I.S.T.)

Wissenschaftliche Begleitung: Prof. Dr. Margit Mayer

Inhalt

Zentrale Ergebnisse	4
1. Einführung	7
2. Methodik und Vorgehensweise.....	9
3. Rahmenbedingungen der Berliner Stadtentwicklungs- und Flüchtlingspolitik	12
3.1. Berliner Stadtentwicklung zwischen Wachstum, Polarisierung und Protest.....	12
3.2. Exkurs: Das Festival „Make City – Make Berlin“	15
3.3. Aufnahme von Geflüchteten und neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements.....	17
3.4. Koordinierungsmodelle in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe.....	20
4. Neue intermediäre Akteure in Berlin – Ergebnisse einer ersten Exploration	23
4.1. Wohnen und Nachbarschaft	25
4.2. Flüchtlings- und Willkommensinitiativen.....	26
4.3. Integration und Partizipation von Zugewanderten	28
4.4. Bildung	29
4.5. Stadtentwicklung und Kommunikation	30
4.6. Ergebnisse der Interviews mit Expertinnen und Experten	32
4.7. Ergebnisse des Experten-Workshops.....	33
5. Vertiefende Fallanalysen	35
5.1. Kotti & Co	35
5.2. Initiative Bundesplatz e.V.	41
5.3. Initiative Haus der Statistik	41
5.4. Hellersdorf hilft e.V.	50
5.5. Willkommen im Westend	55
6. Zusammenführung der Ergebnisse	59
6.1. Synopse der untersuchten Stadtmacher*innen	60
6.2. Strategien und Selbstverständnis der untersuchten Akteure.....	67
6.3. Horizontale Netzwerke und Kommunikationsstrukturen.....	69
6.4. Vertikale Netzwerke und Kommunikationsstrukturen: Praxis der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Politik/Verwaltung.....	71
6.5. Formen vertikaler Kooperation in den einzelnen Handlungsfeldern	72
6.6. Wirkungen.....	75
6.7. Politisierung und Visionen	76
Literatur.....	78
Anhänge	83
Anhang A – Kurzprotokoll Gruppendiskussion Willkommensinitiativen	84
Anhang B – Kurzprotokoll Gruppendiskussion Ehrenamtskoordination	89
Anhang C – Übersicht der Gesprächspartner*innen.....	96

Zentrale Ergebnisse

Kooperationsstrukturen

- Die untersuchten zivilgesellschaftlichen Initiativen weisen im Hinblick auf Engagementpotenziale, Beteiligungsansprüche und Vermittlung ihrer Interessen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Basis des kooperativen Agierens aller Initiativen ist es, ihre Anliegen durch die Suche nach aktiven Unterstützer*innen, vielfältige Formen des Protests und die Suche nach geeigneten Partnern zu schärfen, zu verstärken und öffentlich sichtbar zu machen bzw. an dafür zuständige politische und administrative Akteure heranzutragen und diese zum Handeln zu bewegen.
- Strukturelle Unterschiede zwischen den untersuchten Initiativen ergeben sich vor allem zwischen den beiden Themenfeldern: Akteure im Bereich der Stadtentwicklung verfügen über eine längere Geschichte in der Artikulation ihrer Interessen und Durchsetzung ihrer Ziele, während die Willkommensinitiativen ein neues, auf die Aufnahme und Integration von Geflüchteten bezogenes Phänomen sind, deren strukturelle Verankerung noch fragil und deren langfristige Rolle, z.B. in Bezug auf die Integration von Geflüchteten, noch nicht abzusehen ist.
- Die zivilgesellschaftlichen Akteure spielen eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen Bürger*innen und Verwaltung, in dem lokale Anliegen in oft hoher Professionalität bearbeitet, mit Fachwissen verknüpft sowie durch vertikale und horizontale Netzwerke in politische Aushandlungsprozesse übertragen werden. „Neu“ an diesen Intermediären ist vor allem die starke horizontale Vernetzung, die hohe Geschwindigkeit bei der Aktivierung von Engagement und Protestpotenzialen sowie die Qualität und Quantität, mit der stadtgeseftliche Anliegen außerhalb „klassischer“ Vermittler erfolgreich in der Öffentlichkeit vertreten und platziert werden.
- Die Initiativen sind auf der horizontalen Ebene äußerst vielfältig, flexibel und oft informell, aber dennoch stabil vernetzt und erschließen sich dadurch Zugang zu bestehenden Ressourcen. Im politischen Raum, in dem sich die Initiativen bewegen, ist „Horizontalität“ dabei mehrdimensional: Es gibt auch in horizontaler Betrachtung „höhere Ebenen“ – beispielsweise von Akteuren mit nützlicher Expertise oder ermöglichenden Zugängen. Die breite Vernetzung ermöglicht das Suchen und Finden von Partnern, die ein Wirken in „höhere Ebenen“ bis hin zu politischen und administrativen, also klassischen „vertikalen“ Ebenen eröffnen.
- Die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und ihre Kooperation mit der Verwaltung ist auf kommunaler, also bezirklicher Ebene, bei den meisten untersuchten Initiativen sehr ausgeprägt. Eine positive Grundhaltung in den Bezirken resultiert teilweise auch aus einer gemeinsamen Konflikthaltung gegenüber der Landesebene. Willkommensinitiativen profitieren zudem davon, dass sie auf Grund der „plötzlichen Notsituation“ eine unverzichtbare Unterstützung für die Bezirke bei der Versorgung von Geflüchteten darstellten. Diese Ausnahmesituation hat Möglichkeitsräume eröffnet, die unter „normalen“ Umständen nicht vorstellbar gewesen wären.
- Auf der Landesebene fällt es den Initiativen dagegen wesentlich schwerer, Gehör für ihre Anliegen zu gewinnen. Zu den Hemmnissen gehört vor allem der Mangel an Schnittstellen. So fehlen zumeist konkrete und formelle Ansprechpartner*innen in der Landesverwaltung.
- Vorhandene Ansprechpartner*innen in den bezirklichen Verwaltungen sind schwach aufgestellt oder ihre Zuständigkeiten und Rollen sind häufig noch unklar (z.B. Ehrenamtskoordinator*innen, Flüchtlingskoordinatoren*innen). Die Wirksamkeit erfolgversprechender Schnittstellen, bei-

spielsweise der Sozialraumkoordination, wird innerhalb der Verwaltung durch vertikale Prozesse und fehlendes Querschnittsdenken begrenzt.

- Die beiden politischen Ebenen (Bezirk und Land) sind durch unterschiedliche Politik- und Partizipationsvorstellungen geprägt: Auf kommunaler/bezirklicher Ebene zeigt sich häufig eine wertschätzende, auf Landesebene eher eine instrumentelle Vorstellung zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Auf Landesebene ist der Drang nach stringentem „Durchregieren“ auf der Grundlage von Koalitionsvereinbarungen vorherrschend; ein „Aufsuchen“ zivilgesellschaftlicher Meinungen bzw. Offenheit und entsprechendes Querdenken sind wenig verbreitet. Notwendig für einen demokratischen stadtpolitischen Prozess ist aber eine Beteiligungskultur, die politische Maßnahmen durch gegenseitige Rückkopplung und Austausch mit der Stadtgesellschaft trifft oder legitimiert.
- Ausnahmen davon finden sich in Form engagierter Einzelpersonen in der Verwaltung, welche sich zivilgesellschaftlicher Anliegen annehmen und bereit sind, innovative Wege einzuschlagen. Deren Handlungsspielräume sind jedoch strukturell begrenzt. Innovationsschübe entstehen dagegen dort, wo beispielsweise bei externen Stellenbesetzungen Mitarbeiter*innen übernommen werden, die aus einem zivilgesellschaftlichen Umfeld kommen.

Wirkungen

- Das Mobilisierungspotenzial für lokale Anliegen hat sich in den letzten Jahren stark erhöht. Immer häufiger gelingt es Initiativen der Stadtgesellschaft, eigene Ideen im politischen Raum zu artikulieren und in politische Aushandlungsprozesse einzubringen.
- Den Initiativen gelingen jedoch nur wenige strukturelle Veränderungen und Erfolge, da es an der dafür notwendigen administrativen Offenheit sowie geeigneten Schnittstellen zum Einbringen zivilgesellschaftlicher Anliegen mangelt. Viele Teilerfolge werden durch erfolgreich aufgebauten öffentlichen Druck erzwungen, nicht jedoch durch symmetrischen politischen Austausch. Zum Teil gelingt es den Initiativen, in einer vergleichsweise visions- und innovationsarmen Verwaltung innovative Strukturen anzuregen (z.B. Ermöglichung direkter Wege und Einsatz für ein Anliegen statt „Dienst nach Vorschrift“, Ehrenamts- und Flüchtlingskoordination).
- Die Initiativen entfalten ihre Wirkungen vor allem über die Aneignung von Wissen und den Aufbau von Fachexpertise, sodass beteiligte Einzelpersonen – meist unbeabsichtigt – zu „zivilgesellschaftlichen Expert*innen“ werden, welche teilweise auch weit über die Anliegen der Initiative hinaus gefragt sind. Darüber hinaus ist es durch horizontale Vernetzung leicht möglich, an unterstützende Expert*innen zu kommen. Fachlichkeit und Expertise fließen somit nicht mehr nur aus der Verwaltung in Aushandlungsprozesse ein, sondern auch aus der Zivilgesellschaft. Administrativen Sichtweisen werden somit konkurrierende Perspektiven entgegengestellt. Wissen ist – auch durch Online-Kommunikation und soziale Netzwerke – schneller mobilisierbar, schneller aufzubereiten und lässt sich leichter weiter verbreiten.
- Die Initiativen haben eine positive Wirkung auf den sozialen Zusammenhalt und die lokale Demokratie: Sie fördern beispielsweise das Miteinander vor Ort, die Kommunikation zwischen Nachbar*innen und die Inklusion benachteiligter sozialer Gruppen. Politik und Verwaltung sollten diese Initiativen stärker fördern und auch strukturell verankern, um ihre Potenziale besser und vor allem nachhaltig zu erschließen.

- Die langfristigen Wirkungen der Initiativen hängen vor allem davon ab, ob es den Akteuren während der Dauer ihres Bestehens gelingt, weitergehende politische Visionen zu entwickeln und sich damit übergeordnete und weiterführende Arbeitsfelder zu erschließen.

Politisierung und Zukunftsvisionen

- In Bezug auf die untersuchten Initiativen kann festgestellt werden, dass diese auf übergeordnete Problemlagen stoßen, anfangen sich mit diesen zu beschäftigen und diese verändern möchten. Aus dieser Politisierung heraus entwickelt sich häufig eine weiterführende Zukunftsvision und eine Entwicklung von „Alternativen“ zu gängigen Logiken, welche zu einem neuen Fokus der Initiativen werden können und langfristiges Engagement generieren (siehe vorheriger Abschnitt).
- Der Blick der Initiativen und ihrer Mitglieder wendet sich dabei zunehmend von der Gestaltung lokaler Orte bzw. der Suche nach Lösungen für konkrete Problemstellungen (z.B. Gestaltung öffentlicher Plätze, Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder Hilfe für Geflüchtete) hin zu übergeordneten gesellschaftlichen Fragen und den diesen zugrundeliegenden Ursachen (z.B. der Kritik an autogerechter Stadt, Forderung nach sozialem Wohnen oder Empowerment und Inklusion von Geflüchteten).
- Angesichts dieser Fokusverschiebung stehen viele Initiativen vor der Herausforderung, das konkrete Anliegen vor Ort mit dem Engagement für das „große Ganze“ zu verknüpfen. Den Initiativen gelingt in der alltäglichen Arbeit der Spagat zwischen den unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder vor allem durch die Einbindung und Wertschätzung aller Beteiligten. Flache Hierarchien und gegenseitiger Austausch sorgen für einen gelingenden Binnentransfer politischer Zukunftsvisionen.

1. Einführung

Die vorliegende Explorationsstudie „*Stadtmacher*innen*“ nimmt die zunehmende Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik in den Blick. Die Studie möchte damit einen empirisch begründeten Beitrag zu dem Paradigma einer neuen Vielfalt von intermediären Akteuren in der Stadtgesellschaft leisten. Im Fokus stehen dabei die Veränderungen der Kooperationsbeziehungen zwischen Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (vgl. Abbildung 1).

Das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration und die Stadtentwicklungsgesellschaft L.I.S.T. – Lösungen im Stadtteil führten die Studie im Auftrag des Bundesverbandes für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) von Juni 2016 bis Januar 2017 durch. Dabei sind wir der Frage nachgegangen, auf welche Weise sich die Berliner Akteurslandschaft in den Bereichen Stadtentwicklung verändert und entlang welcher neuen Akteure sich diese Entwicklung exemplarisch nachvollziehen lässt.

Die Studie zielt darauf ab, das Wissen über die Vielfalt von Akteurskonstellationen in der Stadtpolitik durch eine vertiefende Analyse des Phänomens der sogenannten intermediären Stadtentwicklungsakteure zu erweitern. In der klassischen Politikwissenschaft bezeichnet Intermediarität die verbindenden Strukturen zwischen politischer Sphäre von Legislative, Exekutive und Judikative und der zivilen Sphäre des Bürgertums bzw. Volks (vgl. dazu Fehren 2008: 185 f.). Intermediäre Akteure sind bereits seit langem Analysegegenstand der Demokratieforschung: Angefangen mit der Verbändeforschung bis hin zur Bewegungsforschung standen Formen des außerparlamentarischen Einflusses auf das etablierte Parteien- und Institutionensystem im Mittelpunkt des Interesses. Charakteristisch für diese klassische Perspektive ist eine vertikale Logik, nach der Regieren (*governing*) in den dafür gewählten Institutionen erfolgt, auf die intermediäre Akteure von außen Einfluss zu nehmen versuchen.

Dem Regieren in der klassischen Demokratie stellen Sebastian Beck und Olaf Schnur (2016: 11) ein Governance-Modell gegenüber, nach dem politisches Entscheidungshandeln dezidiert durch außerparlamentarische Aushandlungsprozesse mit gestaltet wird. In diesem Schema überschneiden sich eine vertikale und eine horizontale Logik des politischen Entscheidens, wodurch eine eigentümliche Dichte an Abhängigkeiten und Interaktionen entsteht. Mit dem dazu erarbeiteten Debattenbuch über intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung (ebd.) regt der vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung einen öffentlichen Diskurs an, der darauf abzielt, Erscheinungs- und Aktionsformen vielfältiger Mitgestalter zwischen den lokalen Institutionen der repräsentativen Demokratie und Zivilgesellschaft in einer vielfältigen Demokratie zu verorten. Ein besonderes Merkmal dieser Mitgestalter, so die These der Autoren, sind veränderte Kommunikationsformen und eine weitaus größere Kommunikationsdichte als je zuvor. Dies führt zu der Frage, „inwieweit das Auftreten bottom-up- oder horizontal orientierter



Abbildung 1: Intermediäre im Kräftedreieck von Kommunalpolitik/-verwaltung, lokaler Wirtschaft und Bürgerschaft (Quelle: Beck/Schnur 2016: S. 23).

öffentlichen Diskurs an, der darauf abzielt, Erscheinungs- und Aktionsformen vielfältiger Mitgestalter zwischen den lokalen Institutionen der repräsentativen Demokratie und Zivilgesellschaft in einer vielfältigen Demokratie zu verorten. Ein besonderes Merkmal dieser Mitgestalter, so die These der Autoren, sind veränderte Kommunikationsformen und eine weitaus größere Kommunikationsdichte als je zuvor. Dies führt zu der Frage, „inwieweit das Auftreten bottom-up- oder horizontal orientierter

intermediärer Akteure lediglich eine thematische und institutionelle Modernisierung der intermediären Landschaft bedingt oder aber die Entwicklung eines neuen Typus intermediärer Akteure vorantreibt“ (Beck 2015: 233).

Der vorliegende Bericht greift diese Thematik auf und analysiert die intermediäre Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen in Berlin. Die Gliederung der Studie folgt dabei den verschiedenen Phasen ihrer Erarbeitung: Nach der Beschreibung der Methodik und Vorgehensweise werden im dritten Kapitel zunächst aktuelle Rahmenbedingungen und Herausforderungen in der Berliner Stadtentwicklungspolitik nachgezeichnet sowie die Aufnahme von Flüchtlingen und neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements beschrieben.

Für die erste Studienphase (Kapitel 4) haben wir anschließend einen induktiven Ansatz gewählt und 30 neuere zivilgesellschaftliche Initiativen in Berlin einem Kriterienraster zugeordnet. Darüber hinaus haben wir Expertinnen und Experten aus den Bereichen Stadtentwicklung, lokale Partizipation und Flüchtlingsaufnahme befragt, welche Veränderungen sie in Bezug auf die Rolle intermediärer Akteure in der Stadtpolitik wahrnehmen und wie sie diese interpretieren.

Im Kapitel 5 präsentieren wir die Ergebnisse der zweiten Studienphase, in der fünf ausgewählte Berliner Initiativen einer vertiefenden Fallanalyse unterzogen wurden: *Kotti & Co*, die *Initiative Bundesplatz*, das *Haus der Statistik* sowie die Willkommensinitiativen *Hellersdorf hilft* und *Willkommen im Westend*. In Form von Figurationsanalysen werden Interdependenzen zwischen den handelnden Akteuren beschrieben und nachgezeichnet. Ziel war es, spezifische Aktions-, Vernetzungs- und Kommunikationsformen dieser Koproduzenten von städtischer Entwicklung zu eruieren, um auf dieser Basis geänderte Ansprüche an Beteiligung zu analysieren.

Die Ergebnisse der Fallanalysen, Unterschiede, vor allem aber Gemeinsamkeiten der untersuchten Akteure in Bezug auf ihre Strategien und Selbstverständnisse, Netzwerke, Kommunikationswege, Wirkungen und Visionen werden abschließend in Kapitel 6 zusammengeführt.

2. Methodik und Vorgehensweise

Die vorliegende Studie hat einen explorativen Charakter und analysiert die intermediäre Funktion zivilgesellschaftlicher Akteure in den Handlungsfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik. Dies erfolgt auf der Grundlage von fünf Fallanalysen, die exemplarisch für den Wandel in städtischen Gestaltungsprozessen stehen. In einer Figurationsanalyse stellen wir die Interdependenzen in einem dynamischen sozialen Geflecht zwischen den verschiedenen handelnden Akteuren dar. Es geht dabei vor allem darum, die spezifischen Aktions-, Vernetzungs- und Kommunikationsformen, die Beteiligungsansprüche und -praktiken dieser Koproduzenten von Stadtentwicklung sowie die hiermit verbundenen Folgen für die lokale Politikgestaltung herauszuarbeiten.

Mit dem **Begriff der Figuration** beschreibt Norbert Elias (1996 [1970]: 139 ff.) soziale Netzwerke aufeinander bezogener und miteinander verbundener Akteure (Individuen, Gruppen, Gesellschaften) als differenzierte, sich dynamisch entwickelnde sowie durch fluktuierende Spannungsgleichgewichte und Machtbalancen gekennzeichnete Interdependenzgeflechte. Jeder einzelne Akteur nimmt sich in diesen Figurationen immer nur aus der eigenen Perspektive und vom jeweiligen Standort im Gesamtsystem wahr. Zugleich ist er aber auch Objekt der Wahrnehmungen und Orientierungen anderer Akteure. Die jeweilige Figuration wird dabei stets durch die Interaktion der verschiedenen Akteure konstituiert und produziert. Daraus folgt, dass kein Akt als Akt einer Seite zu erklären ist, „sondern allein als Fortsetzung der vorangehenden Verflechtung und der erwarteten zukünftigen Verflechtung von Akten beider Seiten“ (Elias 1996 [1970]: 87; siehe auch Esser 2000: 284).

Das Konzept der Figuration hebt damit die Trennung von Individuum und Gesellschaft auf – Elias selbst wählte das Beispiel eines Fußballspiels als Figuration, bei der sich der Spielprozess aus dem Zusammenwirken der Teammitglieder – interdependenter Individuen – ergibt. Jede Figuration ist damit ein auf Interaktionen und Beziehungen beruhendes, sich wandelndes Muster. Die zentrale empirisch zu beantwortende Frage ist, was Figurationen, die *nicht* auf persönlichen, emotionalen Beziehungen beruhen (z.B. eine Familie oder eine Fußballmannschaft) zusammenhält: Wodurch fühlen sich z.B. die Bewohner eines Quartiers miteinander und ihrem Quartier verbunden? Was vermag sie an ihr Quartier zu binden? Und wie bilden sich diese emotional und motivational imprägnierten Interdependenzen?

Das Theoriekonzept der Figurationssoziologie von Norbert Elias ist der empirisch-sozialwissenschaftlichen **Netzwerkforschung** verwandt. Beide Ansätze haben eine von Akteuren als Einheit ausgehende relationale Sichtweise auf Muster sozialer Beziehungen. Akteure können dabei sowohl Individuen (Personen) als auch alle sozialen Gebilde sein, die im Sinne expliziter und impliziter Handlungsentwürfe und -orientierungen koordiniert agieren können, insbesondere Personengruppen sowie Organisationen und Organisationseinheiten. Organisationen sind in diesem Zusammenhang nicht nur wegen ihrer gesellschaftlichen Zentralität besonders relevant, sondern auch, weil sie Netzwerke nach innen und außen bilden. Organisationen bilden Netzwerke, sind in Netzwerke eingebunden, operieren in und mit Netzwerken und stellen einen Raum von Netzwerken dar (vgl. Willems 2011: 260).

Netzwerke bezeichnen einen besonderen Modus der Koordination und sind in jüngerer Zeit zum „zentralen Dreh- und Angelpunkt der neuen Steuerungsdebatte“ und der „Governanceperspektive auf gesellschaftlich-politisches Handeln“ geworden (Straßheim/Oppen 2006: 18). Netzwerke gelten zumeist als „kooperative Beziehungsformen, die auf Vertrauen basieren und sich durch Flexibilität und Innovationsfreundlichkeit auszeichnen“, auch wenn – wie neuere Forschungen zeigen – Machtasymmetrien und Konflikte keineswegs selten sind (Straßheim 2011: 27). Wie das Konzept *Governance* verweist auch das Konzept des *Netzwerks* auf ein verändertes Verhältnis von Staat und Gesellschaft, beide thematisieren, „dass die Lösung moderner politisch relevanter Probleme mittels öffent-

licher Politiken häufig nur noch auf der Basis neuer politischer Strukturen möglich ist“ (Schneider 2004; siehe auch die Beiträge in Benz et al. 2007).

Mit Hilfe eines von Figurations- und Netzwerkanalyse inspirierten ethnografischen Ansatzes – einer Kombination aus Erhebung von Sozialdaten, Durchführung von Interviews und Gesprächen sowie von Ortsbegehungen und teilnehmenden Beobachtungen – zeigt diese Studie, wie zivilgesellschaftliche Akteure mit ihrer Vermittlungsrolle die lokale Politikgestaltung beeinflussen, welche Beziehungen und Dynamiken sich horizontal – zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren – und vertikal – zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und kommunaler Verwaltung und Politik – zeigen und wie diese Beziehungsgeflechte zwischen den Akteuren ausgestaltet werden. Die Figurationsanalyse ermöglicht ein tieferes Verständnis dieser interdependenten Beziehungen, das insbesondere Gelingensbedingungen und Hemmnisse der Kooperation und Koordination in den verschiedenen Dimensionen sichtbar macht. Dabei stehen folgende drei Themenbereiche im Fokus der Untersuchungen: die Kooperationsstrukturen, die Wirkungen der zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie deren Politisierung und Visionen.

- *Kooperationsstrukturen:* Durch die Analyse von Kooperationsstrukturen und Kommunikationswegen wird das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Politik und Verwaltung sowie weiteren Akteuren (z.B. Hochschulen, Unternehmen) untersucht.
- *Wirkungen der Initiativen:* Ziel ist es, die Wirkungen der Initiativen und insbesondere ihren Einfluss auf Veränderungen bei den Schnittstellen mit kommunalen Akteuren zu untersuchen und ins Verhältnis zu den ermittelten Kooperationsstrukturen zu setzen.
- *Politisierung und Vision:* Initiativen, die zunächst thematisch und räumlich begrenzte Anliegen vertreten, entwickeln im Zuge ihrer Politisierung Lösungsansätze und Ideen, die häufig ein politisches „Visionsvakuum“ füllen.

Vorgehensweise

Das Methodenspektrum umfasste im Rahmen eines ethnografischen Ansatzes sowohl qualitative Erhebungsmethoden in Form von leitfadengestützten Einzelinterviews und Gruppengesprächen als auch teilnehmende Beobachtungen, Projektbegehungen und fotografische Dokumentationen (vgl. Breidenstein et al. 2013).

In den Forschungsprozess integriert wurden interaktive Elemente, die einen kontinuierlichen Austausch zwischen beteiligten Expert*innen, Akteur*innen und dem Forschungsteam unterstützten. Dieser Austausch erfolgte durch einen Workshop sowie Gruppendiskussionen, in die verschiedene Akteure einbezogen wurden sowie einen öffentlichen Projekt-Blog. Folgenden methodischen Schritten folgten wir bei der Erarbeitung der Studie:

- *Erstellung von Kurzprofilen zu intermediären Akteuren in Berlin:* In einer ersten Phase haben wir eine projektbezogene Übersicht zur neuen Vielfalt intermediärer Akteure in Berlin erstellt. Der Schwerpunkt lag dabei auf Initiativen, die sich durch neuartige Kooperationsformen mit Politik und Verwaltung, Veränderungen in den diesbezüglichen formellen bzw. informellen Kooperationsstrukturen und Schnittstellen sowie innovative Ideen und Projekte auszeichnen. Entlang dieses Suchrasters wurden auf Basis von Recherchen, Begehungen und ersten Interviews insgesamt 30 Kurzprofile von intermediären Akteuren (Initiativen, Vereinen etc.) erstellt.
- *Durchführung und Auswertung von Experteninterviews:* Eine erste Reihe von Interviews zielte parallel dazu darauf ab, die Erfahrungen und Perspektiven von Expertinnen und Experten aus Po-

litik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Rolle intermediäre Akteure in der Stadtpolitik einzuholen. Im Vordergrund stand dabei die Frage, inwieweit neue zivilgesellschaftliche Initiativen von Verwaltung und Politik als legitime Akteure wahrgenommen werden und wie mit diesen Initiativen umgegangen wird. Dabei galt es die Rolle der Stadtakteure, ihre Einflussmöglichkeiten sowie ihren Gestaltungsspielraum genauer zu bestimmen. Es wurden insgesamt sechs Experteninterviews geführt (vgl. Kapitel 4.6.).

- *Durchführung und Auswertung eines Experten-Workshops:* Im Rahmen eines Workshops wurden erste Hypothesen zur Rolle intermediärer Akteure in der Stadtpolitik mit Expertinnen und Experten diskutiert und Kriterien für die Auswahl der vertiefenden Fallanalysen erarbeitet. Im Mittelpunkt standen dabei folgende Fragen: (1) In welche Richtung verändert sich die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Stadtakteure in Berlin? (2) Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Akteure bei der Gestaltung der Stadtgesellschaft? (3) Wie gestaltet sich die Konkurrenz um Aufmerksamkeit, Kompetenz und Wertschätzung von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft? (4) Was sind „gute Regeln“ der Kooperation zwischen Politik und Verwaltung einerseits und zivilgesellschaftlichen Stadtakteuren andererseits?
- *Vertiefende Fallanalysen zu intermediären Akteuren:* Im Anschluss daran folgten die vertiefenden Analysen zu ausgewählten Initiativen, die in den Themenfeldern Stadtentwicklung und Flüchtlingspolitik exemplarisch für den Wandel in städtischen Partizipationsprozessen stehen: *Kotti & Co*, *Initiative Bundesplatz*, *Initiative Haus der Statistik*, *Hellersdorf hilft* und *Willkommen im Westend*. In diesem Zusammenhang wurden umfangreiche Recherchen, Interviews und Gruppendiskussionen mit insgesamt 45 Personen sowie Projektbegehungen mit teilnehmender Beobachtung vor Ort durchgeführt.
- *Gruppendiskussionen mit Ehrenamtskoordinatoren und Willkommensinitiativen:* Durchführung und Auswertung von zwei Gruppendiskussionen mit bezirklichen Ehrenamtskoordinator*innen in der Flüchtlingshilfe sowie mit Vertreter*innen von Willkommensinitiativen. Themen waren Entwicklungsdynamiken und -perspektiven von Berliner Flüchtlings- und Willkommensinitiativen, Möglichkeiten einer stärkeren horizontalen Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure, Ansätze, Spielräume und Wirkungen von Flüchtlings- und Willkommensinitiativen in der Flüchtlings- und Integrationspolitik, Chancen und Barrieren in der Kooperation zwischen Flüchtlings-/Willkommensinitiativen und (Bezirks-)Politik –bzw. -verwaltung sowie die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Initiativen für sozialen Zusammenhalt und lokale Demokratie.
- *Projektbegehungen und teilnehmende Beobachtung:* Zu den qualitativen Methoden zählten auch teilnehmende Beobachtung, Projektbegehungen und die fotografische Dokumentation, beispielsweise von öffentlichen Veranstaltungen, Initiativentreffen und typischen Situationen. Über die Interviews hinaus konnten damit Einblicke in die sozialen Milieus, in denen sich die Intermediäre bewegen, und die soziale Praxis der Beteiligten gesammelt werden.
- *Projektblog:* Unter der Adresse <http://www.stadtmacher.info> wurde Anfang August 2016 ein öffentlicher Projektblog eingerichtet. Dieser sollte dazu genutzt werden, den Fortgang der Recherchen kontinuierlich zu dokumentieren und transparent zugänglich machen. Bestenfalls sollte der Blog von den Usern interaktiv genutzt werden können. Der erste Eintrag beschäftigte sich mit den Rahmeninformationen zur Explorationsstudie. Im zweiten Blogbeitrag im September 2016 stellten wir die Auswahl der fünf Berliner Stadtentwicklungsakteure für die Erstellung einer Figurationsanalyse vor. In den nächsten drei Blogbeiträgen im November und Dezember 2016 wurden die fünf ausgewählten Initiativen mit ihren Zielsetzungen in Text und Bild vorgestellt.

3. Rahmenbedingungen der Berliner Stadtentwicklungs- und Flüchtlingspolitik

Dieses Kapitel steckt den Rahmen unserer empirischen Studien ab. Wir stellen die gegenwärtigen Debatten in der Berliner Stadtentwicklungspolitik sowie neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements für Geflüchtete dar. In der ursprünglichen Ausschreibung der Explorationsstudie war angedacht, die Akteure des „Make City – Make Berlin“ Festivals von 2015 in den Mittelpunkt der Fallanalysen zu neuen Intermediären in der Stadtentwicklung zu stellen. Von diesem Vorhaben sind Auftraggeber und Auftragnehmer abgerückt. Dennoch handelt es sich bei den Initiatoren und Partnern des Festivals um wichtige Akteure in den Debatten um die Berliner Stadtgestaltung. In einem Exkurs stellen wir daher das Festival und seine Macher*innen kurz vor.

3.1. Berliner Stadtentwicklung zwischen Wachstum, Polarisierung und Protest

Die Stadt Berlin weist zurzeit eine starke Wachstumsdynamik auf. In den letzten Jahren wuchs die Bevölkerung jährlich um etwa 50.000 Menschen und auch für die Zukunft wird weiterhin mit einem starken Anstieg gerechnet (Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2016a). Das Bundesland Berlin hat zudem im Jahr 2015 rund 80.000 Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan, Iran und anderen Ländern aufgenommen. Bis zum Mai 2016 kamen noch einmal 13.000 Flüchtlinge hinzu (Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement 2016).

Mit der dynamischen Entwicklung der Stadt einher geht eine innerstädtische Verdichtung mit der Schließung von Baulücken und einem zunehmenden Druck auf Freiräume und wenig entwickelte Flächen. Die wachsende Ökonomie der Stadt trägt inzwischen ein von wissens- und unternehmensorientierten Dienstleistungen und kreativen Start-up-Unternehmen geprägtes modernes Image, wodurch sich Berlin im „Wettbewerb der Städte“ zunehmend gegen die europäische und internationale Konkurrenz behaupten kann. Zu der Attraktivität Berlins trägt nicht zuletzt auch eine lebendige kulturelle Entwicklung bei; zudem sind Innenstädte heute nach Jahrzehnten der Suburbanisierung generell wieder als attraktive Wohnorte auch bei einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen gefragt (vgl. Dangschat 2013).

Gleichzeitig zeigt sich, dass diese rasanten Entwicklungen von alten und neuen Problemlagen begleitet werden. Besonders prekär stellt sich in Berlin die Verfügbarkeit von erschwinglichem Wohnraum dar, denn trotz einer ausgerufenen „Gründerzeit“ im Wohnungsbau kann dieser nicht mit dem tatsächlichen Bedarf Schritt halten. Der zunehmende Wohnraumangel und Verdrängungseffekte verschärfen die sozialen Polarisierungstendenzen (vgl. Häußermann et al. 2008; Berner et al. 2016; Bochum et al. 2016), die im bundesweiten Vergleich in Berlin besonders stark ausgeprägt sind (vgl. Seidel-Schulze et al. 2012; Albrech et al. 2016). Durch die steigende Mietentwicklung sehen sich nicht nur Bewohnerinnen und Bewohner bedroht, sondern auch soziale Einrichtungen. Wohnungspolitische Entscheidungen der Vergangenheit, wie die Einstellung des sozialen Wohnungsbaus und der Verkauf großer kommunaler Wohnraum- und Flächenbestände, stellen sich nun vor allem für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen als besonders problematisch heraus. Dazu kommen die Herausforderungen durch den zusätzlichen Wohnraumbedarf für Geflüchtete.

Diese Problemlagen manifestieren sich auch in städtischen Protestbewegungen. Verschiedenste städtische Gruppen artikulieren sich mit unterschiedlichen Motivationen gegen den Verlust von Freiräumen. Das Akteursspektrum reicht von bedrohten alternativen Projekten und aktivistischen Freiraumkämpfen über den Widerstand gegen die Randbebauung von Parks wie auf dem Tempelhofer

Feld oder im Mauerpark bis hin zu NIMBY-Initiativen¹ in gehobenen Wohnlagen oder den Widerstand gegen Bebauungsprojekte in der unmittelbaren Nachbarschaft. In den östlichen Außenbezirken vermischen sich soziale Ausgrenzungserfahrungen zum Teil auch mit rassistischen Stimmungen gegen Geflüchtete. Immer häufiger stehen sich Forderungen nach neuen Wohnungen und sozialen Einrichtungen und gleichzeitiger Widerstand gegen deren Realisierung auf verfügbaren Flächen konflikthaft gegenüber.

Die Stimmen des Protests richten sich dabei oft gegen eine unsoziale Stadtpolitik und eine Verwaltung, die für viele der gegenwärtigen Entwicklungen in der Stadt nicht mehr ausreichend aufgestellt zu sein scheint. Spürbar wurde das für viele Berliner*innen lange Zeit nicht nur bei der Terminvergabe in öffentlichen Ämtern – besonders deutlich zeigte sich diese Überforderung bei der Versorgung und Verteilung von Geflüchteten (vgl. Kapitel 3.3.).

In dieser Gesamtsituation – gerahmt von Wachstum, Polarisierung und Protest – hat sich eine zunehmend vielfältige Landschaft lokaler Akteure entwickelt, welche nicht nur auf administrative Mitspracheangebote bei der Gestaltung ihres städtischen Umfelds warten, sondern diese direkt selbst in die Hand nehmen. Entgegen oder trotz des generellen Befundes einer „Politikverdrossenheit“, wonach das gesellschaftliche Interesse an formellen politischen Prozessen, auch auf lokaler Ebene, abnimmt, scheint der Drang nach Mitgestaltung und politischer Beachtung im städtischen Diskurs hoch zu sein. Dynamisch entwickeln sich sowohl formelle und professionelle als auch informelle Ansätze, an der Entwicklung der Stadt bzw. der Lösung ihrer Probleme mit zu wirken.

Professionelle Praktiken finden sich beispielsweise in Form von Baugruppen oder Wohngenossenschaften, in denen Menschen versuchen, selbstbestimmte Wohnumfelder mit großer Unabhängigkeit vom Wohnungsmarkt zu schaffen. Besonders in den kreativen Milieus wird dieser Gestaltungswille auch auf den Arbeitsprozess übertragen, wo sich eigene Ideen in Form von Coworking-Spaces oder Zwischennutzungskonzepten verwirklichen lassen. Auch in anderen Bereichen der Stadt eignen sich „Raumpioniere“ selbstbestimmte Orte in der Stadt in Form von städtischen Gärten oder Veranstaltungsräumen an. Das Gestaltungspotenzial dieser häufig aus dem Umfeld einer „designorientierten“ Architektur- und Kreativszene stammenden Akteure wird von der Berliner Stadtentwicklungspolitik schon längst gezielt als „Impulsgeber“ für eine moderne Stadtentwicklung und als Beitrag für ein modernes, kreatives und attraktives Berlin aufgenommen und gefördert (vgl. Ring et al. 2013, Ferguson/Urban Drift Projects 2014, Colomb 2012). Markantes Beispiel dafür ist das „Make City-Festival“ vom 11. bis 28. Juni 2015 (siehe den nachfolgenden Exkurs).

Ebenso dynamisch – und nicht immer klar von den eher professionellen Akteuren abzugrenzen – entwickeln sich Initiativen mit stark informellem Charakter. Sie umfassen nicht nur Urban Gardening-Projekte, Selbsthilfewerkstätten oder Party-Locations, sondern vor allem auch Mieten- und Flüchtlingspolitische Initiativen. Mit unsicheren Zukunftsperspektiven ausgestattet konzentrieren sie sich vor allem auf gegenwärtiges Handeln. Manche dieser Akteure nehmen dabei explizit einen Protestcharakter an. Die Wahrnehmbarkeit dieser Akteure beschränkt sich meist auf das lokale Umfeld der Initiative; einige erreichen aber auch große politische Aufmerksamkeit, wie die Initiativen um das Mediaspree-Projekt, das Tempelhofer Feld oder auch die Versorgung von Flüchtlingen zeigen. Die politische Wertschätzung dieser informellen und oft als „alternativ“ wahrgenommenen Initiativen ist jedoch – mit Ausnahme des zivilgesellschaftlichen Engagements für Flüchtlinge – zumeist sehr gering (vgl. Gribat et al. 2015). Aus planerischer Perspektive wird solchen informellen Ansätzen höchstens

¹ NIMBY steht als englischsprachiges Akronym für *Not In My Back Yard* („Nicht in meinem Hinterhof“).

ein Mehrwert für ein positives und kreatives Image der Stadt zugestanden, wenn sie beispielsweise in Form von Pionier- oder Zwischennutzungen institutionalisiert werden (vgl. Mackrodt 2015). Während Politik und Verwaltung in professionellen Akteuren schnell einen attraktiven Partner sehen, müssen sie von den eher informellen und politischeren Akteuren eher zur Zusammenarbeit gedrängt oder in Form von direktdemokratischen Mitteln gezwungen werden.

Das skizzierte Phänomen dieser sich in die Prozesse und Aushandlungen der Stadtentwicklung einmischenden Akteure ist Ausdruck eines zunehmend veränderten Verständnisses in Stadtentwicklung und -politik in den letzten Jahrzehnten, nach dem „administrativ-exekutives Handeln“ abgelöst wird von einer Rolle des Staates als „Gestalter von Rahmenbedingungen“ (Heeg 1998). *Local Governance* ist als modernes Steuerungsmodell inzwischen auch im Kontext der Stadtpolitik ein bestimmtes Schlagwort (vgl. Schuppert 2006; Schwalb/Walk 2007, Drilling/Schnur 2009). Stadtplanung und -entwicklung sind zu einer „Gemeinschaftsaufgabe“ geworden, zu einem kommunikativen und kooperativen, multilateralen Prozess zwischen vielfältigen Akteuren (vgl. Selle 2013; 2016). Politik und Verwaltung eröffnen dabei Gestaltungsfreiräume, die sowohl von privaten Akteuren, insbesondere Unternehmen, als auch zivilgesellschaftlichen Initiativen genutzt werden (vgl. Altröck/Bertram 2012).

Ressourcenknappheit und die Notwendigkeit städtischer Sparpolitik verringern den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand, sodass weitere Leerstellen entstehen, die spontane, oft temporäre und informelle Nutzungen zulassen. In Berlin kommt hinzu, dass die Geschichte der Stadt im wahrsten Sinne des Wortes Lücken in Form von Mauerstreifen, Baulücken und Industriebrachen hinterlassen hat. Die lokale Verwaltung muss daher eine Haltung zu solchen „lückenfüllenden“ Praktiken der selbstbestimmten Stadtgestaltung entwickeln: Sie kann die Initiativen fördern oder unterbinden – oder gar originär städtische Aufgaben auf diese Akteure abwälzen (vgl. Tonkiss 2013: 313 f., Selle 2013: 66 ff., siehe auch Pinl 2015).

Das praktische Engagement der Berliner Stadtbevölkerung wird von allgemeinen Debatten der Bürgergesellschaft, in Stiftungen, Mietervereinen, Verbänden und anderen Organisationen begleitet, die sich vor allem mit sozialer Stadtentwicklung und Partizipation beschäftigen. Der Zustand der Berliner „Beteiligungskultur“ wird dabei durchaus kontrovers bewertet. Vor allem mit den direktdemokratischen Mitteln der Volksinitiativen, -begehren und -entscheiden hat die Berliner Stadtgesellschaft in den letzten Jahren für viel Aufmerksamkeit gesorgt, so in den Auseinandersetzungen um das Tempelhofer Feld, der baulichen Entwicklung des Spreeufers („Mediaspree“) oder zuletzt um den Ausbau der Fahrradinfrastruktur. Den top-down eingesetzten Beteiligungsverfahren wird dagegen Nachholbedarf attestiert, denn sie kommen oft zu spät, haben eher Informations- statt Beteiligungscharakter und werden zudem für die mangelnde Transparenz und fehlende Verbindlichkeit ihrer Ergebnisse kritisiert (vgl. Drewes/Stöckel 2015).

Das Beispiel der „BerlinStrategie“ – ein Teil des aktuellen Berliner Stadtentwicklungskonzepts, welches aus öffentlichen Werkstätten und Diskussionsrunden des Berliner Stadtforums heraus entwickelt wurde – zeigt, dass Planungsentscheidungen zwar inzwischen im „Dialog mit der Berliner Stadtgesellschaft“ aus öffentlichen Beteiligungsverfahren heraus entwickelt werden (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2016b), jedoch kaum ein Bewusstsein dafür vorhanden ist, eine breitere nicht-professionelle Zivilgesellschaft einzubinden. Gleiches gilt für viele Planungs- und Bauvorhaben, deren Beteiligungsverfahren die meisten Bewohnerinnen und Bewohnern erst spät wahrnehmen. Auch weil viele Bewohnerinnen und Bewohner das Gefühl haben, nicht rechtzeitig informiert, gefragt und gehört worden zu sein, ist die Situation in manchen Konflikten festgefahren,

wenn sich von Partikularinteressen geprägte „Verhinderungs-Initiativen“ und lautstarke, wenig kompromissbereite Akteure etablieren können.

Die Antworten der Berliner Stadtentwicklungspolitik in dieser Debatte und auf die aktuellen Herausforderungen wirkten bisher eher blass. In den Visionen und Leitbildern für die Zukunft, wie sie sich im Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 zum Ausdruck kommen, wird dazu kaum Stellung bezogen: Hier stehen Anreize zur weiteren Förderung der ökonomischen Potenziale der Stadt im Vordergrund. Partizipative Ansprüche wie das Motto „Gemeinsam Stadt machen“ (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015a: 70) kommen eher beiläufig daher.

Die zunehmende Vielfalt zivilgesellschaftlicher Initiativen, deren Praxis von Engagement, die Forderung von Beteiligung und Mitsprache sowie ihre politischen Visionen und Gestaltungsansprüche stellen eine Herausforderung für die etablierten Regierungsformen und Beteiligungsformate dar. Es bleibt abzuwarten, ob durch den neuen Berliner Senat, der eine Ausweitung von Partizipation angekündigt hat, eine nachhaltige Erhöhung des Stellenwerts der Zivilgesellschaft im „Governance-Prozess“ der Findung und Umsetzung von Entscheidungen erreicht werden kann.

3.2. Exkurs: Das Festival „Make City – Make Berlin“

Vom 11. bis 28. Juni 2015 fand „Make City – Das erste internationale Festival für Architektur und Andersmachen“ in Berlin statt. Als „bürgernahes Expertentreffen“ konzipiert, standen alternative Formen der Architektur- und Stadtentwicklung im Mittelpunkt. Insgesamt sind bei mehr als 130 Veranstaltungen unterschiedlichster Art Stadtentwicklungsakteure und Interessierte zusammengelassen. Dabei waren über 300 Expertinnen und Experten eingeladen. Die fast 90 Veranstaltungsorte, darunter Studios, Büroräume, Freiflächen und realisierte Projekte, waren über die gesamte Berliner Innenstadt verteilt, hauptsächlich in den Stadtteilen Berlin Mitte und Kreuzberg. An dem Festival haben über 15.000 lokale und internationale Gäste und Fachleute teilgenommen.

Gründerin

Hinter dem Make City Festival steht die Kuratorin für Architektur und Stadtthemen Francesca Ferguson, die ihre Erfahrungen mit der Realisation von Ausstellungen, neuen Dialogformaten, transdisziplinären Projekten und Veranstaltungen einbringt. Sie ist Gründerin und Geschäftsführerin der MAKE_SHIFT gGmbH, einer gemeinnützigen Gesellschaft für Architektur und urbane Gestaltung, die das Festival ausrichtet und organisiert. Das Projektteam des Festivals setzte sich interdisziplinär aus Kulturmanagern, Kuratorinnen, Soziologen, Architektinnen, Stadtplanern und Journalistinnen zusammen.

Das Netzwerk – Partner, Beteiligte und Unterstützer

Das Programm war eingebettet in das „Wissenschaftsjahr 2015 – Zukunftsstadt“ und erfuhr dadurch eine Förderung vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das Make City-Festival wurde durch ein großes Partnernetzwerk realisiert. Die Partner teilten sich auf in Hauptsponsoren, Hauptkooperationspartner, Sponsoren, Kulturinstitute, Medienpartner und Gründungspartner. Darunter waren als zentrale Partner Immobilien- und Werbeunternehmen, Anwaltskanzleien, Architekturbüros, politische Stiftungen, Kulturinstitute, Hochschulen sowie die Architektenkammer Berlin. Außerdem zählen mehr als 75 Organisationen zu den Gründungspartnern. Durch die partizipative Struktur

des Festivals sind die Gründungspartner des Make City-Festivals Sponsoren und fungieren zugleich als Mitgestalter und Teil des Festivalprogramms.

Themen

Das Make City-Festival beschäftigt sich mit den drei Überthemen: *Urban Commons - Gemeingut, Urban Open Source – Gemeinsam gestalten* sowie *Urban Living and Working – Neues Wohnen und Arbeiten*. Dabei stand vor allem die Begriffsdefinition der *Commons* während des gesamten Festivals im Mittelpunkt. Berlin sei dabei ein „Beispiel für die Demokratisierung des öffentlichen Raums und für architektonische und gestalterische Prozesse, die vielmehr eine soziale Agenda als profitorientiertes Handeln verfolgen“ so die Veranstalter.

Das Tschechische Zentrum Berlin war der zentrale Veranstaltungsort des Festivals. In diesem wurden Panels, Präsentationen, Workshops und Filmvorführungen der Festivalpartner und internationalen Gäste abgehalten. Über das Tschechische Zentrum als Ort hinaus fanden Veranstaltungen durch die *Make City Open Tours* an verschiedenen Orten statt. Das Spektrum gestaltete sich dabei aus offenen Häusern, 30 kuratierten Studio Talks, 40 selbstkonzipierte Stadtführungen und Urban HUBs mit Ausstellungen, Events, Symposien und Aktionen. Es fand seinen großen Abschluss im *Tag der Architektur XL* am 27. und 28. Juni 2015, zu dem die Architektenkammer Berlin einlud.

Ziel des Festivals war es, alternative Entwicklungskonzepte für den urbanen Raum und die Stadt neu zu erarbeiten. Die Veranstalter lassen dies in ihrem Selbstverständnis deutlich werden:

„Make City bringt verschiedene Prozesse der Neuverhandlung zusammen mit Gelegenheiten, urbanen Raum und Stadt neu und anders zu denken. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den konkreten Umsetzungen, der praktischen Anschauung dessen, was Urban Design leistet. Dies ist notwendigerweise ein kollektiver Akt. Es geht darum, die Bedürfnisse und Wünsche der Stadtbewohner zu antizipieren. Soziale Netzwerke, Petitionen, bewusste Störungen, die urbane Codes neu auslegen, und städtische Regeln brechen, können urbanen Räumen völlige neue Formen der Nutzung zuordnen“ (Make City 2015).

Einschätzung und Bewertung des Make City-Festivals

Die aktuelle Dynamik der Berliner Stadtentwicklung mit ihrer Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Akteure ermöglicht die erfolgreiche Durchführung eines solchen Veranstaltungsformates. Dem Make City-Festival kommt eine besondere symbolische Bedeutung zu. Es lässt sich als Plattform jener Menschen und Organisationen begreifen, die sich als neuer Typus kompetent und eigenständig handelnder Stadtentwicklungsakteure beschreiben lassen. Dahinter steht oft mehr als der Deutungsanspruch ressourcenstarker Modernisierungsgewinner.

In der Berliner Situation und im Make City-Festival sieht die Gründerin Francesca Ferguson keine tatsächlich „neuen“ Akteure. Vielmehr werden zivilgesellschaftliche und ökonomische Akteure aufgrund der rasanten Entwicklung in der Stadt aktiv. Teilweise arbeiten sich diese Akteure an der neoliberalen Gesellschaftsentwicklung ab, indem sie kollektive Leitbilder und Zielsetzungen entwickeln. Möglicherweise werde das hierzulande als neu wahrgenommen; doch existiere bereits seit einer Weile eine internationale Szene, in der neu über *resource sharing* nachgedacht wird.

Make City selbst ist als ein loses Netzwerk zu verstehen, das sich primär um das Festival herum figuriert und nicht kontinuierlich arbeitet. Die Mitglieder sind heterogen und reichen von Planungsbüros, über Wohnungsbaugesellschaften bis zu politischen Stiftungen und Verlagen; z. T. stehen sie auch in Konkurrenz zueinander. Die Mitglieder und Gründer sind Professionelle, die sich aus unterschiedli-

chen Beweggründen mit dem Festival verbunden haben. Die eigentlichen Intermediären sind bei den Initiativen und Projekten zu suchen, die sich auf dem Festival präsentieren.

Zahlreiche Aktivitäten der Mitglieder und Gründer sind auch in sozialen Zielen begründet: Im Engagement für die positive und zukunftsorientierte Entwicklung von Nachbarschaften oder im Einsatz für gleichwertige stadtesellschaftliche Teilhabechancen. Sie gelten vielfach als einflussreiche gestaltende Kraft in der Entwicklung sozialer Nachbarschaften und im Einsatz für gleichberechtigte Teilhabechancen. Die Unterscheidung der Interessenslagen ist bei der Vielzahl der Akteure aber nicht immer möglich. Private Interessen einerseits und Gemeinwohlorientierung andererseits vermischen sich. Das Festival selbst bietet allen Beteiligten die Möglichkeit einer positiven Selbstdarstellung.

3.3. Aufnahme von Geflüchteten und neue Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements

In den vergangenen Jahren und besonders ab 2015 sind – in Berlin wie auch im übrigen Bundesgebiet – zahlreiche Willkommensinitiativen für Geflüchtete entstanden. Die Bilder einer bislang beispiellosen Willkommenskultur, für die tausende freiwillig engagierte Personen stehen, gingen im September 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland, um die Welt. Bislang existieren über bloße Beschreibungen hinaus noch wenige fundierte Analysen dieser Initiativen.

In Berlin wie anderswo handelte es sich bei den meisten Initiativen um nachbarschaftliche Gründungen, die um die Einrichtung lokaler Unterkünfte herum erfolgten. Die Helferinnen und Helfer der ersten Stunde agierten häufig als Improvisateure, die flexibel die wechselnden Bedarfe an Hilfsangeboten aufgriffen. In dieser Flexibilität lag auch ihr entscheidender Vorteil gegenüber der Verwaltung: Zwar ist eigentlich diese für die operative Seite der Flüchtlingsaufnahme zuständig, doch zeigte sie sich angesichts des großen Zuzugs von Asylsuchenden – insbesondere auch aufgrund von Einsparungen im öffentlichen Dienst und der Missachtung von Vorhersagen – an vielen Orten schlichtweg überfordert, die Registrierung, Unterbringung und Versorgung im notwendigen Ausmaß zu leisten.

Nach den improvisierten Anfängen befinden sich mittlerweile viele Willkommensinitiativen auf einem Weg der Institutionalisierung und Professionalisierung (vgl. Hamann et al. 2016). Viele Initiativen agieren inzwischen als eingetragener Verein, um auf dieser Grundlage strukturierter arbeiten, Geldspenden annehmen und Projektanträge stellen zu können. Auch verlagert sich der Schwerpunkt ihrer Arbeit von der flexiblen, bedarfsorientierten ad-hoc-Hilfe hin zu einem Aufbau nachhaltiger Strukturen, beispielsweise durch längerfristige Patenschaften, Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Geflüchtete oder gemeinsame Projekte mit Geflüchteten, mit denen die Integration der Asylsuchenden unterstützt werden soll.

Neue Strukturen des Engagements für Geflüchtete

In der Flüchtlingshilfe besitzt das zivilgesellschaftliche Engagement eine lange Tradition. In den Jahren nach dem Asylkompromiss von 1993, als es gesellschaftlich sehr still um das Flüchtlingsthema wurde, waren es besonders lokale Flüchtlingsinitiativen und kirchliche Gruppen, die sich – oftmals in Kooperation mit den örtlichen Niederlassungen der Wohlfahrtsverbände – um die (wenigen) Asylbewerber*innen und vor allem um die langzeitgeduldeten Flüchtlinge vor Ort kümmerten. Typischerweise handelte es sich dabei um Helferkreise mit einem langjährig stabilen Kern und einer starken humanitären Überzeugung, die die Flüchtlinge in ihren oft langwierigen Verfahren und multiplen Problemlagen begleiteten (vgl. Aumüller/Bretl 2008). Zu den Schwerpunkten dieses Engagements

gehörte besonders die Begleitung traumatisierter Flüchtlinge sowie von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (vgl. Stiftung Mitarbeit 2010).

Dagegen hebt sich die Struktur des gegenwärtigen zivilgesellschaftlichen Engagements ab. Die neuen Dimensionen im Engagement für Flüchtlinge zeigen sich dabei im Wesentlichen in drei Aspekten (vgl. Aumüller 2016; Aumüller et al. 2016):

- in der enorm gestiegenen Zunahme und bundesweiten Ausdehnung des Engagements,
- in der besonderen Struktur des Engagements (Motivation, Organisationsformen) sowie
- in der Entstehung vielfältiger und innovativer Formen des Engagements für und mit Flüchtlingen.

Erstens: Das freiwillige Engagement für Flüchtlinge hat in jüngster Zeit nicht nur einen unerwarteten Zuwachs erfahren, sondern wurde zu einer „gesellschaftlichen Bewegung“ (Karakayali/Kleist 2016, 3). Handelte es sich in früheren Jahren um stabile Insider-Kreise, die sich dem Engagement für Flüchtlinge verschrieben, so ist es dort, wo seit dem Sommer/Herbst 2015 Flüchtlingsunterkünfte entstanden sind, eine vielerorts zu erlebende Erscheinung, dass sich Menschen um die neuen Mitbewohner und Mitbewohnerinnen in der Nachbarschaft kümmern. Belegt sind vielfach Beispiele, in denen eine zunächst skeptisch-ambivalente Haltung in der örtlichen Bevölkerung in eine hohe Hilfsbereitschaft für die Geflüchteten umgeschlagen ist (vgl. Aumüller/Gesemann 2014, 141; Aumüller et al. 2015).

Nach Befragungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) setzten sich im November 2015 und im Mai 2016 insgesamt 10,9 Prozent bzw. 11,9 Prozent der Befragten² auf die eine oder andere Weise für Flüchtlinge ein. Ohne Berücksichtigung von Sach- oder Geldspenden waren es noch 7,3 Prozent der Befragten im November 2015 bzw. 8,7 Prozent im Mai 2016. Sehr hoch ist auch die Bereitschaft zum Engagement: Insgesamt können sich drei Viertel der Befragten eine persönliche Unterstützung von Flüchtlingen vorstellen (vgl. Ahrens 2016).

Das hohe Engagement für Flüchtlinge zeigt sich bundesweit über alle Gemeindegrößen hinweg. Zwar scheinen die Engagierten überproportional in Großstädten zu leben, aber fast 60 Prozent der von der explorativen Umfrage des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung vom November/Dezember 2015 erreichten Freiwilligen entfielen auf Klein- und Mittelstädte sowie auf Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern (vgl. Karakayali/Kleist 2016, 17). Beim freiwilligen Einsatz für Flüchtlinge handelt es sich offenbar um eine dynamische Ausweitung des Engagements, die weite Teile des Bundesgebiets erfasst zu haben scheint.

Zweitens: Ein weiterer neuer Aspekt betrifft das besondere Profil des Engagements. Interessante Anhaltspunkte hierfür liefert eine – allerdings nicht repräsentative – bundesweite Online-Umfrage, die das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) im November/Dezember durchführte (vgl. Karakayali/Kleist 2016)³ Daraus ergeben sich zum Engagement für Geflüchtete folgende Erkenntnisse:

- Der überwiegende Teil freiwillig engagierter Menschen – nach Einschätzung der Umfragen etwa drei Viertel – ist weiblich. Zudem sind Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe überwiegend gut gebildet und wirtschaftlich abgesichert. Auch der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund

² Die Befragung erfolgte im Rahmen bundesweiter telefonischer Mehrthemenumfragen; dabei wurden im November 2015 und im Mai 2016 jeweils etwa 2.000 Personen befragt.

³ Im Rahmen dieser Online-Umfrage wurden im November/Dezember 2015 bundesweit 2.291 Personen befragt. Zu den Ergebnissen der ersten Umfrage vom November/Dezember 2014 siehe Karakayali/Kleist 2015.

ist unter den Freiwilligen höher, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht (vgl. Karakayali/Kleist 2016: 11 ff.).

- Das enorme freiwillige Engagement ist ein Phänomen jüngerer Datums. Nur 15 Prozent der im November/Dezember 2015 in einer Online-Erhebung Befragten haben sich bereits vor 2014 für Flüchtlinge engagiert. Zwei Drittel der Befragten engagieren sich erst seit dem „Sommer der Hilfsbereitschaft“ für Flüchtlinge. Das Interesse an dem Thema Flüchtlinge setzte insbesondere bei jüngeren Altersgruppen im Jahr 2011 ein, als der syrische Bürgerkrieg begann (ebd.: 19 ff.).
- Bemerkenswert sind zudem der spontane und proaktive Charakter der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, das hohe Eigenengagement der Freiwilligen sowie die hierfür aufgewendete Zeit. Ein hoher Anteil der Engagierten setzt sich jenseits bestehender Strukturen in Initiativen und Projekten sowie selbstorganisierten Gruppen für Flüchtlinge ein und ein knappes Viertel der Befragten war mehr als zehn Stunden pro Woche aktiv.
- Vernetzung ist eine zentrale Aufgabe in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, was möglicherweise damit zusammenhängt, dass ein Großteil der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Initiativen und Projekten sowie in selbst organisierten Gruppen betrieben wird. Bemerkenswert ist aber auch, dass die im November/Dezember 2015 befragten Ehrenamtliche sehr bemüht waren, mit Gemeinden (29,3 Prozent) und lokalen Behörden (22,7 Prozent) zusammenzuarbeiten (ebd.: 25).
- Dem Einsatz für Flüchtlinge liegen zum einen altruistische Motive wie „Schwächeren beizustehen“ zugrunde (86 Prozent).⁴ Von großer Bedeutung sind aber auch der Wunsch, „Neues über die Welt und Kulturen zu lernen“ (94 Prozent) sowie das „Gemeinschaftsgefühl mit anderen Ehrenamtlichen“ (92 Prozent). Mit ihrem Engagement möchten die Freiwilligen zudem die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten (97 Prozent) und ein „Zeichen gegen Rassismus“ und für eine „Willkommenskultur“ setzen (90 Prozent) (ebd.: 30 ff.).
- Fast drei Viertel der Engagierten sind trotz des hohen Arbeitseinsatzes und Zeitaufwandes von ihrem Einsatz für Flüchtlinge „erfüllt“. 60 Prozent geben darüber hinaus an, dass sie aus dem Engagement „neue Motivation“ schöpfen (ebd.: 35).

Drittens: Schließlich erscheinen die vielfältigen und innovativen Formen des Engagements für Geflüchtete als neu. Neben der Alltagsunterstützung für Geflüchtete sind auch innovative Formen des Engagements entstanden, z.B. *Refugee Law Clinics*, die mittlerweile an gut einem Dutzend Universitäten in Deutschland existieren oder in Gründung sind. Studierende der Rechtswissenschaften stellen ihr Wissen unentgeltlich für die Rechtsberatung von Asylsuchenden und Geduldeten zur Verfügung und werden dabei von den juristischen Fakultäten, an denen sie angesiedelt sind, fachlich begleitet.

Innovativ verbindet sich bürgerschaftliches Engagement auch mit neuen Formen der Wohnunterbringung von Asylsuchenden, so beispielsweise im *Sharehaus Refugio* in Berlin oder im *Grandhotel Cosmopolis* in Augsburg (vgl. Aumüller et al. 2015: 51 ff.). Dort leben Einheimische und Asylsuchende in gemeinsamen Wohnprojekten zusammen; in diesen Projekten verbindet sich zivilgesellschaftliches Engagement mit neuen Formen der gesellschaftlichen Teilhabe von Flüchtlingen (siehe Kapitel 3.4.).

Freiwilliges Engagement in der kommunalen Flüchtlingspolitik

Kommunen sehen im starken freiwilligen Engagement der Bevölkerung die zentrale Ressource für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.

⁴ Antworten „trifft zu“ und „trifft eher zu“.

Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Institut für Demokratische Entwicklung und soziale Integration (DESI) im Jahr 2016 durchgeführt hat. 80 Prozent der Verantwortlichen für die kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik bewerten das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung als sehr hoch oder hoch. Bemerkenswert ist dabei, dass das Engagement über alle Gemeindegrößen hinweg als sehr bedeutsam eingeschätzt wird. Zwar wird es in Großstädten und Mittelstädten am höchsten bewertet, aber selbst drei von vier Kleinstädten und Gemeinden schätzen es als sehr hoch oder hoch ein. Drei von vier Kommunen verweisen zudem auf aktive Willkommens- bzw. Flüchtlingsinitiativen (vgl. Gesemann/Roth 2016).⁵

3.4. Koordinierungsmodelle in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe

Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung identifiziert in seiner qualitativen Studie zum Engagement für Geflüchtete drei verschiedene Typen der Koordination in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe, die sich in verschiedenen Kommunen unterscheiden lassen (vgl. Hamann et al. 2016: 17 ff.):

- Bei der *Initiativen-Koordination* leistet eine Initiative die Koordination ehrenamtlicher Arbeit meist allein, ohne Unterstützung durch städtische Stellen und freie Träger. Dieser Typ ist vor allem in kleineren Kommunen und in Kommunen mit fehlenden Strukturen der Engagementförderung zu finden. Häufig werden die komplexen Aufgaben der Kommunikation nach Innen und Außen sowie der Koordination von Abläufen von Personen übernommen, die hierfür beruflich qualifiziert sind, Leitungserfahrungen mitbringen und über ihre Zeit frei verfügen können.
- Bei der *Netzwerk-Koordination* erfolgt die Abstimmung in Netzwerken, in denen alle Akteure zusammenkommen, die Freiwillige in ihre Arbeit einbeziehen wie Kommunen, freie Träger, Initiativen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtverbände, Freiwilligenagenturen, zum Teil aber auch Akteure, die Aufgaben bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten übernehmen wie Betreiber von Gemeinschaftseinrichtungen oder Polizei. Dieser Typ ist in den meisten Kommunen in mehr oder weniger institutionalisierten Formen zu finden.
- Bei der Einrichtung von *zentralen Koordinationsstellen* erfolgt die Koordination durch eine hauptamtliche Stelle bei der Kommune oder einen freien Träger. Die Koordinationsstelle fungiert als Ansprech- und Vermittlungseinrichtung, organisiert Vernetzung und Kommunikation unter den Freiwilligen sowie Qualifizierungsmaßnahmen und Supervision für Haupt- und Ehrenamtliche. Weitere Aufgaben sind die Ermittlung von Bedarfen und Angeboten, die Informationsbündelung und die materielle Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit.

Diese unterschiedlichen Koordinationsformen und die Implikationen, die sich daraus für die Rolle der Flüchtlings- und Willkommensinitiativen ergeben, werden im Folgenden empirisch aufgegriffen und analysiert. Zu fragen ist vor allem, wie sich bürgerschaftliches Engagement im Kontext von *Local Governance* konkret gestaltet.

⁵ Dieses Ergebnis zeigt sich auch in anderen Studien: In einer Studie des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) verweisen 83,4 Prozent der befragten Kommunen auf ein aktives ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge, wobei drei Viertel der Befragten von neu gegründeten Flüchtlings- und Willkommensinitiativen (73,4 Prozent) berichten (vhw 2016: 11).

Willkommensinitiativen im Spannungsfeld zwischen Nothilfe und Protest

Ehrenamtliche Unterstützungsinitiativen haben nicht nur eine wichtige Funktion für verbesserte Betreuung- und Integrationsangebote, sondern können auch die Anwohnerreaktionen auf die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften positiv prägen (Aumüller et al. 2015: 155 ff.). Sie bilden damit einen wichtigen Faktor für den sozialen Zusammenhalt im Stadtraum. Reibungspunkte entstehen vor allem dort, wo die Verwaltung engagierte Bürgerinnen und Bürger auf die Funktion der Zuarbeiter und Handlanger reduziert. Ein intrinsisches Merkmal des zivilgesellschaftlichen Engagements ist sein Eigensinn und die daraus entstehende Kreativität. Probleme entstehen dann, wenn die Verwaltung den freiwillig Engagierten ihre eigenen Vorstellungen von „guter Integration“ aufzudrängen versucht, sowie dort, wo Freiwillige als Lückenbüsser für mangelnde kommunale Konzepte, Strategien und Maßnahmen missbraucht werden.

Auch die Artikulation von Protest gegen ungenügende Aufnahmestrukturen und (staatliche und nicht-staatliche) Gewalt gegen Asylsuchende gehören zu den Aktivitäten von Willkommensinitiativen. Hierzu stellt die Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung fest: „Die Freiwilligen klagen oft über die langsamen und schwer zugänglichen Verwaltungsstrukturen. Aus der Erfahrung der eigenen kurzfristigen Einarbeitung in die Themen Flucht und Asyl, Arbeitssuche und Sozialhilfe, Wohnungssuche und Kinderbetreuung ist ihnen nicht verständlich, warum Verwaltungen unflexibel reagieren und aus Sicht der Initiativen notwendige Hilfe blockieren“ (Hammann 2016: 53).

Partizipation von Geflüchteten

Die Flüchtlings- und Willkommensinitiativen können zudem nicht losgelöst von der Überlegung betrachtet werden, wie eine Partizipation von geflüchteten Menschen an städtischen Prozessen heute und in Zukunft gestaltet werden kann. Auch hier nehmen die Initiativen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Geflüchteten und Aufnahmegesellschaft ein. Die Zuwanderung von Asylsuchenden wirft eindrücklich die Frage auf, wie die Partizipation von Menschen ermöglicht wird, die über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen und die von wesentlichen Bürgerrechten ausgeschlossen sind. Obwohl in der politischen Theorie bereits seit einiger Zeit eine Debatte um diese Frage stattfindet (siehe zum Beispiel Benhabib 2008), fehlen für Deutschland noch Erfahrungen, wie eine gesellschaftliche Teilhabe von aufenthaltsrechtlich ausgegrenzten Menschen auf der lokalen Ebene praktisch umgesetzt werden kann.

Interessante Impulsgeber können experimentelle Wohn- und Lebensformen sein, wie das 2014 in Augsburg eröffnete *Grandhotel Cosmopolis*, eine Flüchtlingsunterkunft, in der Asylbewerber und Hotelgäste gemeinsam ein Haus bewohnen und in der zusätzlich ein öffentliches gastronomisches Angebot und Künstlerateliers untergebracht sind. Eine ähnliche Richtung verfolgt das 2015 in Berlin-Neukölln eröffnete *Sharehouse Refugio*, das von der Berliner Stadtmission betrieben wird. Weitere Wohnprojekte dieser Art sind in Berlin in Planung, so beispielsweise für die künftige Nutzung des *Hauses der Statistik* in Berlin-Mitte. Initiativen dieser Art arbeiten daran, die dominante gesellschaftliche Sichtweise auf „den Flüchtling“ als eine marginalisierte soziale Figur zu überwinden, indem das Recht auf Teilhabe auf sämtliche Stadtbewohner*innen, unabhängig vom aufenthaltsrechtlichen Status, projiziert wird. Sie fügen sich damit in lokal fundierte Konzepte der sozialen Partizipation ein, die in der kritischen Sozialforschung unter dem Stichwort der *urban citizenship* diskutiert werden – die Mitgestaltung und Teilhabe am städtischen Leben durch alle dort lebenden Menschen (vgl. Hess/Lebuhn 2014).

Die Besonderheit der Willkommensinitiativen für Geflüchtete liegt darin, dass es sich tatsächlich um neue Akteure und ein neues Handlungsfeld in der Stadtpolitik handelt. Bislang ist wenig über die Dynamiken der Initiativen und ihre Rolle in Prozessen der „Local Governance“ bekannt. Interessanterweise fächert sich auch der von ihnen bearbeitete thematische Radius immer stärker auf: Aus reinen Unterstützerinitiativen werden politisch motivierte Akteure, die ihren Handlungsrahmen beständig ausweiten und über Wohninitiativen für Geflüchtete auch Einfluss auf Integrationspolitik, Stadtentwicklung und Wohnungspolitik nehmen. Aber auch in der Verwaltung und lokalen Politik stellt sich das Akteursfeld in diesem Bereich neu auf: Es entstehen neue Funktionen in der Verwaltung (Flüchtlingskoordinator*innen etc.) mit z. T. intermediärem Auftrag und Selbstverständnis.

4. Neue intermediäre Akteure in Berlin – Ergebnisse einer ersten Exploration

Mit einer Recherche zu neuen intermediären Akteuren in Berlin wurde in einem ersten Schritt der vorliegenden Untersuchung eine vorläufige Typologie des Akteurspektrums erarbeitet. Bis Mitte August 2016 wurden dafür 30 Kurzprofile von intermediären Akteuren (Initiativen, Vereine etc.) erstellt, die einen ersten Einblick in den Gegenstandsbereich ermöglichen.

Die Recherche der Kurzprofile erfolgte in erster Linie über Online-Recherchen sowie vereinzelt über Projektbegehungen und Gespräche. In einigen Fällen wurde auf bereits aus anderen Forschungszusammenhängen vorhandene Interviewprotokolle mit Beteiligten bzw. Beobachter*innen dieser Akteure zurückgegriffen. Der Einschätzung dieser Akteure mit Blick auf Intermediarität diente ein Kriterienkatalog, der zu Beginn der Studie entwickelt wurde:

- Intermediäre Akteure sind aktiv an Gestaltungsprozessen beteiligt und beschränken sich nicht auf die bloße Vermittlung in Stadtentwicklungsprozessen. Sie verfolgen ein eigenes Projekt und bringen dafür eigene Kompetenzen und Ressourcen ein.
- Der Gestaltungsanspruch von intermediären Akteuren übersteigt das private Verwertungsinteresse. Dennoch kann das zu gestaltende Projekt auch kommerziellen Interessen dienen.
- Intermediäre verfolgen einen Anspruch des „Andersmachens“ und zielen auf soziale und städtische Innovationen ab.
- Die Arbeit in Netzwerken und Kooperationen spielen eine zentrale Rolle.
- Intermediäre Akteure treten vermittelnd auf: Sowohl vertikal zwischen Bewohnern, Politik/Verwaltung und städtischer Ökonomie als auch horizontal zwischen verschiedenen Gruppen in der Zivilgesellschaft.
- Intermediäre Akteure fordern eine breite Beteiligung ein und setzen sich dafür ein.
- Sie agieren entweder kiezorientiert oder gesamtstädtisch, wobei die Schwerpunkte jeweils unterschiedlich gesetzt werden.
- Intermediäre Akteure können sich in ganz unterschiedlichen Phasen der Institutionalisierung befinden: Von der informellen Betroffeneninitiative über den eingetragenen Verein bis zu wirtschaftsrechtlich verfassten Organisationen.
- Sie greifen auf unterschiedliche Finanzierungsquellen zurück, wozu auch öffentliche Mittel gehören können.
- Intermediäre Akteure vermögen ein kohärentes Handeln und einen kohärenten Vermittlungsanspruch auch bei Fluktuation der Akteure herzustellen.

Die Verteilung der im Kurzprofil untersuchten Initiativen über das Berliner Stadtgebiet wird – soweit geographisch konkret verortbar – in Abbildung 2 dargestellt. Eine Beschreibung der Akteure folgt in den Themenfeldern *Wohnen und Nachbarschaft*, *Flüchtlings- und Willkommensinitiativen*, *Integration und Partizipation von Zugewanderten*, *Bildung* sowie *Stadtentwicklung und Kommunikation*.

Im Anschluss daran werden die Ergebnisse der Interviews mit Expert*innen sowie eines Expertenworkshops präsentiert, welche weitere „Innenansichten“ aus der Perspektive von Vertreter*innen aus Verwaltung, Politik, Initiativen und Wissenschaft bieten.



Abbildung 2: Auswahl neuer intermediärer Akteure in Berlin, die in dieser Studie näher untersucht wurden und die sich lokal verorten lassen (Quelle: Beck/Kriemann/Luchmann 2017: 8).

Legende:

Lokale Initiativen*	Raumübergreifende Initiativen
<p>Insgesamt wurden 18 Berliner Initiativen untersucht, die sich projektbezogen lokal verorten lassen (siehe Karte Abbildung 2).</p> <p>(1) Himmelbeet, (2) Reuterforum, (3) Kotti & Co, (4) Schillernde Hunde, (5) Initiative Bundesplatz, (6) SchöneWeider Ufer, (7) Mediaspree versenken!, (8) Bürgerplattform Berlin-Südost, (9) Moabit hilft, (10) Willkommen im Westend, (11) Pankow hilft, (12) Hellersdorf hilft, (13) Ankommen in Südneukölln, (14) Initiative Haus der Statistik, (15) Campus Cosmopolis, (16) Sharehouse Refugio, (17) Ein Quadratkilometer Bildung, (18) Rütli Wear.</p>	<p>Darüber hinaus wurden 12 weitere Berliner Initiativen in den Blick genommen, deren Aktionsradius über eine projektbezogene lokale Verortung hinausgeht.</p> <p>Stadt Neudenken, Think BerlIn, Gentrification Blog, openBerlin e.V., Kampagne Steigende Mieten stoppen!, Mietenvolksentscheid e.V., Bürgerstiftung Berlin, Multitude, Mamis en Movimiento, Give something back to Berlin, Refugees Movement, Move Global.</p>

* **Hervorhebungen:** Initiativen, die für vertiefende Fallstudien ausgewählt wurden.

4.1. Wohnen und Nachbarschaft

Aus den zahlreichen Initiativen Berlins, die sich für Belange des Wohnens und der Nachbarschaft einsetzen, haben wir sechs ausgewählt, die an unterschiedlichen Stadtentwicklungsthemen ansetzen und an denen verschiedene gesellschaftspolitische Gestaltungsansprüche, Institutionalisierungsprozesse und Vermittlungsansprüche aufgezeigt werden können.

Bei den Initiativen haben wir eine Mischung aus langjährig bestehenden Initiativen (seit 2008) und jungen Initiativen (seit 2014) untersucht. Alle betrachteten Initiativen lassen sich durch einen auf Kooperation ausgerichteten, aber auch durch Protest getragenen Vermittlungsanspruch charakterisieren. Ihr Ausgangspunkt ist eine lokale Verankerung, in der sie kiezbezogen ihr Handeln ausrichten und zum Teil im Verlauf ihres Bestehens einen bezirks- bis stadtweiten Raumbezug annehmen. Die Beteiligung erfolgte in allen Fällen niedrigschwellig und ist teilweise in eine institutionalisierte Form übergegangen. Alle Initiativen haben sich aus ehrenamtlichem Engagement gegründet und erhalten teilweise auch eine öffentliche Förderung. Die Außenwahrnehmung variiert stark. In puncto Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung wirken sie von kooperativ bis konfrontativ.

Bei der **Initiative Bundesplatz** handelt es sich um eine von Bewohner*innen 2010 gegründete Initiative rund um den gleichnamigen Verkehrsknotenpunkt im Ortsteil Wilmersdorf. Durch die monofunktionale Ausrichtung des Bundesplatzes nach dem verkehrsgerechten Umbau konnte er von den Anwohnenden nur eingeschränkt genutzt werden und verwahrloste. Die ca. 230 Mitglieder der Initiative setzen sich für den Aufbau und die Weiterentwicklung eines lokalen Netzwerkes vor Ort ein, um die Aufenthaltsqualität des Gebietes um den Bundesplatz und die Bundesallee zu verbessern. Sie zeichnet sich durch vielseitige Möglichkeiten zur Beteiligung und zahlreiche Aktivitäten aus sowie durch eine starke horizontale und vertikale Vernetzung mit der bezirklichen Verwaltung.

Die **Bürgerinitiative SchöneWeider Ufer** ist eine seit 2008 bestehende Initiative im Bezirk Treptow-Köpenick, die sich für einen freien Zugang und eine öffentliche Nutzung des zwölf Kilometer langen Uferabschnittes der Spree in Schöneeweide einsetzt. Sie ist darüber hinaus ein Teil eines größeren Netzwerkes der Bürgerplattform Berlin Südost „SO! MIT UNS“. Die Besonderheit der Bürgerinitiative *SchöneWeider Ufer* ist, dass es ihr gelingt, das Anliegen, die Spree öffentlich zugänglich zu machen, erfolgreich an die Bezirksverwaltung von Treptow-Köpenick zu vermitteln und einige Spreeabschnitte als öffentlichen Raum gewinnen konnte. Sie ist lokal begrenzt, agiert im Sinne der Anrainer*innen und ist in den Verhandlungen mit dem Bezirk anerkannt.

Das **Himmelbeet** ist ein 2011 aus einer bottom-up-Initiative hervorgegangenes Projekt eines interkulturellen Gemeinschafts- und Pachtgartens im Ortsteil Wedding. Das Projekt verfolgt das Ziel von Beteiligung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements mit dem integrativen Anspruch, die ortsansässige Nachbarschaft mit und ohne Handicap in das Projekt einzubinden und Netzwerkarbeit mit anderen Initiativen vor Ort zu betreiben. Sie zeichnet sich als durchsetzungsstarke und integrative Initiative mit starker Produktorientierung aus. Die Initiative hat sich als *himmelbeet gGmbH* institutionalisiert und verfolgt das über das lokale Projekt im Wedding hinausgehende Ziel der Verbreitung urbaner interkultureller Gartenprojekte in ganz Berlin.

Das **Reuterforum** und der dazugehörige *Reuterforum Blog* ist eine Idee mit klar abgesteckten und gemeinwohlorientierten Zielen, die im Rahmen des Projekts „*Verstetigung aktiv gestalten!*“ des Quartiersmanagementgebiets Reuterplatz in Neukölln entstanden ist und aus Mitteln des Förderprogramms „Soziale Stadt“ finanziell unterstützt wird. Mit dem Reuterforum soll eine Plattform für Anwohner*innen etabliert und unterstützt werden, die an einer themenbezogenen Zusammenarbeit

für den Kiez und Abstimmung mit der bezirklichen Verwaltung auch nach dem Abschluss des Quartiersmanagements interessiert ist. Der Erfolg und dessen Etablierung sind noch unklar.

Die lokal verankerte Bürgerinitiative **Schillernde Hunde** hat sich im Zuge des im Jahr 2015 durchgeführten Beteiligungsverfahrens für die Umgestaltung des *Neuen St. Thomas Kirchhofes* zu einer naturnahen Parkanlage in Neukölln formiert, um im Zusammenschluss von ca. 20 Hundehalter*innen den seit 30 Jahren ungenutzten *Neuen St. Thomas Friedhof* als Hundeauslaufgebiet zu erhalten. Durch den Einsatz für einen Dialog zwischen Hundebesitzern und Nicht-Hundebesitzern, mit dem Ziel eines gegenseitigen Verständnisses, erreichte die Initiative eine starke Durchsetzungskraft. Die Initiative zeichnet sich durch ihr soziales Netzwerk und ihre starke Solidarisierung der Nachbarschaft im Schillerkiez aus. Nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens im November 2015 sind keine weiteren Aktivitäten der Gruppe sichtbar.

Kotti & Co ist eine seit 2011 existierende Mietergemeinschaft, die als Basisorganisation mit stadtpolitischem Fokus gegen hohe und steigende Mieten in Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus protestiert. Sie betreibt mit verschiedenen Aktionen eine starke Öffentlichkeitsarbeit (Protestveranstaltungen, Konferenzen, Veröffentlichungen) und bezieht unterschiedliche Akteursgruppen ein (Mieter*innen, Politiker*innen, Initiativen etc.). Eine Besonderheit ist die Besetzung eines öffentlichen Platzes am Kottbusser Tor mit einem *Gecekondu – einem informell errichteten kleinen Gebäude* –, das als Treffpunkt und Nachbarschaftszentrum dient. Die Initiative zeichnet sich durch ein hohes Maß an vertikaler und horizontaler Vernetzung mit anderen Aktiven (z.B. Mietenvolksentscheid) aus, die Kotti & Co in institutionalisierten Strukturen vertreten. Eine weitere Besonderheit ist die niedrigschwellige Selbstorganisation eines Wohnkomplexes und dessen Beteiligung von heterogenen Bewohner*innen.

Sowohl die *Initiative Bundesplatz* als auch die Bürgerinitiative *SchöneWeider Ufer* sind Beispiele für Initiativen, die in der Kommunikation mit der bezirklichen Verwaltung auf Missstände im Wohnumfeld aufmerksam machen und diese dann auch anpacken. Ähnliches gilt auch für das *Himmelbeet*. Hier werden Nachbarschaft und Begegnung aktiv gelebt und gestaltet. Demgegenüber ist das *Reuterforum* ein top-down-Versuch, die Aktiven im Stadtteil in Form eines Vereins zusammenzubringen, um auch nach der Beendigung des Quartiersmanagements weiterhin Ansprechpartner*innen für die Verwaltung im Quartier zu haben. Die *Schillernden Hunde* setzten sich für die Belange einer spezifischen Gruppe – die Hundehalter*innen – ein und versuchten, durch eine andere Art von Hundeauslauf Veränderungen im Umgang mit Hunden in der Stadt zu bewirken. Der Gruppe gelang es, Menschen aus allen Milieus anzusprechen und zu beteiligen.

4.2. Flüchtlings- und Willkommensinitiativen

Von den zahlreichen Flüchtlings- und Willkommensinitiativen, die es in allen Bezirken Berlins gibt, haben wir ein halbes Dutzend ausgewählt, anhand derer sich unterschiedliche Entwicklungsverläufe, gesellschaftlich-politische Gestaltungsansprüche, Institutionalisierungsprozesse und Vermittlungsansprüche aufzeigen lassen.

Einige Initiativen wurden bereits in den Jahren 2013 und 2014 gegründet, die Mehrheit aber im Jahr 2015. Die Initiativen verfolgten zunächst eine doppelte Intention: Es ging ihnen darum, in den lokalen Nachbarschaften Akzeptanz für die neuankommenden Asylsuchenden herzustellen, sowie darum, Unterstützungsleistungen unterschiedlicher Art für die Neuankömmlinge bereitzustellen. Im Laufe der Zeit fand vielfach eine Politisierung der Initiativen statt, die sich an den unzureichende Aufnahmestrukturen in der Stadt sowie der Flüchtlingspolitik von Bund und Land entzündete. Zugleich sind

in den Initiativen Akteursstrukturen entstanden, die über die einzelnen Unterkünfte hinaus in den Sozialraum und in die Bezirke hineinreichen und dort am Aufbau nachhaltiger Integrationsstrukturen mitarbeiten.

Moabit hilft e.V. ist eine Willkommensinitiative, die sich von einer nachbarschaftsbasierten Spendensammelungsinitiative zu einem weithin beachteten flüchtlingspolitischen Akteur in der Stadt entwickelt hat. Die Politisierung der anfänglichen Initiative erfolgte vor allem, weil die räumliche Nähe zum Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) die katastrophale Aufnahme- und Versorgungslage im Sommer und Herbst 2015 erfahrbar machte, zu deren Linderung die Initiative einsprang.

Die Initiative **Willkommen im Westend** wurde bereits im Juni 2013 gegründet und richtete sich zunächst gegen fremdenfeindliche Äußerungen anlässlich der Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft im Westend. Die Initiative hat sich im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem wichtigen Kooperationspartner von Politik und Verwaltung und auf Landesebene – zusammen mit anderen Initiativen – zu einer kritischen Instanz der Berliner Flüchtlingspolitik entwickelt. Mit der *Ulme 35 – Raum für Integration und Kreativität* der *InterK(ult)urAnstalten Westend e.V.* plant die Initiative die Umsetzung eines innovativen integrativen Projekts in einem bisher leer stehenden Gebäude.

Das Willkommensnetzwerk **Pankow hilft** ist ein loser Verbund von selbstständig und voneinander unabhängig agierenden Unterstützungskreisen, die geflüchtete Menschen beim Ankommen im Bezirk Pankow begleiten. Die Arbeit des Netzwerks wird über die bezirkliche Netzwerkstelle *Moskito* professionell begleitet, die auch die Vermittlung zwischen den Basisinitiativen und der Verwaltung herstellt. In der Einschätzung des Bezirks hat diese Initiative in den vergangenen beiden Jahren einen beachtlichen Wandel von einer paternalistisch orientierten Helferinitiative hin zu einem Netzwerk vollzogen, in dem Qualitätsstandards für die ehrenamtliche Arbeit sowie das Empowerment, die Selbstorganisation und die Partizipation von Geflüchteten eine wichtige Rolle spielen.

Die Initiative **Hellersdorf hilft** gründete sich 2013 als Reaktion gegen die massiven, von der NPD gestützten Anwohnerproteste gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße in Hellersdorf. Mittlerweile als eingetragener Verein institutionalisiert, kümmert sich *Hellersdorf hilft* heute weniger um konkrete Hilfen für Geflüchtete, sondern v.a. um die Schaffung einer Willkommenskultur im Kiez sowie um die Partizipation geflüchteter Menschen. Hierfür wurde mit der Einrichtung der Begegnungsstätte *LaLoKa* ein Freiraum für Geflüchtete außerhalb der Wohnunterkünfte geschaffen, in dem diese eigene Projekte, z.B. ein Internet-Café, umsetzen können.

Einem anderen Organisationsprinzip folgt die Initiative **Ankommen in Südneukölln**, die Anfang 2016 im Rahmen eines Auftrags des Senats an die Berliner Stadtteilzentren entstanden ist. Angedockt an das Selbsthilfe- und Stadtteilzentrum Neukölln-Süd wird hier eine semiprofessionelle Struktur geschaffen, die die Koordination von nachbarschaftlichem Engagement für Geflüchtete übernimmt.

Multitude e.V. ist aus einer „Initiative Deutschunterricht“ hervorgegangen, die bereits 2001 von Studentinnen und Studenten ins Leben gerufen wurde. Mit der hohen Flüchtlingszuwanderung der Jahre 2014/2015 hat der Verein seine Aktivitäten für Geflüchtete, die schwerpunktmäßig auf Deutschunterricht fokussiert sind, enorm gesteigert. Der Anspruch des Vereins ist es, das Empowerment der Geflüchteten zu unterstützen und die Bedingungen dafür zu schaffen, dass diese Menschen „ihre Interessen durchsetzen und ihre Stimme erheben können“ (Website der Initiative).

Diese kurze Zusammenfassung zeigt bereits die Vielfalt der Profile von Flüchtlings- und Willkommensinitiativen. Als einen weiteren Typus haben wir in den Kurzprofilen einige Initiativen berücksichtigt,

die sich in besonderer Weise mit dem Thema Wohnen für Geflüchtete und Stadtentwicklung auseinandersetzen.

Die **Initiative Haus der Statistik**, **Campus Cosmopolis** und **Sharehouse Refugio** sind Berliner Beispiele für Projekte, die das gemeinsame Wohnen von ansässigen und von asylsuchenden Menschen befördern. Ihnen geht es darum, die räumliche Ausgrenzung von Asylsuchenden in Not- und Gemeinschaftsunterkünften aufzuheben und Geflüchtete als einen integralen Bestandteil der städtischen Gesellschaft sichtbar zu machen. Insofern verfolgen diese Initiativen einen prononcierten Gestaltungsanspruch. Allerdings weisen sie deutliche Unterschiede in der Beteiligung und in ihren Vernetzungsstrategien auf.

Für ein weiteres Kurzprofil im Bereich der Flüchtlingsinitiativen haben wir schließlich die Plattform **Refugees Movement**, einer vornehmlich von Geflüchteten getragenen Initiative, ausgewählt, die das Thema Flüchtlingsproteste bearbeitet. Die Plattform ist aus den Asylprotesten der Jahre 2012 und 2013 entstanden und setzt sich gegen die Entrechtung von Flüchtlingen durch den deutschen Staat ein. Es handelt sich dabei um einen aktionsorientierten Akteur mit einer konflikträchtigen Vermittlungsgeschichte zwischen Senat, Bezirk und Geflüchteten. Intermediarität scheint bei dieser Gruppe nicht im Vordergrund zu stehen, doch lässt sich an diesem Beispiel die interessante Entwicklung von einer reinen Protestgruppe zu einer Plattform mit breiteren Repräsentationsmitteln (z.B. verschiedene Medienprojekte) nachzeichnen.

4.3. Integration und Partizipation von Zugewanderten

Über Flüchtlings- und Willkommensinitiativen hinaus befassen sich einige Kurzprofile mit Akteuren aus dem Bereich Integration und Partizipation von Zugewanderten allgemein. Unsere Intention dabei ist, solche migrantischen Initiativen sichtbar zu machen, die die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in der Stadtgesellschaft in besonderer Weise in den Vordergrund stellen. Hierfür wurden drei Profile angefertigt.

MaMis en Movimiento (MeM e.V.) ist eine Initiative von Frauen lateinamerikanischer Herkunft, die ursprünglich in Pankow verankert war, mittlerweile aber auch Ableger in anderen Berliner Bezirken hat. Interessant ist der Beteiligungsbegriff, den dieser Akteur propagiert: Beteiligung aus dieser Perspektive bedeutet nicht länger, dass migrantische Interessen durch einen traditionellen Typus von Migrantenorganisationen kanalisiert und artikuliert werden – diesen wird eine paternalistische Interessenvermittlung vorgeworfen. Stattdessen beanspruchen die Aktivistinnen von MeM e.V., in direkte Verhandlungen mit Senat und Bezirk zu treten, um ihre Interessen – die sich in besonderer Weise auf eine Institutionalisierung von bilingualer Erziehung in Kitas und Schulen richten – durchzusetzen.

Der Verein **moveGLOBAL e.V.** präsentiert sich als „Berliner Dachverband migrantisch-diasporischer Organisationen in der Einen Welt“. Der Verein setzt auf das Empowerment migrantischer Organisationen, indem er Fortbildungen, Seminare, Workshops und Beratungen anbietet. Das Ziel ist es, den gesellschaftlichen Einfluss und die Gestaltungsmöglichkeiten von Migrantenorganisationen in den Berliner Stadtquartieren zu fördern. Mit dem neu entwickelten Programm „Hand in Hand“ versucht **MoveGLOBAL**, die bestehenden Migrantenorganisationen mit Geflüchteten zu vernetzen. Auf Grundlage der Erfahrungen migrantischer Organisationen mit Barrieren bei der Partizipation soll ein besserer Zugang für die Geflüchteten zu Gesellschaft und Mitbestimmung gefördert werden. Durch die Arbeit des Vereins soll die Vielfalt migrantischer Akteure sichtbar und unter dem Motto „Migrant/innen mischen sich ein“ gesellschaftlich wirksam werden.

Das gesellschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten zu unterstützen ist auch die Zielsetzung der Initiative ***Give something back to Berlin e.V.*** Diese 2012 gegründete englischsprachige Initiative vernetzt sogenannte Expats in Berlin, damit diese in sozialen Projekten mitarbeiten und eigene soziale Ideen entwickeln können. Die Idee dahinter ist, dass eher privilegierte Migrantinnen und Migranten ihr soziales Engagement für unterprivilegierte Gruppen in der Aufnahmegesellschaft einbringen. Die vermittelten Projekte reichten ursprünglich von der Kinder- und Jugendarbeit über Wohnungslosenhilfe bis zur Unterstützung von alten Menschen. Inzwischen zielen die meisten Projekte explizit auf die Unterstützung von Geflüchteten bzw. die Verbesserung ihrer Lebensumstände.

Allen diesen Projekten ist gemeinsam, dass sie die Rolle von Migrantinnen und Migranten als Koproduzenten städtischer Gesellschaft in den Vordergrund stellen und damit eine Akteursgruppe ins Spiel bringen, die in der Regel eher als Empfänger gesellschaftlicher Solidarität denn als Geber wahrgenommen wird.

4.4. Bildung

Obwohl im Bereich Bildung staatliche Akteure und Instanzen dominieren, existiert auch hier eine vielfältige Landschaft intermediärer Akteure. Intermediäre Akteure geben inhaltliche Impulse und starten Pionierprojekte, die von der vorschulischen Sprachförderung bis zur Entwicklung neuer Studiengänge und der Gründung privater Hochschulen reichen. Gesellschaftliche Akteure werden aktiv, wo es dem Staat an Mitteln und Reformbereitschaft mangelt und geben Anstöße für bildungspolitische Reformen.

Zivilgesellschaftliche Initiativen für Privatschulgründungen haben in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung genommen. Häufig werden sie von Eltern und anderen Beteiligten getragen, die für eine Umsetzung alternativer pädagogischer Konzepte eintreten. Nicht selten aber engagieren sich Eltern für Schulgründungen, die die Regelschulen in sozial benachteiligten Quartieren für pädagogisch überfordert halten. Folgen sind sowohl eine soziale Entkopplung von Bildungsprozessen als auch Segregation.

Soziale Segregation in der Bildung wiederum bildet den Ausgangspunkt für die Entstehung lokaler Bildungslandschaften und den Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements. Auffällig ist, dass in diesem Feld etablierte Akteure, wie z.B. Stiftungen, aber auch Wohnungsbaugesellschaften, einen wichtigen Beitrag leisten. Zu intermediären Akteuren in der Bildung sind zwei Kurzprofile entstanden:

Die Initiative ***Ein Quadratkilometer Bildung*** vernetzt Bildungsakteure in benachteiligten Stadtteilen und entwickelt aus dieser Kooperation neue, „ganzheitliche“ Lernprogramme. Mittlerweile gibt es zehn solcher lokaler Bildungslandschaften in ganz Deutschland. Den ersten Programmstandort bildete im Jahr 2006 der Neuköllner Reuterkiez, in dem alle bildungsrelevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure rund um die Rütli-Schule zusammengebracht wurden. Die Vernetzung zielt auch auf eine positive Quartiersentwicklung. Die Initiative betont pädagogische Werte wie Inklusion oder individuelles und entdeckendes Lernen und wirkt auf gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen im Kiez hin. Bei der Umsetzung der lokalen Bildungslandschaft spielen Stiftungen eine besondere Rolle. Sie stellen materielle Ressourcen zur Verfügung, setzen inhaltsbezogene Impulse und treten dafür ein, dass für die Verbesserung von pädagogischer Praxis stabil unterstützte bottom-up-Prozesse notwendig sind.

Die Schülerfirma ***Rütli Wear e.V.*** ist ebenfalls auf dem Rütli-Campus in Berlin-Neukölln angesiedelt und vermittelt praktische Bildungsinhalte in Kooperation mit lokalen Bildungseinrichtungen und Ak-

teuren für Kinder und Jugendliche vor Ort. Die Schülerinnen und Schüler arbeiten außerhalb ihres gewohnten Schulumfeldes – aber im Rahmen des offiziellen Unterrichtsplans – an der Herstellung von Textilien mit selbst entworfenen Motiven. Mit Rütli Wear findet eine Beteiligung an der Diskussion um Integration und Bildungschancen aus der „Betroffenenperspektive“ statt. Den oft unterprivilegierten Schülerinnen und Schüler soll durch die Vermittlung praktischer Fähigkeiten ein besserer Ausbildungsweg ermöglicht werden. Das Label ist darüber hinaus ein Gegenstatement zur verbreiteten Medienwahrnehmung der Schule und des Kiezes und soll positive Werte vermitteln. Das Lernen erfolgt unter Anleitung von qualifizierten Mitarbeiter*innen von „Rütli Wear“, Lehrer*innen der Rütli-Gemeinschaftsschule und Ehrenamtlichen.

Darüber hinaus weisen auch andere untersuchte Initiativen wie das *Reuterforum* und die *Bürgerstiftung Berlin* oder – im Bereich Flucht, Migration und Integration – *Multitude e.V.* und *MaMis en Movimiento* Bezüge zum Thema Bildung auf.

4.5. Stadtentwicklung und Kommunikation

Aus den zahlreichen Initiativen Berlins in diesem Bereich haben wir neun Akteure ausgewählt, die sich dadurch auszeichnen, dass sie von vornherein eine Netzwerkarbeit betreiben, die deutlich über den Kontext lokal verortbarer, quartiersorientierter Gestaltungsprojekte hinausgeht. Sie stoßen stadtentwicklungspolitische Debatten an, die sich auf die gesamte Stadt Berlin beziehen bzw. in Teilen auch darüber hinaus. Einige Initiativen konnten mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden politische Sachfragen in die Bezirksverordnetenversammlungen einbringen und Entscheidungen in ihrem Sinne beeinflussen.

Die Initiative **Stadt Neudenken** setzt sich seit ihrer Gründung 2011 für eine grundlegende Neuausrichtung der Berliner Liegenschafts- und Bodenpolitik ein. Seit 2012 organisieren und moderieren die Aktiven aus Stadtplanung, Architektur, Wissenschaft, Kunst und Kultur den „Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik“ und genießen eine große öffentliche Aufmerksamkeit.

Auch die 2009 von vier jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gegründete Initiative für Stadtdiskurs **Think Berlin** möchte eine neue Debatte um Stadtentwicklung und die Umgestaltung urbaner Lebensräume anstoßen. Durch ihre wissenschaftliche und zugleich praktische Positionierung werden sie von Politik und Verwaltung als Expertinnen und Experten anerkannt.

Seit 2008 betreibt der Stadtsoziologe Andrej Holm den **Gentrification Blog** mit dem Ziel, Informationen und die eigene Analyse sowie Einladungen zu Diskussionen zum Thema Gentrifizierung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Durch die Aufbereitung von Wissen macht der Blog die Debatte über Gentrifizierung und Wohnungspolitik einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und dient dadurch sowohl als horizontaler als auch als vertikaler Vermittler.

Der **OpenBerlin e.V.** ist unter den jungen Stadtakteuren ein typischer Vernetzer mit starkem bottom-up-Ansatz. Die 2014 online gegangene Plattform des *OpenBerlin e.V.* versteht sich als eine Dachorganisation für die Unterstützung und Vernetzung von stadtaktivistischen Akteuren. Der Verein bietet die Möglichkeit, neue sowie bereits bestehende Ansätze für partizipative Stadtentwicklungsprojekte weiterzuentwickeln und die Eigentumsfrage im städtischen Kontext neu zu denken.

Das Bündnis **Steigende Mieten Stoppen!** ist ein Zusammenschluss von Mieterinitiativen, politischen Gruppen und Einzelpersonen, die sich seit einer gemeinsamen Demonstration 2008 über ihre Homepage vernetzten. Ziel der sehr heterogen zusammengesetzten Initiative ist es, durch einen gemein-

samen Webauftritt Informationen zu den Themen Mietenentwicklung und Wohnungspolitik bereit-zustellen sowie Aktivitäten zu initiieren.

Im Frühjahr 2015 gründeten verschiedene Mieterinitiativen und Einzelpersonen den Verein **Mieten-volksentscheid e.V.** mit dem Ziel, einen Volksentscheid zu initiieren, der ein neues Mietengesetz durchsetzen sollte. Nach dem erfolgreichen Volksbegehren und einer Einigung mit Senatsvertretern auf das Wohnraumversorgungsgesetz (WoVG) wurde das Verfahren zum Volksentscheid Anfang 2016 offiziell vom Verein zurückgezogen. Nach wie vor besteht ein großes öffentliches Interesse an der Initiative und ihren Kernzielen, dem Erhalt und Schaffung von preiswertem Wohnraum und der Neu-ausrichtung der städtischen Wohnungsunternehmen.

Die Bürgerinitiative **Mediaspree versenken!** hat sich 2006 mit der Forderung nach einer öffentlichen Nutzung des Spreeufers zwischen Michael- und Elsenbrücke gegründet und setzte sich gegen eine Verdrängung der vorhandenen Initiativen und Kulturprojekte am Spreeufer durch Investorenprojekte und hochpreisige Wohnungsbauprojekte ein. Sie betrieb mit verschiedenen Aktionen eine starke Öffentlichkeitsarbeit (Protestveranstaltungen, Demos, Aktionen, Bürgerbegehren) und bezog unterschiedliche Akteursgruppen wie Mieter*innen, Politiker*innen, Initiativen etc. ein. Nach dem erfolgreichen Bürgerentscheid vom Juli 2008 zu den Planungen am Spreeufer arbeitete die Initiative auf Bezirksebene zeitweise im Sonderausschuss Spreeraum mit. Allerdings erfolgten sämtliche Beschluss-fassungen nach dem Auszug der Initiative ohne ihre Beteiligung, sodass die Verhandlungen beendet wurden, ohne dass der Konflikt um die Nutzung der Spreeuferflächen gelöst werden konnte.

Schöneweider Organisationen haben sich im Mai 2012 mit weiteren Gruppen, Initiativen und gesell-schaftlichen Einrichtungen zur Bürgerplattform **Berlin-Südost SO! MIT UNS** zusammengeschlossen, um sich als starke zivilgesellschaftliche Kraft auf Augenhöhe mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und Infrastruktur vor Ort sowie eine umfassende de-mokratische Teilhabe und Mitgestaltung einzusetzen.

Ebenfalls auf bürgerschaftliches Engagement ausgerichtet ist die 1999 gegründete **Bürgerstiftung Berlin**. Sie akquiriert Spenden der Berliner Bürgerinnen und Bürger, um mit dem Stiftungskapital Bildungsprojekte für benachteiligte Kinder und Jugendliche in Berlin zu unterstützen. Dadurch sollen neben den inhaltlichen Zielen das Ehrenamt und die Bürgerbeteiligung gefördert werden und eine Sensibilisierung zur Verantwortungsübernahme zur Lösung sozialer Probleme stattfinden.

Ähnlich wie *Stadt Neudenken* stellt *Think Berlin* einen akademischer Zugang zur Veränderung der Berliner Stadtentwicklung dar, der durch die berufliche Funktion der Akteure geprägt und entspre-chend für Außenstehende schwer zugänglich ist. Auch der *Gentrification Blog* hat einen wissenschaft-lichen Zugang, der aber bewusst in die Breite getragen werden soll, in diesem Sinne gestalten sich auch die Diskussionen auf dem Blog selbst. *openBerlin e.V.* und das Bündnis *Steigende Mieten Stop-pen!* sind Vernetzungsinitiativen mit Gestaltungsanspruch, die Synergien bündeln sollen und einen relativ niedrigschwelligen Zugang haben. Der Mietenvolksentscheid hat eine solche Bündelung von Synergien in einer bisher einmaligen Art und Weise in eine Aktion umgesetzt und eine Gesetzesände-rung herbeigeführt. Mit einem ähnlichen Vorgehen nur auf lokaler Ebene und ohne rechtliche Bin-dung konnte 2008 auch die Initiative *Mediaspree versenken!* einen Teilerfolg feiern. Was die *Bürger-plattform Berlin-Südost* auf der vermittelnden Ebene umzusetzen versucht – dem Bürgerwillen Gehör zu verleihen – versucht die *Bürgerstiftung* auf handelnder Ebene durchzusetzen.

4.6. Ergebnisse der Interviews mit Expertinnen und Experten

Mit den Experteninterviews sollte zunächst ein Einblick gewonnen werden, inwieweit Intermediäre von Verwaltung und Politik als legitime Akteure wahrgenommen werden und wie mit personeller Diskontinuität in diesem Akteursfeld und „Unberechenbarkeit“ des Handelns (da an kein „Amt“ oder Statut gebunden) umgegangen wird. Dabei galt es die Rolle der Stadtakteure, ihre Einflussmöglichkeiten sowie ihren Gestaltungsspielraum genauer zu bestimmen. Konkret interessierten uns: Wer sind wichtige Gestalter aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft in den Themenfeldern Stadtplanung und Engagement für Flüchtlinge? In welcher Weise sind Akteure „ohne Mandat“ an Entscheidungsprozessen beteiligt? Wie lassen sich diese Akteure charakterisieren? Worin bestehen ihre besonderen Potenziale? Wo gibt es Konflikte? Welchen Beitrag leisten intermediäre Stadtentwicklungsakteure zur lokalen Demokratie/Beteiligung?

Es wurden insgesamt sechs Interviews mit folgenden Expertinnen und Experten geführt: *Jochen Lang* (Leiter der Abteilung IV Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung und Soziale Stadt der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt), *Jens-Holger Kirchner* (Stadtrat für Stadtentwicklung im Berliner Bezirk Pankow), *Ines Schilling* (Leiterin der Organisationseinheit Sozialraumorientierten Planungskoordination (OE SPK) im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick), *Andrej Holm* (Stadtsoziologe an der Humboldt-Universität zu Berlin), *Francesca Ferguson* (Architektur- und Ausstellungskuratorin und Organisatorin des Make City-Festivals 2015 in Berlin) und *Amei von Hülsen-Poensgen* (Mitbegründerin und Sprecherin der Initiative „Willkommen im Westend“).

Nach den Interviews ließ sich kein einheitlicher Blick auf das Thema feststellen, da unsere Gesprächspartner*innen das Thema neue Intermediäre jeweils aus einer spezifischen Perspektive diskutierten. Für **Jochen Lang** gibt es keine paradigmatische Veränderung im Spektrum der Akteure, die an Koproduktion von Stadt beteiligt sind. Die Beteiligungsansprüche werden über die sozialen Netzwerke der Stadtentwicklungsakteure stärker als früher in die Breite getragen. Damit verändern sich die Rahmenbedingungen von Beteiligung. Aus dem Verständnis von Verwaltung heraus sind neue Intermediäre in einer vermittelnden Rolle verzichtbar. Bei konkreten Stadtentwicklungsprojekten sind Beteiligungsverfahren an alle Bewohnerinnen und Bewohner zu adressieren; hier spielen neue Initiativen keine Rolle als Avantgarde. Die Interessen von Anwohnern, Initiativen und Akteuren erhalten erst durch den Aushandlungsprozess eine Gemeinwohlorientierung.

Jens-Holger Kirchner konstatiert ein Beteiligungsvakuum vor allem für diejenigen, „die noch nicht da sind“, d.h. die künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern der gegenwärtig entstehenden neuen Stadtteile. Angesichts des hohen Handlungsdrucks sieht er die Verwaltung in einer veränderten Rolle. Früher habe die Bezirksverwaltung versucht, Beteiligungswünsche, Einsprüche etc. aufzugreifen, Kompromisse zu schaffen, mittlerweile aber stehe das „Durchziehen“ von Projekten und die Kommunikation, was umgesetzt werden soll, deutlich im Vordergrund. Durch Protestierer wurden auch innovative Prozesse angestoßen, wie der Mietenvolksentscheid. Durch geschicktes Agieren können Intermediäre innovativ an städtischen Gestaltungsprozessen mitwirken, wenn sie im Dialog „bestimmte Grundregeln von Wertschätzung und Fairness einhalten“.

Ines Schilling konstatiert einen immens gestiegenen Informationsbedarf der Bürger*innen bei neuen Planungsprojekten im Stadtteil. Sie sieht insbesondere die OE SPK (Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungskoordination) in der Rolle des „neuen“ intermediären Akteurs, der zwischen Verwaltung und Bürgergesellschaft vermittelt. In ihrer Wahrnehmung erfolgt Koproduktion von Stadt einerseits durch die „klassischen“ Intermediäre, andererseits durch Einzelpersonen, die Ideen verfol-

gen, damit aber einen Anschluss an Initiativen, Vereine, Parteien etc. benötigen, um deren Umsetzung zu realisieren. Wichtige intermediäre Instanzen sind für sie Stadtteilzentren, in denen Themen und Aktivitäten gebündelt aufgegriffen werden können.

Andrej Holm beschrieb neue Entwicklungen in der Berliner Wohnungspolitik anhand der Mieterproteste. In der Initialmobilisierung sind dies überwiegend Selbstorganisationen von Betroffenen, die beispielsweise gegen eine angekündigte Mietenerhöhung protestieren. Versuche, ihr Anliegen über die etablierten Mietervereine voranzubringen, scheitern in der Regel; zugleich steigt auch der Vernetzungsgrad innerhalb von Quartieren. Die Dynamiken, wie sich in solchen Betroffenen-Netzwerken bestimmte Sprecherfunktionen herausbilden und einzelne Akteure eine bestimmte politische Verantwortung übernehmen, sollten intensiver analysiert werden.

Francesca Ferguson betonte, dass in der Berliner Stadtentwicklungspolitik das zivile Engagement freier Initiativen „gönnenhaft“ betrachtet werde, aber nur punktuell in die tatsächlichen Planungen einbezogen wird. Sie konstatierte einen ausgeprägten Antagonismus zwischen behördlicher Planungspolitik und zivilen Akteuren bzw. der freien Planungsszene. In der Berliner Situation sieht sie keine tatsächlich „neuen“ Akteure. Vielmehr werden zivilgesellschaftliche und ökonomische Akteure aufgrund der rasanten Entwicklung in der Stadt aktiv. Teilweise arbeiten sich diese Akteure an der neoliberalen Gesellschaftsentwicklung ab, indem sie kollektive Leitbilder und Zielsetzungen entwickeln.

Amei von Hülsen-Poensgen erläutert, dass in den Berliner Flüchtlingsinitiativen viele „neue“ Akteure agieren, die erst in jüngerer Zeit mit dem Asylthema in Berührung gekommen sind und sozialstrukturell nicht in das Schema des klassischen Vereinsengagements passen. Sie bilden eine adäquate Reaktion auf eine neue politische Herausforderung: Weitaus flexibler als Politik und Verwaltung sind sie in der Lage, ein Unterstützungsangebot zu schaffen, das anderweitig nicht oder nicht in ausreichendem Maß gewährleistet wird. Der Beteiligungs- und politische Gestaltungsanspruch ist dabei zunächst sekundär und tritt erst im Verlauf des Engagements auf. Der Institutionalierungsgrad ist bei den Willkommensinitiativen unterschiedlich ausgeprägt. Viele Initiativen konstituieren sich als Vereine, nicht zuletzt, da damit die Spendensammlung erleichtert wird. Für die meisten Verwaltungen sind die Initiativen mittlerweile zu selbstverständlichen und nachgefragten Ansprechpartnern geworden; das war zu Beginn der großen Flüchtlingszuwanderung seit 2013 nicht der Fall.

4.7. Ergebnisse des Experten-Workshops

Im Rahmen des Experten-Workshops, der am 14. September 2016 stattfand, wurden die Fragestellungen der Studie zur Rolle intermediärer Akteure konkretisiert und Kriterien für die Auswahl der weiteren vertiefenden Fallanalysen erarbeitet. Folgende Fragestellungen wurden bearbeitet:

- **In welche Richtung verändert sich die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Stadtakteure? Was macht die Entwicklung in Berlin aus?**
Eine Kernfeststellung war, dass es ein durch Politik und Verwaltung zurückgelassenes „Visionsvakuum“ gibt, dem die Initiativen mit ihren eigenen Ideen und Vorschlägen entgegentreten bzw. das sie zu füllen versuchen.
- **Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Akteure bei der Gestaltung der Stadtgesellschaft?**
Aus Sicht der Verwaltung sollen sie als Sprachrohr von Bürgerinteressen in den Stadtgestaltungsprozess einwirken und auf Grund fehlender Kapazitäten bei Verwaltungsaufgaben mitarbeiten bzw. unterstützen. Deutlich wurde, dass die Initiativen mitbestimmen und ein Qualitätsfilter

staatlicher Maßnahmen sein möchten bzw. eine kritische Qualitätssicherung übernehmen wollen.

- **Wie gestaltet sich die Konkurrenz um Aufmerksamkeit/Kompetenz/Wertschätzung von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft? Wo liegt die Grenze zwischen Vertrauen und Misstrauen zwischen den beiden?**

Hier ging es vor allem um die Rolle der Medien als Scharnier zwischen Initiativen und Gesamtföfentlichkeit. Wichtig war auch, dass die Wissensressourcen der Zivilgesellschaft in Beteiligungsprozessen oft abgeschöpft werden, ohne die Akteure aktiv einzubinden. Deutlich wurde aber auch, dass es einen möglicherweise erkennbaren Wandel in den Verwaltungen gibt, welche zivilgesellschaftliche Akteure zunehmend als Partner ernst nehmen. Diese Beobachtung ist im Themenfeld der Integration Geflüchteter, nicht aber im Bereich Stadtentwicklung erkennbar.

- **Was sind „gute Regeln“ der Kooperation zwischen Politik und Verwaltung einerseits und zivilgesellschaftlichen Stadtakteuren andererseits?**

Die Rahmenbedingungen der Kooperation sollten transparent und verständlich sein, dazu gehört es, die Ziele der Beteiligten und ihre Motive offen zu vermitteln. Verantwortungen und Zuständigkeiten sollten genauso für alle klar sein, wie das grundsätzliche Verständnis des Kooperationsprozesses: Geht es um aktive Mitwirkung oder „nur“ passive Beteiligung? Welche Spielräume und Leitplanken sind vorgegeben? Darüber stets und von Anfang an Klarheit zu haben, verhindert Frustration bei den Beteiligten im Prozess. Zivilgesellschaftliche Initiativen benötigen Ressourcen, damit deren Engagement überhaupt erst ermöglicht werden kann. Es fehlen niedrigschwellige Zugänge, insbesondere für Einzelpersonen. Politik und Verwaltung mangelt es häufig an (bürokratischer) Flexibilität, das Potenzial und Angebote der Initiativen aufzunehmen. Es braucht gemeinsame Gremien wie Runde Tische, um zu konsensualen Entscheidungen zu kommen – diese müssen aber auch ergebnisoffen gehalten sein.

Als Ergebnis der Diskussion wurden für die Auswahl der weiteren Fallanalysen folgende Kriterien festgehalten: Erzwingen von Strukturveränderungen; Neue Formen der Kooperation; Lokal vs. Berlinweit; Ausprobieren/machen vs. Debatte/Erwirken neuer Kooperationsstrukturen.

5. Vertiefende Fallanalysen

5.1. Kotti & Co

Anlass und Entstehung der Initiative

Im Jahr 2011 protestierten Mieter*innen insbesondere der ca. 1.000 Wohnungen des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus rund um das Kottbusser Tor (Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg) gegen steigende Mieten und Betriebskosten. Aus diesem Protest ist die Mietergemeinschaft Kotti & Co hervorgegangen. Der Großteil der Mieter*innen wohnt bereits seit den 80er Jahren in den Wohnungen. Rund 80 Prozent der von steigenden Wohnraumpreisen betroffenen Mieter*innen haben einen Migrationshintergrund. Ein besonderer Fokus der Arbeit von Kotti & Co liegt auf dem Ziel der Einbindung und Mobilisierung der heterogenen Bewohnerschaft (Alter, Herkunft etc.). Auf die bisher erreichten Ergebnisse ihres Engagements ist die Initiative stolz - über diese Erfolge identifizieren sich ihre Mitglieder als Gemeinschaft und legitimieren ihr Handeln nach außen.

Die von steigenden Mieten und Betriebskosten betroffenen Wohnungen wurden im Jahr 2004 durch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft GSW verkauft und sind heute im Besitz der *Deutsche Wohnen AG* und der *Admiral-Grundstücks GmbH/Hermes-Hausverwaltung*. Aufgrund der Privatisierung der Bestände des sozialen Wohnungsbaus und des Auslaufens der Sozial-Bindungen wurden die bis 2011 auf 5,35 € /m² festgeschriebenen Mieten schrittweise erhöht und die Betriebskosten stiegen erheblich. Die steigenden Mieten und überhöhte Betriebskosten führen zu einer systematischen Verdrängung einkommensschwächerer Mieter*innen, die diese nicht nur als wirtschaftlich sondern auch als rassistisch motiviert empfinden.

Daraufhin trug die Initiative zunächst Informationen über die Abrechnung der Betriebskosten zusammen und konnte so Widersprüche in den Betriebskostenabrechnungen der Vermieter*innen aufdecken. Die Initiative Kotti & Co hat ein vielfältiges Aktionsspektrum und unterschiedliche Beteiligungs- und Aktivierungsformate. Anfangs wurde durch Mieterversammlungen und -organisation ein starker Zusammenhalt und Solidarität unter den Anwohnenden des sogenannten Südblocks (der Häuser südlich des Kottbusser Tors) geschaffen. Alle Bewohner*innen des Südblocks sollten aktiviert und motiviert werden, sich mit ihren Sorgen, Nöten und Ängsten einzubringen. Häufig gingen hierzu organisierte Mieter*innen von Tür zu Tür, um möglichst alle Bewohner*innen zu erreichen und sich über ihre Belange zu informieren. Durch diese persönlichen, aufsuchenden Gespräche unter sensibler Beachtung unterschiedlicher Erfahrungshintergründe der Bewohner*innen (z.B. Teams bestehend aus Männern und Frauen mit unterschiedlicher Herkunft) sollten möglichst viele Menschen erreicht werden. Ziel war und ist es möglichst viele Menschen zur Teilnahme an Hausversammlungen und/oder anderen Organisationstreffen zu bewegen bzw. sich als Ansprechpartner für die Interessen der Mieter*innen vor Ort zu etablieren. Aktionen wie beispielsweise „Miete senken selbst gemacht“ – einer kollektiven Mietminderungskampagne, um Instandhaltungsmängel in Rücksprache mit einer Mietrechtsberatung geltend zu machen – bewirkten einen hohen Grad der Mobilisierung von Bewohner*innen, eine Stärkung des Selbstwertgefühls der Bewohner*innen und das Erleben von Wirksamkeit und Bestätigung für die Aktiven. Durch Kampagnen wie diese wird Kotti & Co von der Nachbarschaft als deren „eigene“ Initiative angesehen.

Mit verschiedenen Aktionen wie Protestveranstaltungen, Konferenzen oder Veröffentlichungen erreichte Kotti & Co eine öffentliche Präsenz und Wahrnehmbarkeit und die erfolgreiche Einbeziehung

unterschiedlicher Personengruppen (Mieter*innen, Politiker*innen, Initiativen etc.). Eine Besonderheit war die Besetzung eines öffentlichen Ortes am Kottbusser Tor mit dem Bau eines *Gecekondus* – einem Haus, das „über Nacht“ auf öffentlichem Grund und Boden errichtet worden ist und auch heute noch als Treffpunkt der Initiative und Nachbarschaftszentrum dient. Die dauerhafte Besetzung des öffentlichen Raums am Kottbusser Tor durch das Protesthaus Gecekondu – die türkische Bezeichnung für eine informelle Siedlung – ist eine der öffentlichkeitswirksamsten Aktionen der Initiative. Das Gecekondu kann von den Anwohnenden zu jeder Tageszeit genutzt werden und ist mittlerweile identitätsstiftend für die Initiative.

Einen weiteren niedrigschwelligen Zugang zur Initiative bieten die von ihr veranstalteten sogenannten Lärmdemos. Durch diese wird auf die prekäre Lage in den Bauten des sozialen Wohnungsbaus am Kottbusser Tors aufmerksam gemacht. Der Kern der Teilnehmenden an den Demonstrationen besteht aus Bewohner*innen des Südblocks, darum herum kommen aber viele Interessierte und Engagierte aus dem weiteren Wohn- und Politikumfeld. Regelmäßig werden mehrere hundert Teilnehmende aktiviert.

Die Organisation der Initiative wird durch die sogenannte „Kerngruppe“ geprägt, die allen Beteiligten offen steht, aber ein hohes Maß an Aktivität für den Südblock fordert. Diese Gruppe von ca. 10-15 Personen trifft sich wöchentlich. Die hier anstehenden Entscheidungen werden nach dem Konsensprinzip gefällt. Darüber hinaus können aber auch Einzelpersonen dieser Gruppe eigenständig Entscheidungen treffen. Für unterschiedliche Themenbereiche gibt es Expert*innen, die komplexe Themen bearbeiten und autorisiert sind in diesem Rahmen zu wirken. Die wöchentlichen Treffen dienen daher neben den Abstimmungsprozessen auch dem Informationsaustausch. Daneben gibt es verschiedene Arbeitsgruppen (AGs) zu verschiedenen Themenfeldern, die sich beispielsweise um das Gecekondu kümmern, Rechtsberatungen anbieten oder in der Vergangenheit selbstorganisiert Jugendarbeit betrieben haben. Insgesamt sind ca. 40 bis 50 Personen an der aktiven Arbeit der Initiative beteiligt. Die Initiative Kotti & Co versteht sich selbst als „Familie, ein organisch zusammengeflüssener Haufen [mit] informellen freundschaftlichen Strukturen“ (Sandy Kaltenborn Mitbegründerin von Kotti & Co). Durch die Nutzung positiv besetzter und emotionaler Bezeichnungen und Symbole (Familie, Gececondu, I ♥ Kotti etc.) wird eine Kultur der Offenheit vermittelt und ein positives, cooles Image kreiert und eine breite gesellschaftliche Unterstützung erreicht.



Abbildung 3: Logo und Sticker der Mietergemeinschaft Kotti & Co (Quelle: https://kottiundco.files.wordpress.com/2015/05/kco_sticker.jpg).

Politisierung und Forderungen

„Druck machen, Forderungen stellen, umsetzen – das ist die Arbeit von Kotti & Co“, so beschreibt Jan Kuhnert die Initiative. Die Initiative versteht sich seit ihrer Gründung als politischer Akteur, der die Belange der Mieter*innen nach außen vertritt. Unterstützt wird Kotti & Co dabei nicht nur durch die Bewohner*innen sondern auch durch Wissenschaftler*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen, Bezirks- und Landespolitiker*innen und andere an mieten- und wohnungspolitischen Themen interes-

sierte Menschen. Durch die breite Mieter*innenbeteiligung wurden von Beginn an ein Mitgestaltungsanspruch der Initiative beim Umgang mit dem sozialen Wohnungsbau rund um das Kottbusser Tor formuliert und – da es sich um ein gesamtstädtisches Problem handelt – Forderungen an die Landespolitik gestellt. Die Ziele von Kotti & Co gehen von der realen Situation rund um das Kottbusser Tor aus und beziehen sich in ihrer Reichweite auf die Landesebene. Grundsätzlich wird für eine Regulierung des Wohnungsmarktes plädiert und gegen das „Wohnen als Ware“. Ein weiteres Thema, dem sich die Initiative widmet, ist die Diskriminierung am Wohnungsmarkt der Bevölkerungsgruppen ohne große Lobby. Zentrale Ziele der Initiative sind die Rekommunalisierung des sozialen Wohnungsbaus und deren Verwaltung unter Beteiligung der Bewohner*innen nach dem Motto „selbstverwaltet und kommunal“ sowie die Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten beim Umgang mit dem sozialen Wohnungsbau in Berlin und das Aufmerksam machen auf strukturelle Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und in unserer Gesellschaft. Davon ausgehend arbeitet die Initiative mit anderen lokalen Initiativen zusammen, die vergleichbare Problemsituationen bearbeiten.

Innerhalb der Initiative organisierte sich die Arbeitsgruppe Rekommunalisierung (AG Rekomm), die sich Fachexpertisen einholte und Modelle zur Rekommunalisierung von Wohnungsbeständen erarbeitete. Die Initiative kooperierte eng mit dem Stadt- und Regionalsoziologen Andrej Holm (Humboldt-Universität Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, zwischen Dezember 2016 und Januar 2017 Staatssekretär für Wohnen der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen), Sigmund Gude (Büro TOPOS) und dem Wohnungs- und Kommunalberater Jan Kuhnert (2016 zum Vorstand der neu gegründeten Wohnraumversorgung Berlin AÖR berufen) und analysierte die lokalen Problemlagen vor dem Hintergrund der Entwicklung und gesetzlichen Regelungen des sozialen Wohnungsbaus in Berlin.

Mit der „Nichts läuft hier richtig. Konferenz zum sozialen Wohnungsbau in Berlin“ im Jahr 2012 im Berliner Abgeordnetenhaus und den darauffolgenden Veröffentlichungen wurde durch ein breites Bündnis von Berliner Mieterinitiativen und wohnungspolitischen Gruppierungen die Debatte um den sozialen Wohnungsbau auf eine neue Ebene gehoben und die Landespolitik zur Positionierung gezwungen. Die Initiative Kotti & Co resümiert allerdings, dass die Ergebnisse mager ausfallen würden (vgl. Mietergemeinschaft Kotti & Co et al. 2014). Ihre Expertise nutzte die Initiative, um durch Kooperationen u.a. mit politischen Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses (insbesondere die Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und Piraten) durch Kleine Anfragen, offene Briefe an die Berliner Landesregierung und öffentliche Aktionen das Thema des sozialen Wohnungsbaus auf die politische Agenda zu bringen.

Wichtigster Meilenstein der Initiative war der 2015 organisierte Mietenvolksentscheid, der in das „Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin“ (Berliner Wohnraumversorgungsgesetz) mündete. Mitglieder der Initiative Kotti & Co engagierten sich sowohl bei der Organisation als auch bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Gesetzentwurfes sehr stark und verbuchen das Zustandekommen des Berliner Wohnraumversorgungsgesetzes als einen wichtigen Erfolg für sich (vgl. folgender Exkurs). Gleichzeitig wird das Ergebnis als Niederlage der SPD-geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (bis 2016) gewertet, was das angespannte bis konflikthafte Verhältnis zwischen Senat und Initiative offenbart.

Exkurs: Mietenvolksentscheid Berlin

Im Jahr 2015 schlossen sich mehrere Berliner Mieterinitiativen zum *Mietenvolksentscheid e. V.* zusammen und organisierten in einem breiten Bündnis mit Unterstützung von Anwält*innen und Wohnungswirtschaftler*innen, Wissenschaftler*innen und Mieterberater*innen den Berliner Mietenvolksentscheid. Das Bündnis verstand sich als parteiunabhängig und wurde von einer Reihe von Initiativen und Einzelpersonen getragen, die sich für das Recht auf Stadt, eine soziale Wohnraumversorgung und gegen Gentrifizierung engagieren (vgl. Mietenvolksentscheid e.V. 2017).

Der Mietenvolksentscheid Berlin organisierte seine Arbeit in Form eines Aktiventreffens, verschiedener sogenannter Kiezgruppen als dezentraler und lokaler Aktionspunkt, eines Koordinierungskreises, mehrerer Arbeitsgruppen sowie dem Mietenvolksentscheid e.V. als Trägerverein. Grundsatzentscheidungen wie die Formulierung des Gesetzentwurfs wurden im Plenum von allen Unterstützerinitiativen und Einzelpersonen getroffen. Im Plenum wurden außerdem Arbeitsgemeinschaften zu aktuellen Themen gebildet, die teils in Absprache mit dem Koordinierungskreis arbeiteten. Für das Volksbegehren wurden fünf Vertrauenspersonen als Vertreter*innen und Ansprechpartner*innen gewählt, davon waren drei Vertreter*innen bei Kotti & Co engagiert (vgl. Wikimedia 2017).

Im März 2015 wurde mit der Sammlung von 20.000 Unterschriften für ein Volksbegehren begonnen; im Juni 2015 waren mehr als 40.000 gültige Unterschriften abgegeben. Nach Gesprächen zwischen den Initiatoren und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt sowie der Berliner SPD-Fraktion wurde im August 2015 der Abschluss von Verhandlungen über das angestrebte Gesetz verkündet, in dessen Folge die Abstimmung über das Gesetz nicht durchgeführt wurde. Stattdessen wurde der Gesetzesentwurf in weiten Teilen in das „Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin“ übernommen, welches im November 2015 beschlossen wurde und am 1. Januar 2016 in Kraft trat (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015b). Für die im Kompromissentwurf enthaltenen Maßnahmen sollen über fünf Jahre rund 1,4 Milliarden Euro aufgewendet werden.

Das Kompromiss-Gesetz beinhaltet zwar viele wesentliche Forderungen der Initiative, weicht jedoch in einigen Punkten vom dem ursprünglichen Entwurf der Initiative ab. Umgesetzt wurde beispielsweise, dass die Sozialmieten bei 30 Prozent des Nettoeinkommens gekappt werden sowie die Errichtung einer neuen Anstalt öffentlichen Rechts, die politische Leitlinien für den Wohnungsmarkt- und Versorgungsauftrag der Wohnungsbaugesellschaften formulieren soll. Zu den Forderungen, die nicht umgesetzt werden gehört u.a. die Umwandlung der sechs Berliner Wohnungsbaugesellschaften in Anstalten des öffentlichen Rechts – sie bleiben stattdessen wie bisher als privatwirtschaftliche Organisationen erhalten. Auch die Forderung nach Bildung von Mieter- und Fachbeiräten für die landeseigenen Wohnungsunternehmen, welche jeweils über mehrere Sitze im Verwaltungsrat der Anstalten -zum Nachteil des Berliner Senats- verfügt hätten, wurde nicht umgesetzt (vgl. Wikimedia 2017).

In unterschiedlichen Zusammenhängen erlebte Kotti & Co, dass ihre Forderungen nach politischem und Verwaltungshandeln ignoriert und ihr Wissen nicht anerkannt wurde. Die Initiative erlebte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt als ablehnend gegenüber ihren Forderungen. Wissen und Deutungen zum Thema sozialer Wohnungsbau wurden aus Sicht der Initiative wenig gewürdigt. Erst durch eine explizite Beweisführung der Initiative, durch die sie fachliche Kompetenz

nachwies - die über das Fachwissen der Verwaltung hinausreichte - konnte den Forderungen Nachdruck verleihen und eine gewisse Akzeptanz geschaffen werden. Die Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt wird von der Initiative deshalb als „schwierig“ beschrieben. Für die Initiative ist in der Vergangenheit nicht sichtbar geworden, wie die Senatsverwaltung sich für die Belange einer notwendigen sozialen Wohnraumversorgung einsetzt. Im Fall des ebenfalls durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt initiierten Quartiersmanagements „Kottbusser Tor“ konnte durch den Aufbau einer konstruktiven Arbeitsbeziehung Akzeptanz auf beiden Seiten geschaffen werden.

Gegenwärtige Arbeitsfelder

Mit dem Regierungswechsel 2016 wurden zahlreiche Forderungen in den Koalitionsvertrag der drei Bündnispartner SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die LINKE übernommen. Die politischen Handlungsmöglichkeiten der Initiative verändern sich durch den Regierungswechsel ebenfalls. Die ehemaligen Oppositionsparteien tragen nun Regierungsverantwortung und sind – wie beispielsweise Katrin Lompscher – in Leitungspositionen in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in gestaltenden Funktionen tätig. Im Januar 2017 entstand nach der Entlassung von Andrej Holm, der im Dezember 2016 als Staatssekretär für Wohnen berufen wurde und enger Vertrauter von Kotti & Co ist, jedoch zunächst ein Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust innerhalb der Initiative gegenüber der neuen Berliner Regierung⁶. Das künftige Verhältnis zur Landesregierung und zur Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit verändern; ob die Initiative künftig eine Beraterrolle oder eine Protestierrolle einnimmt und gemeinsam mit anderen Initiativen weiterhin Druck aufbaut, bleibt abzuwarten.

Dem Ziel der Rekommunalisierung von Wohnungen des (ehemals) sozialen Wohnungsbaus und die Überführung in eine gemeinwohlorientierte Trägerschaft scheint die Initiative mit der Wahl 2016 und der in der Folge abgeschlossenen Koalitionsvereinbarung näher gekommen zu sein (vgl. Koalitionsvereinbarung des Berliner Senats 2016: 20). Das durch Kotti & Co entwickelte Modellprojekt zur Rekommunalisierung könnte so zur Umsetzung kommen, bedarf damit aber auch konkreter Begleitung durch die Initiative und bei Erfolg einer Übertragung des Modells auf andere Gebiete der Gesamtstadt.

Weiterhin wird durch die Initiative auf bezirklicher Ebene auch die Einrichtung einer Erhaltungssatzung vorangetrieben. Diese wird bereits seit längerem gefordert - auch hier gibt es Bewegung und eine Umsetzung steht in Aussicht. Damit kommt Kotti & Co dem Ziel näher, der Verdrängung entgegenzuwirken.

Nach eigener Einschätzung wird sich die Arbeit der Initiative zukünftig stärker auf das Gemeinwesen konzentrieren, also die Arbeit mit Mieter*innen und Gewerbetreibenden sowie Initiativen rund um das Kottbusser Tor. Die lokale Situation am Kottbusser Tor ist aktuell von einem Diskurs um zunehmende Kriminalität geprägt, sodass die Erarbeitung von Lösungen in Kooperation mit Gewerbetreibenden, Quartiersmanagement, Polizei, Verwaltung, Anwohnenden etc. einen Schwerpunkt bildet.

⁶ Dieser wurde u.a. während einer Veranstaltung nach dem Rücktritt von Andrej Holm am 16.01.2017 im ExRotaprint im Austausch mit vielen Initiativen der Berliner Stadtgesellschaft deutlich.

Lokale Einbettung und Akteurskonstellationen

Kotti & Co verfolgt einen klaren Bottom-up-Ansatz. Grundlage der Initiativenarbeit ist die Solidarisierung und der Austausch zwischen den Bewohner*innen am Kottbusser Tor. Das lokale Wissen wird gebündelt und aufbereitet. Auf dieser Grundlage wird auf Vermieter*innen, Verwaltung, Politik, Jobcenter etc. eingewirkt und ggf. Druck aufgebaut. Weiterhin sind Vertreter*innen von Kotti & Co als Mitglieder des Quartiersrats im Quartiersmanagement Kottbusser Tor aktiv und bilden eine Schnittstelle zwischen Bewohner*innen und Gewerbetreibenden einerseits und dem Quartiersmanagement andererseits.

Neben der nicht institutionalisierten Beteiligung wurde ein Verein gegründet, der explizit kein Entscheidungsgremium ist, sondern der Initiative die Möglichkeit eröffnet, Gelder für ihre Arbeit zu generieren und die Funktion eines Fördervereins übernimmt.

Die Initiative Kotti & Co hat sich sowohl rund um das Kottbusser Tor als auch berlinweit ein Netzwerk aufgebaut und pflegt dieses. Dazu gehören Initiativen, Vertreter*innen aus Wissenschaft und Politik aber auch Kulturinstitutionen wie das *Haus der Kulturen der Welt*. Die kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kultureinrichtungen und Künstler*innen ist dabei eine Besonderheit, um die Anliegen der Initiative und die Themen sozialer Wohnungsbau und Diskriminierung anderen Gruppen zu kommunizieren und „latent hegemonial“ (Sandy Kaltenborn, Mitbegründer Kotti & Co) zu werden. Damit verbunden ist ein Transfer von wissenschaftlichen und kulturellen Potenzialen. Den Bedarf sieht die Initiative, da sie einerseits nicht als migrantische Mieterinitiative wahrgenommen werden möchte und andererseits durch ihr Aufmerksam machen auf das Politik- und Verwaltungsversagen im sozialen Wohnungsbau zu Beginn der 2000er Jahre eine starke Gegnerschaft in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und bei Wohnungsunternehmen hat.

Die Initiative erreicht eine sehr starke Wahrnehmung in der Presse mit mehr als 350 Berichten in fünf Jahren. Der Pressespiegel der Initiativen hat dabei die Berichterstattung vor und nach den letzten Berliner Wahlen noch nicht berücksichtigt. Die Berichterstattung erfolgt in Berliner und überregionalen Tageszeitungen, Radio- und Fernsehbeiträgen sowie Blogs.

Durch ihre eigenständige Forschungsarbeit und Wissensakkumulation sind Vertreter*innen von Kotti & Co zu Experten des sozialen Wohnungsbaus in Berlin geworden und finden als solche große Anerkennung in Wissenschaft, Politik und Verwaltung über die Stadtgrenzen hinaus. So ist die Initiative deutschlandweit in verschiedenen Gremien aktiv und Vertreter*innen werden als Expert*innen beispielsweise zu den Themen sozialer Wohnungsbau, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und anderen wohnungspolitischen Themen zu Veranstaltungen eingeladen.

5.2. Initiative Bundesplatz e.V.

Anlass und Entstehung der Initiative

Die Initiative Bundesplatz e.V. wurde 2010 von Anwohnenden des Verkehrsknotenpunktes Bundesplatz und umliegender Straßenzüge mit dem Ziel gegründet, die Aufenthalts- und Erholungsqualität des Gebiets um den Bundesplatz und die Bundesallee auf die heutigen Bedarfe und Erfordernisse der Stadtgesellschaft anzupassen. Einst zählte der Bundesplatz zu einem der schönsten Plätze Berlins, bis er ab 1955 autogerecht umgebaut wurde. Heute wird der monofunktional ausgerichtete Platz täglich von mehr als 200.000 Fahrzeugen befahren. In der Vergangenheit war der Ort durch zunehmenden Verfall und Verwahrlosung gekennzeichnet und bildete einen Anziehungspunkt der offenen Drogenzene.

Der Verein Initiative Bundesplatz e.V. setzt sich ein für „einen Platz mit Charakter und Straßen voller Leben und für Flanier- und Aufenthaltsqualität für alle, die am Bundesplatz leben, arbeiten oder zu Besuch sind“ (Initiative Bundesplatz 2016). Ihr Ziel ist eine „fußgängergerechte Platz- und Umfeldgestaltung, insbesondere für Familien mit Kindern und ältere Mitbürger“. Die Ost- und Westseite des Platzes (Tübinger und Mainzer Straße) sollen wieder „zusammenwachsen“ und der Platz die Begegnung und den Dialog zwischen Menschen verschiedener Herkunft im Sinne kultureller Vielfalt ermöglichen. „Wohnen und Arbeiten mit Lebensqualität“ ist ein weiterer Leitsatz der Initiative, welcher auf eine lebendige und abwechslungsreiche Handels- und Gewerbestruktur abzielt, die nur möglich wird, wenn der Ausweichverkehr der A 100 eingedämmt werden kann. Dann könnten auch die Detmolder Straße, Wexstraße und Mainzer Straße zu attraktiven Einkaufsstraßen werden (vgl. ebd.) Mittelfristig sollen Zugänge in Form von Querungshilfen zum Platz im Norden geschaffen, die Leitplanke auf der Westseite abgebaut und Tempo-30-Zonen auf den Spangen westlich und östlich des Platzes sowie auf der Wex- und Detmolder Straße geschaffen werden. Das langfristige Ziel der Initiative – die Vision für den Platz und das Umfeld – ist eine Umgestaltung von Bundesplatz und Bundesallee, die „mit der Dominanz des Autoverkehrs bricht“ (Wolfgang Severin, Gründungsvorstand der Initiative Bundesplatz e.V.) und die urbane Qualität des Platzes für die umliegende Nachbarschaft sichert und qualifiziert.

Von 2010 bis 2014 wuchs der Verein von anfänglich 12 Gründungsmitgliedern auf 230 Mitglieder. Insbesondere der Mix aus kurz-, mittel- und langfristigen Zielen eröffnete den Anwohner*innen unterschiedliche Mitwirkungsmöglichkeiten und hat zu dem Mitgliederzuwachs geführt. Die Vorschläge zur Verbesserung der Stadtqualität, des Wohnumfeldes und der Lebensqualität wurden in der Initiative Bundesplatz kooperativ erarbeitet und kleinteilig in Eigenregie umgesetzt. Erste Verbesserungen der Aufenthaltsqualität des Bundesplatzes konnten durch eine aktive Grünflächenpflege und Umgestaltung erreicht werden. Durch Stadtpaziergänge, Feste und andere Veranstaltungen sowie die Arbeit auf dem Platz macht die Initiative auf die Missstände, aber auch auf die Qualitäten des Bundesplatzes aufmerksam.

Die Initiative Bundesplatz hatte seit Beginn wissenschaftliche Partner*innen, von denen einige heute als Fachbeirat fungieren. Schon 2010 startete sie ein „Charrette-Verfahren“ für den Bundesplatz. Im Jahr 2013 wurde dann – von der Initiative initiiert und durch Senat und Bezirk gefördert – eine Zukunftswerkstatt Bundesplatz durchgeführt. Mit Unterstützung von Wissenschaftler*innen haben die Teilnehmenden ein städtebauliches Umnutzungskonzept entworfen, das nicht nur inhaltlich für die Berliner Stadtentwicklung auf der Suche nach neuen Mobilitätskonzepten, sondern auch für frühzeitige Bürgerbeteiligung bei städtebaulichen und verkehrlichen Planungsverfahren zukunftsweisend sein kann. Unter dem Titel „Paradies Bundesplatz 2030+“ nahm die Initiative Bundesplatz 2015 am Wettbewerb Zukunftsstadt teil (vgl. Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf 2016). Grundlage des Wettbewerbskonzepts waren die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt.



Abbildung 4: Programmplan Paradies Bundesplatz (Quelle: Initiative Bundesplatz e. V. 2015).

Im Oktober 2015 erforschten über 5.000 Menschen die neuen Aufenthaltsqualitäten und neuen Formen der Mobilität um und auf dem Bundesplatz. Hierzu erwirkte die Initiative bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt eine Sperrung der Verkehrsspanne um den Bundesplatz, der Straßenraum wurde zur Flanier- und Festmeile und durch Stände und Aktivitäten belebt. Schirmherr der Veranstaltung war Andreas Geisel, damaliger Senator für Stadtentwicklung und Umwelt.

Jeden ersten Dienstag im Monat treffen sich etwa 30 bis 50 Menschen, die zu den ständig Aktiven der Initiative Bundesplatz gehören. Die Mitgliedertreffen haben einen offenen Charakter und werden auch von Nichtmitgliedern genutzt. Hier wird von den Aktivitäten des letzten Monats berichtet und der Vorstand holt sich ein Meinungsbild zu wichtigen Fragen, wie z.B. dem Umgang mit den Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Auch die Arbeitsgruppen (AG Grün, AG Schule, AG Lärm, etc.) berichten über ihre aktuellen Diskussionen, Erfolge und Schwierigkeiten. Die sechs bis neun Vorstände versuchen das Meinungsbild der Treffen nach außen zu tragen und sind die Ansprechpartner*innen für alle nach innen und außen. Zu den monatlichen Treffen kommen mittlerweile auch Parteienvertreter*innen, sodass der Austausch mit der Politik bereits hier beginnt. Grundsätzliche Entscheidungen über Satzung, Vorstand und Grundsatzfragen werden auf der jährlichen Mitgliederversammlung gefällt, in dringenden Fällen auf außerordentlichen Mitgliederversammlungen.

Der Zugang zur Initiative ist niedrigschwellig. Nicht nur die kurzfristigen Ziele machen es jedem möglich mitzuwirken, auch die Kommunikation macht einen niedrigschwelligen Zugang möglich. Sie findet in erster Linie auf dem Platz und dem umliegenden Quartier statt. An den Aktionstagen kommen in der Regel um die 30 Initiativmitglieder auf dem Platz zusammen. Interessierte werden angesprochen und über die Arbeit der Initiative informiert. Fragen werden bereitwillig beantwortet und es ergeben sich viele spontane Gespräche.

Der Verein hat überwiegend ältere Mitglieder, die im gut durchmischten Bundesplatzquartier wohnen. Zusätzlich bezieht der Verein offensiv lokale Gewerbetreibende, Politiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen mit in die Vereinsarbeit ein. So gibt es z. B. den losen Verbund „Unternehmer*innen am Bundesplatz“, der sich auch im Verein engagiert. In der Vereinsarbeit fehlen vor allem junge Menschen, Familien und Menschen mit anderer kultureller Herkunft. Die Initiative betreibt aktiv ihre Website und berichtet transparent über die laufenden Aktivitäten.

Politisierung und Forderungen

Für Ihre Arbeit zum Bundesplatz wählt die Initiative den ständigen Dialog mit Vertreter*innen aller bisher in der BVV vertretenen Parteien. Sie stellt ihre Ziele den einzelnen Parteien vor, Vertreter*innen verfolgen regelmäßig die Sitzungen der BVV und der entsprechenden Ausschüsse. Mittlerweile sind Mitglieder fast aller Parteien der BVV im Verein vertreten und sorgen neben der Vorstandsarbeit für eine aktive Vernetzung mit der Bezirkspolitik, die sich inzwischen geschlossen hinter die Forderungen der Initiative gestellt hat. „Die Zusammenarbeit mit dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf funktioniert gut, auch wenn man sich zu Beginn erst einmal kennenlernen und vor allem der Bezirk einen neuen Akteur akzeptieren musste. Nach intensiver Lobbyarbeit und Vorträgen in allen Fraktionen, hat sich die Skepsis aber schnell gelegt und ist inzwischen in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gemündet“ (Wolfgang Severin, Gründungsvorstand der Initiative Bundesplatz e.V.). So sind in der letzten Legislaturperiode zwölf BVV-Beschlüsse zum Bundesplatz nahezu einstimmig beschlossen worden.

Auf die verantwortlichen Politiker*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen geht die Initiative aktiv zu. Den intensivsten Austausch gab es auf Bezirksebene mit dem Bezirksbürgermeister, den Bezirksstadträten und den Kontaktpersonen in den BVV-Fraktionen. Diese sehen neben den grundsätzlichen Anregungen eine besondere Stärke in den Putz-, Pflanz- und Umgestaltungsaktionen auf dem Bundesplatz. Sie ziehen verschiedenste Menschen an und auch das Straßenfest „Paradies Bundesplatz“ hatte eine enorme Reichweite. Genau diese Aktionen und die Bereitschaft, selbst Hand anzulegen, macht die Initiative besonders und verleiht ihren Forderungen Gewicht. Außerdem motivieren sie die beteiligten Menschen, da sie die Potentiale des Platzes und die Möglichkeit der konkreten Umsetzung von Zielen sichtbar machen.

Die Initiative Bundesplatz hat durch ihre konstruktive Art und Kommunikation sowie ihre Verlässlichkeit als Partner ihren Teil für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit beigetragen. So ist der Austausch mit dem Grünflächenamt sehr gut, hier gibt es Kooperationsvereinbarungen über die Pflege des Platzes. Die Straßenverkehrsbehörde zeigt sich dagegen weniger offen für neue Mobilitätsideen. Mit dem wachsenden Erfolg der Initiative und der zunehmenden Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ist aber auch die Verwaltung sichtlich um gute Zusammenarbeit bemüht. „So hat sich das Ordnungsamt beispielsweise 2016 erkundigt, ob es dieses Jahr zu einem Weihnachtsmarkt auf dem Platz kommt, da noch kein Antrag eingegangen sei“ (Sabine Pentrop, Vorstand der Initiative Bundesplatz e.V.).

Die Kooperation mit der Landesebene hat sich bisher eher schwierig gestaltet. Während die Initiative mit Senator Geisel im Gespräch war und ihn als Schirmherren für das Projekt *Zukunftsstadt Paradies Bundesplatz* gewinnen konnte, war die Zusammenarbeit mit der Verwaltung schwierig, die für die Planvorgaben der erarbeiteten Maßnahmen wichtig ist. Die Initiative wird nicht als gleichwertiger Ansprechpartner gesehen, auch wenn man in manche Referate inzwischen Kontakte geknüpft hat. Durch die komplizierte Aufgabenverteilung (Bund, Land, Bezirk) gerät die Initiative immer wieder in den Treibsand der unterschiedlichen Zuständigkeiten, Versprechungen und Realisierungsmöglichkei-

ten. Durch die Beharrlichkeit der Initiative Bundesplatz und auf Anordnung der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz werden 2017 die ersten Maßnahmen, die bereits seit 2014 zugesagt sind, wie Tempo 30, umgesetzt. Auch die geforderten Querungshilfen werden nach Aussagen des Bezirks in 2017 gebaut. Gleichzeitig gestaltet der Bezirk das Wegesystem auf dem Bundesplatz um und etabliert einen Wochenmarkt.

Die enge Verknüpfung der Initiative Bundesplatz mit der Wissenschaft trägt auch zu ihrer beachtlichen Wirkung nach außen bei. Die Themen Mobilität und Verkehr wurden auf einem professionellen wissenschaftlichen Niveau bearbeitet. Neben eigenen Workshops und Veranstaltungen zum Thema mit Kooperationspartnern wie dem Oberstufenzentrum für Bautechnik, der TU Berlin oder der BTU Cottbus, werden Initiativenvertreter*innen inzwischen berlin- und deutschlandweit als Expert*innen zu Runden Tischen und Konferenzen eingeladen. Der Initiative Bundesplatz ist es gelungen, entlang der Bundesallee und des Bundesplatzes, aber auch berlinweit für das Thema Mobilität und „Stadt von Morgen“ zu sensibilisieren und eine interdisziplinäre Bearbeitung des Themas anzustoßen. Durch Kooperationen mit Berliner Initiativen wie *Stadt Neudenken* und *Think Berlin* sowie die Thematisierung neuer Mobilitätsformen nimmt die Initiative Bundesplatz zunehmend Einfluss auf die stadtweite Mobilitätsdebatte.

Die Initiative Bundesplatz hat Themen, die in der Vergangenheit eher utopisch waren, wie Tempo 30 oder eine Tunnelschließung, zu einer echten Handlungsoption gemacht. Durch die angestoßenen Kontroversen konnten viele Anwohner*innen politisiert und für ein ehrenamtliches Engagement motiviert werden.

Gegenwärtige Arbeitsfelder

Das Jahr 2017 soll für die Initiative ein Jahr der Umsetzungen werden. Auch in 2017 gehen die Aktions- und Pflagetage auf dem Platz weiter. Als besondere Aktion ruft die Initiative ihre Mitglieder zu einem Ideenwettbewerb anlässlich des 50-jährigen Baujubiläums des Bundesplatztunnels auf.

Im Rahmen ihrer Vorstandsneuwahlen im Dezember 2016 hat die Initiative Bilanz gezogen. Sowohl im Stadtbild als auch auf dem Platz konnten konkrete Veränderungen und Verbesserungen herbeigeführt werden. So wurde der Grüne Pfeil an der Ecke Bundesplatz/Wexstraße abgeschafft und Hinweisschilder zu den S-Bahnaufgängen auf der weniger frequentierten und schlecht einsehbaren Seite des Bahnhofs angebracht. Der „Angstraum“ unter der S-Bahn-Brücke erhielt eine Beleuchtung.

Rund um den Bundesplatz ist durch die Initiative ein neuer Zusammenhalt in der Nachbarschaft entstanden. Die Leute grüßen sich, es wurden neue Freundschaften geknüpft und es gibt eine große Hilfsbereitschaft untereinander. Durch die Initiative Bundesplatz haben sich Unternehmer*innen am Bundesplatz besser organisiert und profitieren voneinander. Westlich des Bundesplatzes haben sich 15 Unternehmer*innen zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um an der Beseitigung des trennenden Charakters des Platzes mitzuwirken. Sie wollen eine Homepage einrichten, auf der Angebote aus dem Kiez gesammelt und Einrichtungen miteinander vernetzt werden können. Hier soll auch die Geschichte des Kiezes um den Bundesplatz und des Platzes selbst einen Raum finden. Durch den Wochenmarkt und weitere gemeinsame Aktionen wie den Adventsmarkt wollen sie die Attraktivität des Bundesplatzes verbessern.

Mit der neuen Legislaturperiode in Berlin erhofft sich die Initiative Bundesplatz die Chance, ihrem langfristigen Ziel eines neuen Mobilitätskonzepts näher zu kommen.

Exkurs: Paradies Bundesplatz

Ein wichtiger Meilenstein der Initiative Bundesplatz e.V. war das Labor für nachhaltige Mobilität. Unter dem Titel: „Paradies Bundesplatz – Expedition in die Zukunft“ wurde am Sonntag, 11. Oktober 2015 Teile des Bundesplatzes für den Autoverkehr gesperrt, um auf den eroberten Flächen Möglichkeiten eines „Bundesplatzes der Zukunft“ zu erproben. Tausende Menschen nutzten die Gelegenheit, um am Bundesplatz neue Formen der Mobilität und des städtischen Miteinanders zu erforschen.

Im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2015 hatte der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf gemeinsam mit der Initiative Bundesplatz e.V. und wissenschaftlichen Partnern (Center for Metropolitan Studies an der TU Berlin, Council for European Urbanism Deutschland e.V.) die erste Runde des Wettbewerbs „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erreicht. Am Beispiel des Bundesplatzes sollte die Transformation eines massiv vom Autoverkehr geformten Stadtraums und Quartiers hin zu einem attraktiveren und lebenswerteren Stadtteil im 21. Jahrhundert – mit einer neuen Balance zwischen den verschiedenen Verkehrsarten, etwa mobilisiertem Individualverkehr, öffentlichem Nahverkehr, Fahrrad- und Fußverkehr – untersucht werden.

Im Rahmen einer Stadtsafari konnten sich die Besucher*innen an sechs Stationen mit den Stärken, Schwächen, Herausforderungen und Chancen des Bundesplatzes auseinandersetzen und ihre eigenen Visionen und Erfahrungen in den Prozess einbringen. An der Station „Highway to hell“ wurde etwa über Möglichkeiten der Um- bzw. Nachnutzung des Tunnels oder auch seinen Rückbau diskutiert. Ein Schaufenster „E-Mobilität“ lud zum Ausprobieren von Pedelecs ein und ein Zukunftsforum gab Raum zur Diskussion, u.a. auch über die Unterbringung von Flüchtlingen im Bezirk. Gewerbetreibende aus dem Kiez informierten ebenso wie Institutionen und Initiativen. Den Rahmen bildete ein Straßenfest mit einer Sport- und Spielstraße für Kinder, einem Open-Air-Kino unter der A100 und einem Street Food-Markt.

Das Labor war ein absoluter Erfolg für die Initiative Bundesplatz und ein Beispiel gelungener Kooperation zwischen Bezirk, Initiative, Wissenschaft und Politik. Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel fungierte als Schirmherr der Veranstaltung (nach Think Berlin 2015). Erstmals war der Bundesplatz mit seinem Potenzial als Quartiersplatz in diesem Reallabor für die Anwohner*innen erlebbar. Die intensive und gleichzeitig niedrigschwellige Auseinandersetzungsmöglichkeit mit dem Thema neue Mobilität stellt die Blaupause für eine vorbildliche Herangehensweise eines quartiersbezogenen Beteiligungsformates dar.

Lokale Einbettung und Akteurskonstellationen

Die Initiative Bundesplatz ist berlinweit mit anderen Initiativen vernetzt. Sie hat sich in erster Linie mit Initiativen an der Bundesallee bzw. in ihrem Umfeld kurzgeschlossen und versucht neu entstehende Initiativen zu unterstützen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. In der Auseinandersetzung mit anderen Initiativen werden Kooperationen auch schon beendet, wenn die Herangehensweise nicht auf Kompromissbereitschaft basiert. Eine enge Kooperation gibt es vor allem zur Initiative Friedrich-Wilhelm-Platz durch doppelte Mitgliedschaften und enge thematische Zusammenarbeit für einen Rückbau der autogerechten Stadt. Die vielen Initiativen-Neugründungen entlang der Bundesallee zeigen den Vorbildcharakter der Initiative Bundesplatz.

Auch mit Universitäten findet eine enge Zusammenarbeit statt. So hat die Initiative inzwischen einen Fachbeirat, der sie unterstützt und mit dem sie Konferenzen und Workshops organisiert. Außerdem sind Vereinsmitglieder, hier vor allem der Vorstand, im Dialog mit Mandatsträger*innen und Wahlkreisbewerber*innen auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene. Die Initiative wird durch ihre Arbeit als Expertengremium für den Bundesplatz wahrgenommen und dementsprechend in die Weiterentwicklung des Gebiets mit eingebunden. Es gibt unterschiedliche Kooperationsprojekte mit Wissenschaftler*innen, insbesondere zum Thema heutiger Umgang mit einer autofreundlichen Stadt. Durch Aktionen wie das Paradies Bundesplatz erfährt die Initiative auch in der Presse Aufmerksamkeit.

Die Initiative wirkt jedoch nicht nur über die Arbeit auf dem Platz in das Platzumfeld, sondern sucht auch direkten Kontakt zu Gewerbe Anrainer*innen und präsentiert sich und ihre Arbeit auf Märkten und Veranstaltungen in der Umgebung. Häufig in Kooperation mit anderen Initiativen, die ähnliche Ziele verfolgen.

Von Anfang an suchte die Initiative Bundesplatz Kontakt zu anderen Stadtinitiativen, wie *Think Berlin* und *Stadt Neudenken*. Viele der aktiven Mitglieder sind auch anderweitig aktiv, sodass eine Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und ein Austausch von Knowhow auf der Hand liegen. Inzwischen hat der Verein einen eigenen „Außenminister“ (Wolfgang Severin), der die Vernetzung mit anderen Initiativen koordiniert.

Die Initiative verfolgt einen Bottom-up-Ansatz, der von den Bewohner*innen am Bundesplatz getragen wird. Sie hat einen Vermittlungsanspruch in die Verwaltung mit inhaltlicher Unterstützung und Beratung von Fachexperten und Unterstützung durch die BVV. Dabei wurde erfolgreich eine vertikale Vernetzung in das Bezirksamt aufgebaut.

5.3. Initiative Haus der Statistik

Anlass und Entwicklungsdynamik der Initiative

Die Initiative „Haus der Statistik“ plant die Umsetzung eines integrativen Kunst-, Kreativ- und Wohnprojekts in einem leer stehenden Gebäudeensemble am Alexanderplatz im Berliner Bezirk Mitte. Neben Wohnraum für Geflüchtete, Studierende, Senioren und andere Berliner*innen sind Arbeitsräume für Kunst, Kultur und Bildung geplant, sodass ein Ort der Begegnung und „innovativen Mischnutzung“ entstehen soll.

Die Initiative Haus der Statistik gründete sich im Herbst 2015 nach einem Workshop-Verfahren des Berliner Senats zur städtebaulichen Neubewertung des Alexanderplatzes und wird von etwa 13 aktiven Personen getragen, die überwiegend der freien Architektur- und Stadtentwicklungs- sowie Kreativ-Szene angehören. In einer bündnisartigen Struktur verbindet das „Haus der Statistik“ Einzelpersonen und Organisationen wie Künstlerkollektive, Architekten, soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Initiativen. Gemeinsames Anliegen ist das selbstverwaltete Entwickeln eines städtischen, öffentlichen Raumes und Mitbestimmung in angeschlossenen Fragen der Stadtpolitik.

Die Initiative konstituierte sich im April 2016 als Genossenschaft „ZKB ZUSammenKUNFT Berlin eG – Genossenschaft für Stadtentwicklung“. Diese Genossenschaft war bereits drei Jahre zuvor für einen anderen Zweck gegründet worden, wurde aber durch Mitglieder der Initiative „freundlich gekapert“ (Florian Schmidt, Pressesprecher Haus der Statistik). Die Genossenschaft übernimmt eher eine „ope-

rative Rolle“ zur professionellen Begleitung des Prozesses bis zu einem möglichen Bauantrag. Die Initiative „Haus der Statistik“ selbst soll jedoch weiter als offene Plattform für alle Interessierten und zur Bündelung der Unterstützer und Projektpartner bestehen bleiben. Sie organisiert die Kampagne, soll später nach erfolgreicher Umsetzung das Gesamtprojekt steuern und denkt bereits jetzt die zukünftige Nutzung des Haus der Statistik mit Hilfe zweier praktischer Pilotprojekte weiter.

Zu den Gründungsmitgliedern des „Haus der Statistik“ zählen auch Vertreter der Initiative „Stadt Neudenken“. Den hier versammelten stadtpolitisch engagierten Expert*innen, die sich für eine kooperative und soziale Stadtentwicklung einsetzen, ist es bereits gelungen, ein partizipatives Gremium in der Berliner Stadtpolitik durchzusetzen. Mit dem Runden Tisch zur Berliner Liegenschaftspolitik konnte die Initiative in den vergangenen Jahren erreichen, dass das Land Berlin eigene Flächen nicht für den höchstgebotenen Preis verkauft, sondern Nutzungskonzepte und damit soziale und gesellschaftliche Belange und Interessen berücksichtigt. An dem Runden Tisch sind etwa 30 Akteure beteiligt, wobei das Spektrum neben politisch Verantwortlichen von der Industrie- und Handelskammer bis zum Miethäusersyndikat reicht. Das Format wurde im neuen Berliner Koalitionsvertrag anerkannt und soll zukünftig weiterentwickelt werden.

Gebäudeensemble und Arbeitsfelder

Das Gebäudeensemble des ehemaligen „Haus der Statistik“ am nordöstlichen Rand des Alexanderplatzes besteht aus mehreren Hochhäusern, die bis 2008 teilweise von Bundeseinrichtungen genutzt wurden, seitdem jedoch leer stehen. Ein 2011 initiiertes Bebauungsplanverfahren sieht den Abriss der bestehenden Gebäude und Neubau von Gewerbe- und Wohngebäuden vor; das Verfahren liegt jedoch auf Eis, die Initiative bezeichnet es zurzeit als „vom Tisch“. Inzwischen befürworten alle Beteiligten – auch aus Kostengründen – eine Weiternutzung des Gebäudebestands, allerdings gehen die Vorstellungen über konkrete Nutzungspläne auseinander. Darüber hinaus ergeben sich Diskussionen über den Kaufpreis der Liegenschaft, da sich etwa zwei Drittel des Grundstücks und alle Bestandsbauten in Eigentum des Bundes befinden, der Rest gehört dem Land Berlin.

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Liegenschaft diskutieren die beteiligten Akteure und die interessierte Öffentlichkeit in verschiedenen, überwiegend offenen Formaten die Themen und Vorstellungen für das zukünftige Haus der Statistik und haben bereits praktische Pilotprojekte gestartet: Die „Akademie der ZUSAMMENKUNFT“ und ein Lern- und Begegnungsprojekt der „ZUSAMMENKUNFT“, welches in einer Unterkunft für Geflüchtete in Kreuzberg einen temporären Ort gefunden hat.

Die „Akademie der ZUSAMMENKUNFT“ will die Vernetzung vor allem künstlerischer Akteure betreiben, um nicht nur „nebeneinander“ zu arbeiten, sondern auch etwas „gemeinsam“ in Projekten, Veranstaltungen oder Workshops zu schaffen. Die Plattform lädt „Künstler*innen der freien Szene, Neu-Berliner*innen und Alt-Berliner*innen, universitäre Seminargruppen, Initiativen und Vereine, die sich mit den Themen Flucht bzw. Migrationsgesellschaft, Stadtentwicklung, integratives Wohnen, (selbstorganisierte / institutionelle) Bildung und Kunst oder Schnittmengen dieser Themen beschäftigen“ ein, ihre „Fragen und Kenntnisse, ihre spezifischen Fähigkeiten und künstlerischen Praxen im öffentlichen Raum und in benachbarten Einrichtungen des Haus der Statistik zu vermitteln“ (Initiative Haus der Statistik 2017).

Daraus hervorgegangen sind kooperative Planungsrunden interessierter Nutzungspartner, welche der gemeinsamen Konzepterstellung für das Haus dienen, zuletzt jedoch auf Grund von Unklarheiten über den Erfolg der Initiative und die zukünftige Nutzung des Gebäudekomplexes ausgesetzt waren. Generell spielen diese interessierten Nutzer*innen und potentiellen künftigen Mietparteien eine wichtige Rolle für die Initiative „Haus der Statistik“, da sie nicht nur unabdingbar für die Refinanzierung des Projekts sind, sondern auch ein großes Interesse bzw. den Bedarf an entsprechenden Räumlichkeiten belegen: Bereits jetzt ist das angemeldete Interesse nach Aussagen der Initiative größer als die potentiell zur Verfügung stehenden Flächen. Die interessierten Akteure reichen von Institutionen aus dem alternativen Kulturbereich über karitative Organisationen bis in die Berliner Start-Up-Szene.

Stand der Verhandlungen zwischen Initiative, Bezirk und Senat

Die Nutzungspläne der Initiative erfahren auf Bezirksebene breite Unterstützung. So stand der bis Ende 2016 amtierende Bezirksbürgermeister, Christian Hanke (SPD), von Anfang an hinter dem Projekt und ist selbst Mitglied der Initiative. Auch die bisherige BVV mit allen Fraktionen stand geschlossen hinter dem Konzept. Diese Unterstützung vermittelte der Initiative einen hohen Grad der Legitimation und das Gefühl, partizipativ ein Konzept „für den Bezirk“ zu erstellen. Während die bezirklichen Behörden für Stadtentwicklung und -planung signifikante Gestaltungsmacht an die städtische Initiative abgaben, signalisierte die Senatsebene, vor allem die Finanz- und Stadtentwicklungsverwaltung, den Plänen der Initiative nur wenig Entgegenkommen; sie präferiert eine Nutzung als Verwaltungsstandort. Kurz vor der Berliner Wahl 2016 kündigte sie den Kauf des Gebäudes als Verwaltungsstandort an, was jedoch bisher nicht stattfand. Im Konflikt um die zukünftige Nutzung des „Haus der Statistik“ stehen sich also auch politisch Verantwortliche der SPD auf Bezirks- und Landesebene gegenüber.

Exkurs: Eindrücke einer Pressekonferenz des Haus der Statistik

Kurz vor den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im September 2016 lud die Initiative „Haus der Statistik“ zur Pressekonferenz, um „Wahlbausteine“, also Antworten der verschiedenen Parteien zu Fragen rund um das „Haus der Statistik“, vorzustellen. Eingeladen wurde auf das Gelände „ExRotaprint“ im Wedding, ein durchaus symbolischer Ort, denn auch hier gelang es einer Initiative im Jahr 2007 nach langen Verhandlungen, ein Grundstück des Liegenschaftsfonds für die selbstverwaltete Nutzung in gemeinnütziger Form zu übernehmen. Das Gelände wird durch Gewerbetreibende, soziale Träger und kulturelle Einrichtungen genutzt.

Auf der Pressekonferenz kamen neben Vertreter*innen der Initiative „Haus der Statistik“ auch politische Vertreter*innen der Parteien, des Bezirks, sowie potentielle Nutzer*innen zu Wort, darunter der damalige Bezirksbürgermeister Christian Hanke (SPD), der damalige Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste und derzeitige Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne), Carola Blum (MdA der Linken), Vertreter des Stadtentwicklungsausschusses der BVV, ein Vertreter des Skateboard-Museums, welches in das Gebäudeensemble einziehen möchte, des Karneval der Kulturen und andere Initiativenvertreter*innen.

Das anwesende Akteursspektrum spiegelte die breite Vernetzung der Initiative wieder, zeigte aber auch, dass der politische Rückhalt kaum über den Bezirk hinausreicht. Die versammelten Beteiligten waren sich weitgehend einig und kritisierten insbesondere die intransparente, widersprüchli-

che und unklare Kommunikationspraxis der verantwortlichen (SPD-)Landesebene in der Finanz- und Stadtentwicklungsverwaltung.

Insgesamt scheinen sich die Beteiligten in einem persönlichen und vertraulichen, oft freundschaftlichen Verhältnis und einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre zu begegnen. Ein direkter Kontakt zu Anwohnenden oder auch Geflüchteten scheint jedoch (noch) nicht zu bestehen.

5.4. Hellersdorf hilft e.V.

Anlass und Entstehung der Initiative

Die Initiative „Hellersdorf hilft“ war nicht nur eine der ersten Willkommensinitiativen dieser Form in Berlin, sondern auch namengebendes Vorbild für viele weitere im restlichen Stadtgebiet. Sie entstand 2013 aus einer aufgeladenen Situation im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, die medial vor allem durch rassistische Anwohnerproteste gegen eine entstehende Flüchtlingsunterkunft in der Carola-Neher-Straße dominiert wurde. Zu einer bezirklichen Informationsveranstaltung für Anwohnende im Sommer des Jahres erschienen fast 1.000 Menschen, obwohl das Bezirksamt nur etwa 100 Teilnehmende erwartete. Unter den Anwesenden befanden sich etwa 200 angereiste Neonazis; statt geordneter Kommunikation vermittelte diese Veranstaltung ein lokales Klima der Ablehnung. Als Reaktion gründeten einige bei der Info-Veranstaltung anwesende Anwohner*innen eine Facebook-Gruppe zunächst nur zum Austausch Gleichgesinnter. Da die Seite über Nacht 15.000 Likes

bekam, entwickelten sie aktives Engagement – zunächst mit Aufklärungskampagnen und nach der Ankunft der Geflüchteten allerlei Unterstützungsaktivitäten, wodurch die Initiative „Hellersdorf hilft“ schnell expandierte und sich im Jahr 2014 in Form eines Vereins institutionalisierte.

Themenfelder von „Hellersdorf hilft“ waren zunächst vor allem die Etablierung einer „Willkommenskultur“ und eines sichtbaren politischen Gegengewichts zur medial vermittelten Stimmung um die neue Unterkunft, sowie konkrete Hilfen bei der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten vor Ort, die Koordination ehrenamtlicher Hilfe, und auch das Veranlassen von Gegendemonstrationen. Inzwischen übernehmen bezirkliche und wohlfahrtsverbandliche Akteure wieder viele dieser Hilfen, wie Organisation von Sachspenden und Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften. Während der Anfangszeit waren etwa 20 Ehrenamtliche aktiv in die Arbeit eingebunden, weiterhin zählten etwa 400 Personen zum unmittelbaren Unterstützerkreis.

Den Protesten gegen die zentrale Unterkunft, die stark von organisierten Neonazis aus dem Umfeld von NPD und Pro Deutschland geprägt waren, und denen regelmäßige Mobilisierungserfolge unter der Bevölkerung zu Demonstrationen und Bürgerversammlungen gelangen, setzte „Hellersdorf hilft“ eigene Proteste gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen. Diese Thematik bildete stärker als bei vergleichbaren Initiativen anfangs eine Schwerpunktaufgabe der Initiative. Über die öffentlichen Aktionen und Kundgebungen der Initiative wurde regelmäßig auch überregional be-



Abbildung 6: Logo der Willkommensinitiative Hellersdorf hilft (Quelle: <https://hellersdorfhilft.files.wordpress.com/2015/09/hehi.png?w=283>).

richtet, sodass das Anliegen, eine Gegenposition sichtbar zu machen, als gelungen angesehen werden kann. Die Initiative konnte Menschen aus ganz Berlin zu diesen Veranstaltungen wie auch zu solidarischen Aktionen für die Geflüchteten sowie Spendensammelaktionen mobilisieren. Die öffentliche Aufmerksamkeit für „Hellersdorf hilft“ lag dabei in der Vergangenheit teilweise deutlich über der anderer lokaler Willkommensinitiativen.

Die Initiative wurde für ihre Arbeit mehrfach mit Preisen ausgezeichnet, darunter dem „Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus“, dem „Berliner Präventionspreis 2015“ und dem lokalen Preis des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“.

Im Gegensatz zu den anderen untersuchten Akteuren beschreiben viele Mitglieder der Hellersdorfer Initiative den Stadtteil, in dem sie sich ehrenamtlich engagieren, eher als „Angstraum“, in dem ihnen keine breite gesellschaftliche und politische Unterstützung für ihr Handeln signalisiert wird sondern – im Gegenteil – eine Stimmung gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen spürbar wird. Zwar hat sich die Situation öffentlicher rechter und neonazistischer Mobilisierungen, mit der Hellersdorf in die Schlagzeilen geriet, abgeschwächt. Die zu Grunde liegende unsolidarische Grundstimmung drückt sich jedoch weiterhin beispielsweise in hohen Wahlergebnissen für die AfD im Bezirk aus, die bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 mit 23 Prozent zweitstärkste Kraft wurde (Die Landeswahlleiterin für Berlin 2016).

Die Initiative war seit ihrer Gründung immer wieder Zielscheibe neonazistischer Angriffe und offener Gewalt. So gab es mehrfach Sachbeschädigungen wie eingeworfene Fensterscheiben an einer angemieteten Einrichtung und Drohungen beispielsweise in Form hinterlassener Patronenhülsen. Auch rassistische Übergriffe auf Bewohnerinnen und Bewohner der Flüchtlingsunterkunft werden durch die Initiative öffentlich gemacht. Auf einer subtileren Ebene wird die wahrgenommene lokale Ablehnung deutlich, wenn beispielsweise Plakate des LaLoka schnell nach dem Aufhängen wieder abgerissen werden. Einzelne Initiativenmitglieder zogen sich in Folge der Bedrohungen aus der Initiativenarbeit oder dem Bezirk zurück.

Politisierung und Forderungen – der Fall der Betreibergesellschaft PeWoBe

Seit die Anwohnerproteste zurück gegangen sind und die medial sichtbare Situation sich nach den ersten ein bis zwei Jahren entschärft hat, sind weitere Aufgaben in den Mittelpunkt der Aktivitäten gerückt; vor allem Bemühungen um die Partizipation und Einbindung von Geflüchteten vor Ort und das Schaffen öffentlicher Aufmerksamkeit für weiterhin bestehende organisatorische und politische Missstände bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten. Dabei haben sich die Interessen von „Zeichen setzen“ und „Spenden sammeln“ entwickelt zu einem umfänglichen und auch politischen Gestaltungsanspruch.

So setzte sich „Hellersdorf hilft“ für die Auflösung des Vertrags mit der Betreibergesellschaft PeWoBe ein, welche die Unterkunft in der Carola-Neher-Straße zunächst leitete. Nach der Absetzung einer anfangs positiv wahrgenommenen Heimleitung kühlte sich nicht nur das Verhältnis zwischen Ehrenamtlichen und den neuen Mitarbeitenden ab, sondern kamen auch zahlreiche Missstände beim Betrieb der Unterkunft zu Tage. Hier ging es unter anderem um Mobbing, unterlassene Hilfeleistung und Einschüchterung von Heimbewohnerinnen und -bewohnern. Auch wurde die Nähe der Heimleiterin zur rechtsextremen DVU bekannt. Darüber hinaus beklagten Ehrenamtliche, dass ihre Arbeit in der Unterkunft verhindert werde.

Anfang August 2016 gab die Senatsverwaltung bekannt, den Vertrag mit PeWoBe nicht zu verlängern und kündigte dem Betreiber. Nach weiteren Presseveröffentlichungen in den darauffolgenden Tagen, welche über menschenverachtende und rassistische Äußerungen in internen Mails der PeWoBe-Leitung berichteten, wurden der Betreibergesellschaft Mitte August 2016 auch alle anderen, für weitere acht Unterkünfte in Berlin laufenden Verträge gekündigt. Die Hellersdorfer Einrichtung wurde von der PRISOD-Wohnheimbetriebs-GmbH übernommen. Ehrenamtliche berichten seitdem nicht nur von deutlich verbesserten Bedingungen, auch der neue Träger scheint engeren Kontakt zur lokalen Zivilgesellschaft zu suchen und stellt auf seiner Website Initiativen und Kooperationen rund um die Unterkunft dar (Prisod 2016).

Gegenwärtige Arbeitsfelder – das LaLoka

Die anfangs sehr dynamische Aufmerksamkeit und das hohe öffentliche Interesse an ehrenamtlicher Unterstützung und Hilfe ist in Hellersdorf – wie an anderen Orten auch – inzwischen zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die lokale Ehrenamtslandschaft diversifiziert, vor allem durch Akteure wie das bezirklich initiierte und geleitete Bündnis für Demokratie und Toleranz oder durch das Übernehmen des Themenfelds „Geflüchtete und Integration“ im Rahmen der bezirklichen Ehrenamtsagentur.

Das Engagement der Mitglieder von „Hellersdorf hilft“ hat sich in diesem Kontext auf einem anderen Niveau als in der Anfangszeit der Initiative verstetigt: Ein kleinerer, aber konstant aktiver Personenkreis von etwa fünf bis 15 Personen ist nun aktiv, aber auch auf Grund der fehlenden medialen Aufmerksamkeit kaum noch öffentlich wahrnehmbar. Die Mitglieder kommen aus Hellersdorf, kannten sich vor der gemeinsamen Initiative überwiegend nicht und setzen sich soziodemographisch heterogen zusammen: Von inzwischen in andere Bezirke gezogenen Studierenden über örtliche Kommunalpolitikerinnen und –politiker von Grünen, Piraten und Linken bis hin zu Anwohnenden im Rentenalter. Viele von ihnen sind erstmalig durch das Engagement in der Initiative aktiv und wurden dadurch politisiert.

Als zentrales Projekt der Initiative hat sich das Ladenlokal „LaLoka“ etabliert, ein von Geflüchteten selbstverwalteter Freiraum, welcher seit Sommer 2014 als Projektort und Treffpunkt am Kastanienboulevard nahe der Unterkunft in der Carola-Neher-Straße dient. „Hellersdorf hilft“ wirkte hier zusammen mit der studentischen Initiative „grenzen_weg“ der nahegelegenen Alice-Salomon-Hochschule initiiierend, begleitet und gestaltet den Raum auch weiterhin mit und nutzt hier auch einen Büroraum zur Organisation der laufenden Arbeit.

Das LaLoka bietet Geflüchteten mit Computerarbeitsplätzen und der Möglichkeit, unabhängig von Unterkunft und kaum vorhandenen Alternativmöglichkeiten Zeit zu gestalten, einen attraktiven Freizeitort. Die „Koordinatoren“ der Einrichtung, die selbst als Geflüchtete nach Hellersdorf gekommen sind, andere Geflüchtete und Mitglieder von „Hellersdorf hilft“ nutzen diesen Raum, um neben dem alltäglichen gemeinsamen Zusammensitzen, Fernsehen oder Kochen auch Veranstaltungen, Beratungsangebote oder Projekte zu organisieren. So gibt es mehrmals jährlich Feste und Events, sowie wöchentlich das Angebot von Wohnungsberatung der studentischen Initiative „grenzen_weg“. Der Raum ermöglicht auch unbürokratische Einzelfallhilfen wie bei Problemen mit Behörden und Bewerbungsschreiben oder bei konkreten Bedarfen. Sucht jemand beispielsweise Fußballschuhe oder einen Gitarrenlehrer, können diese über Spendengesuche, Aufrufe oder Bekannte und persönliche Netzwerke vermittelt werden.

Der Anspruch, mit dem LaLoka einen Ort der Begegnung mit den Anwohnenden zu schaffen, konnte nicht erfüllt werden. Die Einrichtung bildet eher eine „Insel“ in der Hellersdorfer Nachbarschaft, in

der Geflüchtete selbstbestimmt ihren Interessen nachgehen können, aber fast kein Austausch mit Anwohnenden stattfindet. Lediglich bei Events wie Sommer- oder Winterfesten werden einzelne Familien oder Personen aus der Nachbarschaft erreicht. Noch immer kommt es aber auch zu Anfeindungen gegenüber der Einrichtung.

Exkurs: Eindrücke aus dem LaLoka

Das LaLoka („Ladenlokal“) ist in einem angemieteten Geschäftsraum am Kastanienboulevard eingerichtet, der ehemals zentralen Einzelhandelspromenade inmitten der Hellersdorfer Großwohnsiedlung. Seit den 1990er Jahren sind hier viele Einzelhandelsgeschäfte ausgezogen, sodass die Promenade ihren Charakter als „lebendiger Mittelpunkt“ des Quartiers weitgehend verloren hat und heute sichtbaren Leerstand zeigt. Seit 2016 versucht der Bezirk, diesem Eindruck auch durch die Einrichtung eines Quartiersmanagements entgegenzuwirken.

Das LaLoka versteckt sich hier im Erdgeschoss, ist von nahem aber gut erkennbar und macht mit seinen offenen Türen einen einladenden Eindruck. Innen ist es recht gemütlich eingerichtet – eine Sitzecke im von Plakaten gesäumten Schaufenster fehlt genauso wenig wie Sofas, die sich um einen Fernseher gruppieren. Den größten Raum nehmen die Computerarbeitsplätze ein, die in Kooperation mit der Initiative „Refugees Emancipation“ eingerichtet wurden.

Am Nachmittag sind nur eine Hand voll vor allem männliche Geflüchtete im LaLoka, sitzen vor Computern oder schauen einen Film. Gegen Abend wird es voller und es kommen auch Gruppen miteinander bekannter Menschen, auch mehr Frauen. Nun wird es bunter und lebendiger.

Einige der Stärken des LaLoka sind so spontan jedoch nicht sichtbar. Beispielsweise, wenn jemand den Wunsch entwickelt, einen Cricket-Verein zu gründen und hier auf Unterstützung und Mitstreiter*innen treffen kann. Oder wenn es Probleme in der nahegelegenen Flüchtlingsunterkunft gibt. Seit Bestehen des LaLoka haben die „Koordinatoren“, die organisatorischen „Strippenzieher“, gute Kontakte zur Bezirksverwaltung und Unterkunftsleitung geknüpft und können in solchen Fragen vermitteln, helfen oder für Verständnis sorgen. Hier zeigen sich die Vorteile der Geflüchteten-Selbstorganisation, denn für die Anliegen muss keine Schwelle oder Behördentür durchschritten werden und untereinander besteht Vertrauen, ernst genommen und gehört zu werden.

Lokale Einbettung und Akteurskonstellationen

Durch die anfänglich hohe öffentliche Aufmerksamkeit und die Suche nach einem „Positivbeispiel“ aus dem Bezirk wurde „Hellersdorf hilft“ schnell überbezirklich bekannt und erhielt so auch die Aufmerksamkeit des Bezirks. In der Zeit der landesweiten Überforderung mit der angemessenen Unterbringung der Geflüchteten unterstützte die Bezirksverwaltung diese „Ressource“ vor allem durch die Finanzierung einer halben Stelle zur Ehrenamtskoordination durch „Hellersdorf hilft“, die jedoch nur für wenige Monate befristet war. Seit der Einrichtung des LaLoka übernimmt der Bezirk ein Drittel der anfallenden Miete. Der Rest wird – wie auch die Arbeit der Initiative – durch Spenden, Preisgelder und Vereinsbeiträge gedeckt.

Die regelmäßig geübte politische Kritik von „Hellersdorf hilft“ richtete sich zum Teil auch an den Bezirk und den Bezirksbürgermeister, dessen Haltung zu rechten Potenzialen in der Bevölkerung bei-

spielsweise als verharmlosend kritisiert wurde.⁷ Dennoch kann das Verhältnis zwischen Bezirk und „Hellersdorf hilft“ eher nicht als angespannt bezeichnet werden, vielmehr ist es so, dass die Initiative nur selten auf dem „bezirklichen Radar“ auftauchte. Die Kooperation zwischen beiden Seiten ist nur gering ausgeprägt und bezieht sich vor allem auf Zusammenarbeit bei konkreten Projekten. Vor allem das bezirkliche Sportamt spielt dabei eine Rolle, beispielsweise bei der Organisation von Fußballturnieren.

Hier zeigen sich unterschiedliche Politikansätze, die zu einem Nebeneinander führten: „Hellersdorf hilft“ agiert weitgehend eigenständig, der Bezirk gründete ein breites zivilgesellschaftliches "Bündnis für Demokratie und Toleranz". Zu diversen Gelegenheiten wie z.B. Begegnungsfesten besuchen Bezirksvertreter die Initiative, und das Bündnis für Demokratie und Toleranz hat die Initiative für ihre Arbeit ausgezeichnet. Politische Verbindungen findet „Hellersdorf hilft“ eher durch in der Initiative engagierte Mitglieder der kommunalen Linken, Piraten und Grünen.

Die gering ausgeprägten Verbindungen zwischen Initiative und Bezirk können auch auf die Gründung und Steuerung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz zurückgeführt werden. Vor Bestehen des Bündnisses war Hellersdorf hilft der einzige wahrnehmbare Akteur auf diesem Gebiet vor Ort und genoss – zumindest in der Öffentlichkeit – eine entsprechende bezirkliche Unterstützung. Mit der Bündnisgründung verschwand dieses „Alleinstellungsmerkmal“. Auf der einen Seite wurde dies durch die Initiative als „entlastend“ empfunden, „wenn man nicht als Prestigeprojekt erhalten muss“ (Luisa Seydel, Pressesprecherin/Vorstand Hellersdorf hilft), auf der anderen Seite befand sich der Bezirk und das von ihm initiierte Bündnis nun jedoch auch in einer Situation, sich Kooperationspartner selbst „aussuchen“ zu können. Bereits vor Bestehen des Bündnisses fanden sich bezirkliche und zivilgesellschaftliche Akteure in einem Solidaritätsnetzwerk mit eher kritischer Grundstimmung zusammen – Initiativenvertreter*innen kritisieren, der Bezirk habe dieses durch das neue, „eigene“ Bündnis ersetzt und dabei als unbequem wahrgenommene Akteure wie eine lokale antifaschistische Gruppe nicht mehr eingeladen bzw. die Zugänglichkeit für informelle Zusammenschlüsse wie „Hellersdorf hilft“ erschwert. Ein lokaler Einfluss auf die Initiative „Hellersdorf hilft“ findet sich in Form der Alice-Salomon-Hochschule, die eine Kooperation zu lokalen Unterkünften und Initiativen sucht und durch Initiativen wie „Alice solidarisch“ oder die Studierendengruppe „grenzen_weg“ selbst in der lokalen Flüchtlingsunterstützung aktiv ist. Einige lokale Akteure nehmen die Hochschule jedoch eher als „Ufo“ wahr, weil die Studierenden überwiegend aus anderen Bezirken kommen und – so auch der Vorwurf an die gesamte Hochschule – keinen Bezug zum Bezirk und der lokalen Gesellschaft hätten. Im LaLoka ist das beispielsweise sichtbar, wenn die wöchentlichen Wohnungsberatungen von „grenzen_weg“ nur während des Semesters stattfinden.

Verbindungen zum neu eingerichteten Quartiersmanagement „Boulevard Kastanienallee“ haben sich in der kurzen Zeit seines Bestehens noch nicht gebildet. Auch die bezirkliche Ehrenamtsagentur hat das Thema Flüchtlinge und Integration noch nicht sehr lange als Themenschwerpunkt festgelegt und richtet sich eher an andere Zielgruppen. Ressourcen solcher institutionellen Akteure, vor allem Fördermittel, sind für Hellersdorf hilft nicht leicht zu erschließen, da entsprechende Projektanträge an enge Verwendungszwecke gebunden sind, viel Zeit kosten und damit angesichts der personellen Ressourcen nicht machbar sind.

⁷ Siehe u.a. die Dankesrede von *Hellersdorf hilft* zum Berliner Präventionspreis, in der die Initiative dem Bezirk und dem Bürgermeister eine Verharmlosung rechter Potenziale in Hellersdorf und eine fehlende politische Unterstützung für die Zivilgesellschaft vorwarf: <https://hellersdorfhilft.wordpress.com/2015/09/21/1-platz-berliner-praeventionspreis/>

Auch lokale Unternehmen sind kaum oder gar nicht involviert. Mit Ausnahme eines Baumarkts in der Nähe der Unterkunft, der am Anfang Küchengeräte für das LaLoka spendete, kamen keine nennenswerten Beiträge aus dieser Richtung. Überregional stellt die Firma Google seit 2016 in großem Maßstab kostenfreie Chromebooks für Geflüchtete und Initiativen in Deutschland bereit (vgl. Wilkens 2016), wovon auch Geflüchtete in Hellersdorf profitieren.

Hellersdorf hilft wurde gelegentlich selbst Teil übergeordneter anlass- oder ortsbezogener Netzwerke, so bei Runden Tischen nach der Einrichtung anderer (Not-)Unterkünfte oder um die Unterkunft in der Carola-Neher-Straße.

5.5. Willkommen im Westend

Entstehung und Entwicklungsdynamik der Initiative

„Willkommen im Westend“ ist eine seit dem Sommer 2013 bestehende Unterstützerinitiative für Geflüchtete im Berliner Ortsteil Westend (Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf) und gehört damit wie Hellersdorf hilft zu den ältesten dieser Art in Berlin. Darüber hinaus ist sie derzeit eine der öffentlich sichtbarsten Willkommensinitiativen mit vergleichsweise großen politischen Gestaltungsmöglichkeiten und engen Verbindungen zu Bezirkspolitik und -verwaltung. „Willkommen im Westend“ agiert im gut situierten sozialen Umfeld des „Villenviertels“ Westend, was sich beispielsweise im Ressourceneinsatz aufgewendeter Zeit oder Spenden zeigt.

Der Impuls für die Gründung der Initiative kam, nachdem fremdenfeindliche Flyer gegen die Eröffnung der Flüchtlingsunterkunft in der Soorstraße in der Nachbarschaft kursierten. Durch erste öffentliche Bekundungen wie Spendenaufrufe und gemeinsame Leserbriefe konnte die öffentlich wahrnehmbare Stimmung vor Ort schnell positiv gewendet werden.

Ein Schwerpunkt der Initiative liegt in der klassischen Unterstützungsarbeit für Geflüchtete vor Ort mittels Spendenorganisation, Einzelfallhilfe und Begleitung, Kinderbetreuung oder die Organisation von Sprachkursen und Kulturangeboten. Während der Phasen großer Zuzüge von Geflüchteten, insbesondere im Jahresverlauf 2015, organisierte die Initiative vor allem „Notfallhilfe“ in Form spontaner Unterstützung bei der Einrichtung und Versorgung von Notunterkünften. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Weitergabe bereits zuvor gesammelter Erfahrungen an neue Freiwillige, der Aufbau selbstständiger ehrenamtlicher Strukturen an den einzelnen Einrichtungen und die Unterstützung der Freiwilligen dort. Diese „Schützenhilfe“ trug dazu bei, dass sich im Bezirk mehrere Flüchtlingsinitiativen etablieren und das Engagement von Freiwilligen aus dem Bezirk nachhaltig organisieren konnten.

Der anfangs karitativ orientierten Hilfe folgte eine schnelle Politisierung der Initiative, da vielen ehrenamtlichen Beteiligten strukturelle Defizite im Verwaltungsvorgehen offensichtlich wurden. Sie sahen nicht nur die generelle Überforderung der Berliner Verwaltung bei der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, sondern auch Intransparenz und einen bürokratischen und von außen kaum nachvollziehbaren Umgang mit Geflüchteten im Einzelfall, wobei sie als Engagierte zunehmend zu vermitteln versuchten. Mitglieder der Initiative gehörten auch zu denjenigen, die Verantwortliche des LAGeSo frühzeitig auf die drohenden Missstände hinwiesen – allerdings „nicht durchgekommen [sind] mit diesen Alarmrufen“ (Amei von Hülsen-Poensgen) –, bevor die Berliner Anlaufstelle für Asylsuchende ab dem Sommer 2015 deutschlandweit zum Sinnbild der Überforderung der Behörden bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen wurde.



Abbildung 7: Flyer der Initiative (Quelle: Willkommen im Westend).

Öffentlichkeitsarbeit und Selbstverständnis

Um auf diese Defizite und Zustände aufmerksam zu machen, entwickelte die Initiative eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und kritische Begleitung sowohl landesweiten als auch bezirklichen Verwaltungshandelns. Regelmäßig interveniert sie in den Diskurs um die Unterbringung, Versorgung, den Umgang mit und die Integration von Geflüchteten. Zuletzt lag der Schwerpunkt dabei auf dem Anprangern der Zustände in vermeintlich „nur für kurze Zeit“ notwendigen Notunterkünften wie Turnhallen und deren verschleppte Auflösung sowie der Bedingungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In ihrer Eigenwahrnehmung übernimmt die Arbeit der Initiative noch immer staatliche Aufgaben und gleicht behördliches Versagen aus. Willkommen im Westend veröffentlichte gemeinsam mit weiteren Berliner Initiativen zu diesen Themen Pressemitteilungen und offene Briefe an Verantwortliche in Politik und Verwaltung.

Die Initiative sieht eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und transparente Arbeitsweise, Kieztreffen, Infoveranstaltungen und eine rege Kommunikation über ihre Onlinekanäle auch als Strategie, um möglichst viele Anwohnende und andere Zielgruppen zu erreichen. So sind aktuelle Informationen auf der Website zu bearbeiteten Themen, Pressemitteilungen, Treffen und Ergebnissen zu finden. Regelmäßig ist die Initiative bei Veranstaltungen präsent. „Willkommen im Westend“ ist über den aktiven Kern hinaus „im Grunde ein E-Mail-Verteiler von hunderten Personen, die irgendetwas mit Flüchtlingen zu tun haben“ (Amei von Hülsen-Poensgen, Willkommen im Westend) und die über kommunikative Updates Anbindung an die bearbeiteten Themen behalten.

Politisches Verständnis und bezirkliche Einbindung

Die Initiative „Willkommen im Westend“ sieht sich als Teil einer dynamischen und von informellen Strukturen geprägten Graswurzelbewegung, die dennoch enge Kooperationsbeziehungen mit der Bezirksverwaltung in Charlottenburg-Wilmersdorf pflegt. Durch den Ansatz, aktiv zivilgesellschaftliche Strukturen im Flüchtlingsengagement zu unterstützen und aufzubauen, hat sich eine zum Teil „unübersichtliche“, dezentrale Ehrenamtsstruktur im Bezirk entwickelt. „Was als zartes Pflänzchen in Westend um die Soorstraße herum begann, ist heute eine Bewegung geworden. Bei jeder Turnhalle finden sich neu Menschen, die helfen wollen und zupacken. [...] Das, was wir hier erleben, ist eine echte Graswurzelbewegung, da wird nichts von oben gelenkt. Es gibt eine gemeinsame Basis für die vielen Graswurzeln, nämlich der Wunsch anderen zu helfen“ (Willkommen im Westend 2015). Versuche von „Willkommen im Westend“, diese bezirklichen Akteure in einer übergeordneten Vereinsstruktur zu institutionalisieren – auch, um einfacher Anträge stellen und Spenden sammeln zu können – wurden wieder aufgegeben. Derzeit bereitet die Initiative jedoch eine eigene Vereinsgründung nur für „Willkommen im Westend“ vor.

Trotz der Informalität hat sich „Willkommen im Westend“ zu einem festen Ansprechpartner „auf Augenhöhe“ für den Bezirk entwickelt und es bestehen vergleichsweise gute Verbindungen zwischen der Initiative bzw. aktiven Mitgliedern und der lokalen Verwaltung. Verdeutlicht wird dies beispielsweise durch einen monatlichen Runden Tisch mit der Bezirksverwaltung zum Thema „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Die Bezirksverwaltung sieht „Willkommen im Westend“ hier als „Input-

geber“ und „Frühwarnsystem“, um über die Kanäle der Ehrenamtlichen direkte Informationen zu Problemen und Gefühlslagen zu erhalten. Auch im Integrationsausschuss der Bezirksverordnetenversammlung berichten Mitglieder aus der Initiative. Die Engagementbereitschaft vieler Menschen angesichts der akuten Herausforderungen, die niedrigschwellige Struktur eines intermediären Akteurs sowie die politische Unterstützung „haben die Aufmerksamkeit für die Situation von Flüchtlingen im Bezirk erhöht und vor allem viele Verbesserungen herbeigeführt“ (Becker/Klie 2016: 225).

Stärker als in anderen Bezirken lassen sich Verantwortliche im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf auf einen Dialog mit der lokalen Zivilgesellschaft ein. Ein Beispiel dafür sind die bezirklichen „Zukunftstage“, welche inzwischen mehrfach auf Einladung des Bezirksbürgermeisters und Sozialstadtrats stattfanden. Unter dem Motto „Gemeinsam Integration neu denken – Chancen sehen – geben – nutzen!“ treffen sich hier Akteure aus Einrichtungen, Verbänden und Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung, um ihre Sichtweisen zu diskutieren und in themenorientierten Arbeitsgruppen zu bearbeiten. Auch durch solche Vernetzungsrunden ist „Willkommen im Westend“ zu einem Ansprechpartner für Akteure wie die Agentur für Arbeit geworden, welche mit der Initiative in einem Arbeitskreis zur Jobvermittlung zusammenarbeitet. Zur lokalen Wirtschaft konnten, wie auch in anderen Bezirken, jedoch kaum Beziehungen aufgenommen werden.

Die Bezirksverwaltung unterstützte auch eine Diskussion zivilgesellschaftlicher Initiativen über den Berliner Masterplan „Integration und Sicherheit“, zu der im April 2016 kurzfristig etwa 60 Initiativen und Organisationen aus dem Bereich der Flüchtlingsunterstützung zusammenkamen. Eine Beteiligung der Zivilgesellschaft war dazu eigentlich nicht vorgesehen, die Initiativen diskutierten den Senatsentwurf jedoch in Eigenregie, da die Qualität und Ausrichtung des Masterplanes aus ihrer Sicht erheblich unter fehlender Bürgerbeteiligung litt. Insbesondere kritisierten sie die Sicht auf Geflüchtete als „Belastung“ und die dominante Verknüpfung des Themas mit Unsicherheitsaspekten sowie eine fehlende Konkretisierung in Bezug auf Umsetzung und Zielstellung. In Workshops stellten sie Verbesserungsvorschläge und Forderungen als Grundlage einer weiteren Diskussion zwischen Zivilgesellschaft und Politik in aktuellen stadt- und migrationspolitischen Fragen auf.

Gegenwärtige Themenfelder und InterK(ult)urAnstalten

Der Fokus der Arbeit mit Geflüchteten hat sich von der zuerst eingerichteten Unterkunft Soorstraße – Anlass der Initiativengründung – hin zur Unterkunft Eschenallee gewandelt. Während nun der Bezirk die vormals ehrenamtlich geleistete Arbeit in der Soorstraße übernommen hat, baute „Willkommen im Westend“ in der Eschenallee eine neue Freiwilligenstruktur mit etwa 70 Personen auf. Mit dem Träger dieser Unterkunft, wie auch in Hellersdorf PRISOD, besteht eine gute Zusammenarbeit.

Aus dem Umfeld der Initiative „Willkommen im Westend“ hat sich eine eigenständige Gruppe herausgebildet, um auf einem an die Unterkunft in der Eschenallee angrenzenden Grundstück eine Kultur- und Begegnungseinrichtung zu verwirklichen. Das Projekt der „InterK(ult)urAnstalten“ („Ulme 35“) möchte „Raum für Integration und Kreativität“ bieten und dafür eine seit Jahren leerstehende Villa auf dem Gelände der ehemaligen Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Charité nutzen. Ein Teil soll für Flüchtlingsprojekte, andere Teile für Ateliers und kreative Zwecke oder auch für Angebote wie Arbeitsvermittlung des Jobcenters genutzt werden. Mit einem vom Bezirk unterstützten „Fest der Möglichkeiten“ konnten im September 2016 die Weichen für eine Zwischennutzung des Gebäudes gestellt werden, welche dem Verein seit Anfang 2017 ermöglicht wird.

Das Projekt wird von einer eher geschlossenen Gruppe von acht Personen getragen, die regelmäßig an das „große Plenum“ von Willkommen im Westend berichten. Die Umsetzung des Projektes gelang

vor allem durch die sehr gute Vernetzung der Beteiligten, die es ermöglichte, das Anliegen direkt auf Landesebene zu tragen und sich nicht „im Bezirk zu verheddern“ (Amei von Hülsen-Poensgen, Willkommen im Westend). Von den meisten Verantwortlichen im Bezirk wird das Projekt jedoch unterstützt. Auf eine breitere Einbindung von Ehrenamtlichen wurde hier verzichtet, um Motivationsverluste durch Hoch- und Frustphasen zu verhindern.

Exkurs: Begegnungsfest in der Gemeinschaftsunterkunft Eschenallee

Die Mitarbeiter*innen und Bewohnenden der Flüchtlingsunterkunft in der Eschenallee organisierten zur Vorweihnachtszeit ein Begegnungsfest, welches sich „als kleines Dankeschön“ vor allem an die ehrenamtlich Helfenden und Nachbarn richtete. Im Mittelpunkt sollte neben Kochen und Backen das Kennenlernen neuer und Festigen der Kontakte zu bereits bekannten Gesichtern stehen.

Kurz nach Beginn am Nachmittag ist das Foyer der Unterkunft schon sehr belebt. Insgesamt sind es an diesem Abend etwa 100 Menschen, darunter etwa 20 überwiegend ältere Ehrenamtliche, aber auch viele Bewohner*innen der Unterkunft, vor allem junge Männer, einige Frauen und viele Kinder. Begrüßt werden Eintretende durch einen beleuchteten Weihnachtsbaum, Weihnachtslieder „vom Band“ und eine aufgelockerte, kommunikativ-laute Stimmung im Raum. Vor allem die Kinder sind in stetiger Bewegung.

In der Gemeinschaftsunterkunft leben etwa 400 Geflüchtete, vor allem aus Syrien, dem Irak und Afghanistan. Viele von ihnen sind Kinder, die nur sehr schwer in Kitas untergebracht werden können, daher werden die Angebote für Kinder in der Unterkunft besonders stark frequentiert. Für sie gibt es die „Kinderbude“ – einen Kinderklub, in dem die Kleinen betreut werden. Am Nachmittag kommen auch kleinere Schulkinder dazu. Eine ältere Ehrenamtliche erzählt, dass sich hier viele Freiwillige engagieren und willkommen sind. Die Verständigung mit den Kindern sei leicht, weil sie sehr schnell Deutsch lernen, vor allem die Schulkinder. In der Kommunikation mit den Eltern, die nicht Englisch sprechen, nutzen sie wechselseitig ein Arabisch-Deutsch-Übersetzungsprogramm auf dem Smartphone.

Sie erzählt auch von ihrer Mitarbeit in der „sehr gut sortierten“ Kleiderkammer und dem Angebot „Deutsch lernen für Frauen“, das vor allem deshalb funktioniert, weil die Kursteilnehmerinnen ihre Kinder dorthin mitbringen können. Positiv hebt sie den Ehrenamtskoordinator der Einrichtung hervor, der ein sehr guter und immer ansprechbarer „Verbindungsmann“ zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen sei. Als größtes Problem der Bewohnenden beschreibt sie die Suche nach einer eigenen Wohnung.

Auch im Gespräch mit der Leiterin des neuen Familienzentrums des Pestalozzi-Fröbel-Hauses in der Kastanienallee, einer zum Familienzentrum umgewandelten Kita, ist zu erfahren, dass es eine gute Kooperation mit der Unterkunftsleitung gibt. Auf dieser Grundlage bietet das Familienzentrum in den Räumlichkeiten der Unterkunft wöchentlich zwei Aktivitäten für Familien mit Kindern von 2 bis 6 Jahren an: „Spiel & Bewegung“ und ein „Offenes Musikangebot“. Die Leiterin des Familienzentrums hofft, dass die Familien durch dieses Angebot selbst zukünftig Zugang zur Kita und weiteren Angeboten in der nebenan liegenden *Ulme 35* finden, in der das Familienzentrum ebenfalls über einen Raum verfügt.

6. Zusammenführung der Ergebnisse

Bevor wir eine übergreifende Perspektive auf die Positionen der untersuchten Akteure in den horizontalen und vertikalen Verflechtungen der politischen Arena, ihre Netzwerkbeziehungen, Einbindungen im Governance-Prozess, Wirkungen und Visionen darstellen, präsentieren wir zunächst einen Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der betrachteten Akteure. Auf die folgende vergleichende Darstellung der untersuchten Initiativen in Form einer Synopse stehen anschließend die verfolgten Ziele, eingesetzten Mittel, die Rahmenbedingungen und das soziale Umfeld, in dem sie sich bewegen, die Merkmale von „Mittlern“, „Machern“ und „Protestierern“ (vgl. Beck/Schnur 2016) sowie die Selbstwahrnehmung ihrer Rolle in diesem Spannungsfeld im Vordergrund.

6.1. Synopse der untersuchten Stadtmacher*innen

	Variable (Kriterien)	<i>Kotti&Co</i>	<i>Initiative Bundesplatz</i>	<i>Haus der Statistik</i>	<i>Willkommen im Westend</i>	<i>Hellersdorf Hilft</i>
Initiative	Anlass der Gründung / Fragestellung zum Anlass <i>(Beschreibung)</i>	Rekommunalisierung des sozialen Wohnungsbaus und deren Verwaltung unter Beteiligung der Bewohner*innen	Verbesserung der Aufenthalts- und Erholungsqualität am Bundesplatz	Schaffung eines integrativen und partizipativen Kreativ- und Wohnraums im Zentrum der Stadt	Positive Beeinflussung der Stimmung gegenüber Geflüchteten im Quartier und deren karitative Unterstützung	Etablieren einer lokalen Willkommenskultur und Zeichensetzung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
	Problembezug <i>(Ortsbezogen, Zielgruppenorientiert, Themenbezogen)</i>	Themenbezogen, Ortsbezogen	Themenbezogen, Ortsbezogen	Zielgruppenorientiert, Ortsbezogen	Zielgruppenorientiert, Themenbezogen, Ortsbezogen	Zielgruppenorientiert, Themenbezogen, Ortsbezogen
	Hauptzielgruppe <i>(Beschreibung)</i>	Nachbar*innen der Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus am Kottbusser Tor	Nachbar*innen um den Bundesplatz und die anliegenden Straßen	Kreative, professionelle Kunst- und Architektur-Szene	Nachbar*innen im Westend; im Quartier untergebrachte Geflüchtete	Mit dem Ortsteil verbundene, politisch Orientierte; Geflüchtete der örtlichen Unterkunft
	Beteiligung an Initiativenarbeit <i>(offen/niedrigschwellig, auf Nachfrage, hochschwellig)</i>	offen / niedrigschwellig	offen / niedrigschwellig	auf Nachfrage	offen / niedrigschwellig	offen / niedrigschwellig
	Entscheidungsfindung <i>(Mehrheit, Konsens, Delegation)</i>	Konsens	Mehrheit	Delegation (repräsentative Steuerungsrunde)	Mehrheit	Konsens

	Variable (Kriterien)	<i>Kotti&Co</i>	<i>Initiative Bundesplatz</i>	<i>Haus der Statistik</i>	<i>Willkommen im Westend</i>	<i>Hellersdorf Hilft</i>
	Organisationsgröße (aktiver Kern) <i>(Vorstand/Kerngruppe, aktive Gruppe, Mitglieder/Basis)</i>	Kerngruppe (10-15), Basis (50)	Vorstand (6-9), aktive Gruppe (50), Mitglieder (230)	Mitglieder (13), Vernetzungsratschlag (300)	Unterstützerstruktur (70), E-Mail-Verteiler (500)	Regelmäßig Aktive (5-15), Unterstützerkreis (anfangs bis 400)
	Organisationsform <i>(offen, genossenschaftlich, Verein)</i>	offen	Verein	Genossenschaft	offen, Verein in Gründung	Verein
	Kommunikation nach innen <i>(Besprechungskultur, Berichterstattung/Austausch, geringer Austausch)</i>	Besprechungskultur	Berichterstattung / Austausch	Berichterstattung / Austausch	Berichterstattung / Austausch	Besprechungskultur
Kooperation	Formen der vertikalen Kooperation (Politik/ Verwaltung) <i>(Abschluss von Vereinbarungen, Beraterstatus, Zusammenarbeit auf Augenhöhe, politische Unterstützung, informelle Kooperation)</i>	Beraterstatus, Zusammenarbeit auf Augenhöhe, politische Unterstützung, informelle Kooperation	Abschluss von Vereinbarungen, politische Unterstützung als Schirmherr	Bezirkliche Unterstützung, Beteiligung und Kooperation; von Widerstand geprägte Verhandlungen auf politischer Landesebene	Beraterstatus ("Frühwarnsystem" und "Türöffner"), Zusammenarbeit auf Augenhöhe, politische Unterstützung, informelle Kooperation	wenig vertikale Kooperation, selektive Zusammenarbeit bei konkreten Anliegen
	Formen der horizontalen Kooperation (andere Initiativen) <i>(unterstützen, zusammenarbeiten, beraten)</i>	unterstützen, zusammenarbeiten, beraten	unterstützen, zusammenarbeiten, beraten	unterstützen, zusammenarbeiten, beraten	unterstützen, zusammenarbeiten, beraten	unterstützen, zusammenarbeiten, beraten

Variable (Kriterien)	<i>Kotti&Co</i>	<i>Initiative Bundesplatz</i>	<i>Haus der Statistik</i>	<i>Willkommen im Westend</i>	<i>Hellersdorf Hilft</i>
Anprache der Kooperationspartner*innen <i>(gezielte Ansprache, persönliche Kontakte, zufällige Begegnungen)</i>	gezielte Ansprache	gezielte Ansprache	persönliche Kontakte, gezielte Ansprache	persönliche Kontakte, gezielte Ansprache	gezielte Ansprache
Sichtbarkeit der Kooperationsformen <i>(gering, mittel, hoch)</i>	hoch	hoch	hoch	mittel	gering
Wissensakkumulation <i>(Dauerhafte Einbindung von Expert*innen, Anlassbe- zogene Einbindung von Ex- pert*innen, eigene Wissens- generierung)</i>	Dauerhafte Einbindung von Expert*innen, ei- gene Wissensgenerie- rung	Anlassbezogene Ein- bindung von Ex- pert*innen, eigene Wissensgenerierung	Dauerhafte Einbindung von Expert*innen, ei- gene Wissensgenerie- rung	Anlassbezogene Ein- bindung von Ex- pert*innen, eigene Wissensgenerierung	eigene Wissensgene- rierung
Handlungsspielraum Bezirksebene <i>(gering, mittel, hoch)</i>	gering	hoch	hoch	mittel	gering
Handlungsspielraum Landesebene <i>(gering, mittel, hoch)</i>	mittel	mittel	mittel	mittel	mittel
Handlungsspielraum außerparlamentarisch <i>(Protestieren, Initiativgesetz- gebend, Mitmachaktionen, Wissen vermitteln)</i>	Protestieren, Initiativ- gesetzgebend, Mit- machaktionen	Mitmachaktionen, Wissen vermitteln	Mitmachaktionen, Wissen vermitteln	Protestieren, Mit- machaktionen, Wissen vermitteln	Protestieren, Mit- machaktionen, Wissen vermitteln

	Variable (Kriterien)	Kotti&Co	Initiative Bundesplatz	Haus der Statistik	Willkommen im Westend	Hellersdorf Hilft
	Kommunikation außen <i>(professionell, flexibel, dynamisch, Nutzung von Social Media, eher spora- disch aktiv, von Partikular- interessen dominiert)</i>	professionell, dynamisch, Nutzung von Social Media	professionell	professionell	dynamisch, Nutzung von Social Media	eher sporadisch aktiv
Wirkungen	Strukturveränderungen <i>(Wegbereiter*innen, Ex- pert*innen, nice to have, Protestierer*innen)</i>	Protestierer*innen, Wegbereiter*innen, Expert*innen	Wegbereiter*innen, Expert*innen	Wegbereiter*innen, Expert*innen	Protestierer*innen, Wegbereiter*innen, Expert*innen	Protestierer*innen
	Legitimation <i>(Fachexpertise, breite Basis, Aktive vor Ort)</i>	Fachexpertise, breite Basis, Aktive vor Ort	Fachexpertise, breite Basis, Aktive vor Ort	Fachexpertise, breite Basis	Fachexpertise, breite Basis, Aktive vor Ort	Aktive vor Ort
	Wirkraum <i>(Quartiersweit, bezirksw- eit, Berlinweit, berlinweit, deutschlandweit)</i>	Quartiersweit, be- zirksweit, Berlinweit, deutschlandweit	Quartiersweit, be- zirksweit, Berlinweit	Quartiersweit, be- zirksweit, Berlinweit	Quartiersweit, be- zirksweit, Berlinweit	Quartiersweit, be- zirksweit
	im demokratischen Rahmen zulässige politische Aktivitäten <i>(hoch, mittel, gering)</i>	hoch	gering	gering	mittel	mittel
	Außenwahrnehmung durch... <i>(Bezirksebene, Landes- ebene, Stadtgesellschaft, Fachöffentlichkeit)</i>	Bezirksebene, Landes- ebene, Stadtgesell- schaft, Fachöffentlich- keit	Bezirksebene, Landes- ebene, Stadtgesell- schaft, Fachöffentlich- keit	Bezirksebene, Landes- ebene, Fachöffentlich- keit	Bezirksebene, Landes- ebene, Stadtgesell- schaft, Fachöffentlich- keit	Bezirksebene, Stadtge- sellschaft, Fachöffent- lichkeit

	Variable (Kriterien)	Kotti&Co	Initiative Bundesplatz	Haus der Statistik	Willkommen im Westend	Hellersdorf Hilft
Politisierung/ Vision	Auswirkung auf politisches Handeln <i>(Zeichen setzen, politische Debatten initiieren, Gesetze initiieren und gestalten)</i>	Zeichen setzen, politi- sche Debatten initiie- ren, Gesetze initiieren und gestalten	Zeichen setzen, politi- sche Debatten initiie- ren	politische Debatten initiieren	Zeichen setzen, politi- sche Debatten initiie- ren	Zeichen setzen
	Rolle als Mittler <i>(stark, mittel, schwach)</i>	stark	stark	stark	stark	mittel
	Rolle im Aushand- lungsprozess <i>(groß, teils/teils, eher gering)</i>	groß	groß	groß	teils/teils	eher gering
	Einfluss auf Entwicklung ge- samtstädtischer Strukturen <i>(groß, teils/teils, eher gering)</i>	groß	teils/teils	teils/teils	groß	teils/teils
	Beitrag zur lokalen Demokratie <i>(groß, teils/teils, eher gering)</i>	groß	groß	teils/teils	groß	teils/teils

Beschreibung der Synopse

Initiativen

Alle fünf untersuchten Initiativen haben einen anlassbezogenen, lokalen Ursprung und arbeiten gemeinwohlorientiert. Sie können auf einen aktiven Kern von 5 bis 15 Menschen zurückgreifen, wobei vier Initiativen eine erweiterte aktive Gruppe von ca. 50 Personen und darüber hinaus einen Unterstützer*innenkreis von z.T. mehreren hundert Personen haben, die durch niedrigschwellige und offene Angebote an der Initiativarbeit beteiligt werden. Die Organisationsformen der Initiativen sind unterschiedlich ausgeprägt. Von Verein über Genossenschaft bis hin zu keiner formalen Strukturen ist alles vertreten. Die interne Kommunikation innerhalb der Initiativen ist unterschiedlich und reicht von Berichterstattung bis hin zu ausgeprägter Besprechungskultur. Entsprechend unterscheidet sich auch die Entscheidungsfindung, von Mehrheitsprinzip über Konsensprinzip bis zum Delegieren an eine Steuerungsrunde.

Kooperation

Für alle Initiativen sind vertikale und horizontale Kooperationen wesentlich für ihre Arbeit, sie unterscheiden sich jedoch in der gewählten Intensität. Die Initiativen wählen ihre Kooperationspartner*innen durch gezielte Ansprache aus und ergänzend durch persönliche Kontakte. Die Möglichkeiten der vertikalen Kooperation der Initiativen sind sehr von der Ebene der gegenüberliegenden Seite (Land/Bezirk), den Zielen der Initiativen und den damit verbundenen Handlungsspielräumen abhängig. Obwohl sich Kotti & Co und Willkommen im Westend auf Landes- und Bezirksebene (vertikale Kooperation) einen Beraterstatus erarbeitet haben und hier eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erfahren schätzen sie ihren Handlungsspielraum auf bezirklicher Ebenen nur gering bzw. mittel ein. Demgegenüber wird der Handlungsspielraum der Initiative Bundesplatz und des Hauses der Statistik auf bezirklicher Ebene hoch angesehen, hier konnten konkrete Vereinbarung mit der Bezirksverwaltung abgeschlossen bzw. durch den Bezirk unterstützt werden. Die Initiative Hellersdorf hilft unterhält nur wenige Kooperationsbeziehungen, sie erfahren ihren Handlungsspielraum gegen über der Bezirksverwaltung als gering. Die Handlungsspielräume auf Landesebene sind durchweg als mittel anzusehen.

Alle Initiativen suchen die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen, die ähnliche Ziele verfolgen (horizontale Kooperationen), sie sind beratend tätig und lassen andere zivilgesellschaftliche Akteure an ihren Erfahrungen teilhaben. Die Wissensakkumulation spielt eine wichtige Rolle in der Initiativarbeit. Sie Durch eigenes Wissen, dass sie generieren und werden sie zu Expert*innen für ihr Anliegen. Dafür nutzen sie zum Teil den Kontakt zur Wissenschaft anlassbezogen oder binden Experten dauerhaft in ihre Initiative ein.

Die Kommunikation nach außen findet nur bei einer Initiative sporadisch statt alle anderen Akteure arbeiten hier professionell bzw. mit hoher Flexibilität.

Wirkung

Als Wegbereiter*innen und Expert*innen erreichen vier der fünf untersuchten Initiativen Strukturveränderungen vor Ort. Die Initiative Hellersdorf Hilft schafft es vor allem als Protestierer*innen etwas zu verändern. Bis auf Hellersdorf Hilft legitimieren sich alle Initiativen durch ihre breite Basis und ihre Fachexpertise, nur beim Haus der Statistik fehlt es an Aktiven vor Ort. Der Wirkraum aller Initiativen ist quartiers- und bezirkswest, bis auf Hellersdorf Hilft wirken alle Initiativen auch Berlinweit und Kotti & Co sogar deutschlandweit.

In ihrer Arbeit werden die Initiativen unterschiedlich wahrgenommen. Alle anderen Initiativen erfahren sowohl auf Bezirksebene und Landesebene als auch in der Stadtgesellschaft, Fachöffentlichkeit viel Beachtung. Jedoch wird das Haus der Statistik aufgrund ihrer bisher fehlenden praktischen Umsetzung von der Nachbarschaft und Hellersdorf Hilft aufgrund ihrer zurückhaltenden Öffentlichkeitsarbeit von der Landesebene nicht bzw. gering wahrgenommen.

Politisierung/Vision

Das politische Handeln der Initiativen ist durch aus unterschiedlich. Wichtig ist ihnen ein öffentliches Zeichen mit Ihrer Arbeit zu setzen, lediglich das Haus der Statistik unterscheidet sich hier. Bis auf Hellersdorf Hilft streben alle Initiativen an eine politische Debatte zu initiieren. Entsprechend geringer ist ihre Rolle von Hellersdorf Hilft als Mittler, während die anderen Initiativen diese sehr stark ausfüllen.

Im Aushandlungsprozess nehmen vor allem die Stadtentwicklungsinitiativen großen Einfluss, was allerdings nicht gleichbedeutend mit einem Einfluss auf die gesamtstädtische Strukturen ist, der nur bei der Arbeit von Kotti & Co und Willkommen im Westend als groß bezeichnet werden kann. Kotti & Co hat mit seinem Wirken ein Gesetz initiiert und gestaltet.

Alle Initiativen leisten einen Beitrag zur lokalen Demokratie. Während der bei Kotti & Co, der Initiative Bundesplatz und Willkommen im Westend hoch ausfällt, lässt er sich bei dem Haus der Statistik und Hellersdorf Hilft nicht so einfach einschätzen.

6.2. Strategien und Selbstverständnis der untersuchten Akteure

Auffällig ist die starke Rolle spezialisierter Expert*innen, die entweder externes, professionelles Wissen in die Arbeit der Initiativen einbringen oder sich dieses Wissen selbst im Verlauf ihres Engagements aneignen. Sie nehmen eine vermittelnde Rolle zwischen Ehrenamtlichen, Verwaltung/Politik und anderen Akteuren ein und tragen wesentlich zur Anerkennung der Initiativen durch die Politik bei. Die gesammelte Expertise, Institutionalisierung und wachsende Professionalisierung der Willkommensinitiativen gleicht zudem häufig zu beobachtende Erschöpfungserscheinungen aufgrund von individueller Überforderung, mangelnden Ressourcen und personeller Fluktuation aus. Alternative Strategien sind permanente Bemühungen um neue Mitglieder oder größere Reichweiten. Bei den Stadtentwicklungsinitiativen Bundesplatz und Kotti & Co stellt die Strategie unterschiedlicher kurz-, mittel- und langfristiger Zielsetzungen im Vergleich mit Willkommensinitiativen einen wesentlichen Motivations- und Erfolgsfaktor dar.

Zentrale Werkzeuge der untersuchten, in unterschiedlich hohem Maße politisch tätigen Initiativen sind das Schaffen medialer Aufmerksamkeit, durch „Druck“ und Präsenz in der städtischen Öffentlichkeit. Medien können ein „Türöffner“ sein, um Verbesserungen zu erreichen“ (Diana Henniges, Moabit hilft) und werden zum Teil sogar als „Waffe“ bezeichnet. Allerdings bleibt mediale Aufmerksamkeit selektiv und wirkt nur dann „erfolgreich“, wenn es gelingt, den Fokus der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Problem zu lenken. Ein weiteres Werkzeug insbesondere der Stadtentwicklungsinitiativen ist die Erzeugung direkter öffentlicher Aufmerksamkeit durch Aktionen und direktdemokratische Instrumente in der Stadtgesellschaft. So konnte die Initiative Bundesplatz mit ihrem Reallabor „Paradies Bundesplatz“ 5.000 Anwohner*innen auf den Bundesplatz aktivieren, um die Vision einer anderen Mobilität und Aufenthaltsqualität zu erproben. Mit dem Berliner Mietenvolksentscheid konnte Kotti & Co das Thema des sozialen Wohnungsbaus innerhalb kurzer Zeit in die gesamte Stadtgesellschaft tragen.

Generell stoßen die Akteure häufig auf das Problem, dass sie sich kaum mit ihren selbstgegebenen, „eigentlichen“ Zielen beschäftigen können, weil sie sich anderen Herausforderungen stellen müssen, bspw. strukturelle Missständen oder bürokratischen Barrieren. Sinnbildlich lässt sich hier die Erkenntnis von Engagierten in der Flüchtlingshilfe anführen: „Wir bauen Betten – dabei wollen wir eigentlich Brücken bauen“ (Amei von Hülsen-Poensgen, Willkommen im Westend). Auch Kotti & Co war damit konfrontiert, dass das bezirkliche Wohnungsamt nur notdürftig handlungsfähig ist und nicht über Ressourcen für aktives Handeln verfügt. Die Stadtentwicklungsinitiativen, mit denen Kotti & Co kooperiert, nutzen ihre Diversität gezielt, um unterschiedliche Gruppen der Stadt anzusprechen und stadtweit zu agieren.

Die untersuchten Initiativen unterscheiden sich in Bezug auf den Grad der Politisierung, ihre Vernetzungsstrategien und die Formen der Kooperation mit Politik/Verwaltung. Dabei teilen sie häufig übergeordnete Ziele und sprechen mit einer gemeinsamen Stimme. Regelmäßig gelingt es vor allem den Willkommensinitiativen, geschlossen zu agieren, so bei der spontanen Eingabe zum Berliner „Masterplan Integration und Sicherheit“, offenen Briefen und anderen öffentlichen politischen Appellen. Gleichzeitig schätzen sie Spontaneität und Vielfalt, was sich beispielsweise an gescheiterten Zentralisierungsversuchen wie dem Zusammenschluss unter einem Dach oder den Widerständen gegenüber Formalisierungsprozessen (z.B. Vereinsgründungen) zeigt.

Die Verstetigung des Engagements stellt die Initiativen vor große Herausforderungen. Bei Hellersdorf hilft kam es im Prozess der Institutionalisierung (Vereinsgründung) zu „Kompetenzgerangel“ (Luisa Seydel, Pressesprecherin/Vorstandsmitglied Hellersdorf hilft), in deren Folge Mitglieder sich von der

Initiative distanzieren. Auch die Initiative Willkommen im Westend hegt Befürchtungen, dass veränderte Rahmenbedingungen die interne und externe Kommunikation nachhaltig negativ beeinflussen könnten. Potenzielle Herausforderungen sieht auch Amei von Hülsen-Poensgen (Willkommen im Westend) in der Einigung auf eine Satzung sowie in der Verständigung über gemeinsame Ziele. Den Gefährdungen durch Institutionalisierung ist Kotti & Co mit einem eigenen Weg begegnet. Die Initiative hat für notwendige wirtschaftliche Aktivitäten (Spenden sammeln, Projektmittel, Finanzierung von Aktionen etc.) einen Verein gegründet. Alle inhaltlichen Aktivitäten, Kommunikation und Entscheidungen werden weiterhin in der Struktur der Initiative umgesetzt.

Die Initiativen agieren in soziodemografisch unterschiedlich geprägten Stadträumen und spezifischen bezirkspolitischen Umgebungen und werden dabei durch eine in unterschiedlichem Maße gewachsene lokale Kultur des aktiven Einbringens in politische Entscheidungsprozesse beeinflusst. Während Willkommen im Westend, tätig in einem sozialstrukturell privilegierten Stadtteil mit hohem sozialen Kapital, eher die Mehrheit einer von einem breiten demokratischen Konsens getragenen Bevölkerung widerspiegelt, bewegen sich die Ehrenamtlichen von Hellersdorf in einem Sozialraum, der durch eine Kumulation sozialer und politischer Problemlagen geprägt ist. Es hat sich gezeigt, dass ein hoher Grad an Verankerung einer Initiative in der Bevölkerung, vor allem aber eine starke lokale Vernetzung eine Anerkennung und Unterstützung durch politische Akteure begünstigt.

In Marzahn-Hellersdorf repräsentieren die Engagierten eher eine Minderheit der Stadtbevölkerung, die Beziehungen zwischen Initiative und Politik/Verwaltung sind aktuell – nach einer anfänglichen Phase mit hohen Erwartungen – eher durch Distanz und Zurückhaltung geprägt und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten dementsprechend begrenzt. Willkommen im Westend als „Repräsentantin der Bürgergesellschaft“ und „im Bezirk legitimer Akteur“ kann dagegen mit bezirkspolitischer Unterstützung erfolgversprechende Wege einschlagen, wenn es ihnen beispielsweise gelingt, einen gemeinsamen Runden Tisch mit dem Bezirk zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu initiieren oder wenn Bezirksämter wie die Schulbehörde bei der Einrichtung von Willkommensklassen „den Ball [der Initiative] aufgenommen haben“ (Amei von Hülsen-Poensgen, Willkommen im Westend).

Durch die den Initiativen vielfach entgegengebrachte politische Wertschätzung kommt ihnen in ihrem Tätigkeitsbereich eine hohe vermittelnde Rolle zu. Sie dienen für Politik und Verwaltung häufig als Informationsquellen, „Frühwarnsysteme“ oder als „Türöffner“ zu ansonsten fernen Zielgruppen, sind als Expert*innen oder sogar politische Berichterstatter (z.B. in der Bezirksverordnetenversammlung) anerkannt und gefragt und werden bisweilen sogar für Zwecke wie Kontaktaufnahmen und Vermittlungen „genutzt“, die von Amts wegen nicht möglich oder zu aufwendig sind.

Diese intermediäre Position ist die Basis des Handelns der Initiativen, aus dem die verbreitete Wahrnehmung des „Machens“ entspringt. Die Akteure sind angetreten, um in konkreten Fällen Verbesserungen zu erreichen oder zu helfen. So die Initiative Bundesplatz, die sich durch „Machen“ und kontinuierliche Kommunikation neue Aushandlungsprozesse mit der Verwaltung und Politik erschließt und so den eigenen Handlungsspielraum weitet. Dazu rekrutieren sie gezielt Vertreter*innen aus der Politik als Verbündete in Diskussionsprozessen und für die Initiative. Wie auch bei anderen Akteuren steht ein Protestmotiv dabei vielfach zunächst nicht im Vordergrund. Wenn Akteure, vor allem die Willkommensinitiativen, in ihrer Tätigkeit jedoch immer wieder auf dieselben strukturellen Missstände und wahrgenommenen Ungerechtigkeiten stoßen und letztendlich „an diesem Staat verzweifeln“ (Amei von Hülsen-Poensgen, Willkommen im Westend), entwickeln sie jedoch durchaus die Rolle der „Protestierer“, die dann mit diversen öffentlichkeitswirksamen Mitteln auf „Lücken“ oder Missstände aufmerksam machen. Die empfundene Machtlosigkeit wird schließlich zum politischen Trigger, um

etwas „anders zu machen“. Im Fall von Kotti & Co leiten auf diese Weise sowohl die Motive „Machen“ als auch „Protestieren“ das Handeln der Initiative.

Vor allem im Bereich der hoch professionalisierten Akteure, wie beispielsweise beim Haus der Statistik, fehlt die Selbstwahrnehmung als „Protestierer“ größtenteils. Hier finden sich zwar „empörte Expert*innen“ (Florian Schöttle, Vorstand Martinswerk e.V.), die oft selbst Teil politischer Entscheidungsstrukturen sind. Jedoch leiten sie daraus einen mittelnden und machenden Anspruch ab, ohne „protestieren“ zu wollen. Dabei halten sie sich an die ihnen vertrauten Wege und Möglichkeiten und versuchen, mit innovativen Ansätzen zu „demonstrieren“, dass eine andere, soziale und partizipative Stadtentwicklung möglich ist.

6.3. Horizontale Netzwerke und Kommunikationsstrukturen

Die horizontalen Netzwerke der Initiativen sind äußerst dynamische Gebilde, die sowohl lose wie feste und verbindliche Strukturen umfassen. In den untersuchten Netzwerken agiert eine breite Palette von Akteuren: Hochschulen, Stiftungen, Wirtschaftsunternehmen, Kirchengemeinden und freie Träger, die durch ihre Präsenz das Handlungsfeld und Beziehungsgefüge sowie den Handlungsspielraum der Initiativen nachhaltig beeinflussen. Die meisten dieser Akteure wurden von den Initiativen selbst aktiviert und bewusst hinzugezogen.

Teilweise drängen aber auch Akteure mit eigenem Gestaltungsanspruch in das Handlungsfeld der Flüchtlingshilfe, um ihre Anliegen einzubringen. Beispielsweise brachte die Initiative „Refugees Emancipation“ ein konkretes Angebot ein (Einrichtung von Computerarbeitsplätzen im von Hellersdorf hilft initiierten Ladenlokal „LaLoKa“) und verknüpfte dies mit dem Anspruch, dass Geflüchtete das Projekt selbst-verwalten sollten. Während sich in diesem Fall die Interessenlagen der Akteure deckten (und die Selbstverwaltung entsprechend vertraglich festgehalten und umgesetzt wurde), verfolgen klassische Intermediäre, wie Stiftungen, des Öfteren allgemeinere Ziele, z.B. die stärkere Beteiligung von Bürger*innen an der Stadtgestaltung. Sie haben, wie bspw. die Stiftung Zukunft in Bezug auf die Unterstützung der Initiative Haus der Statistik, kein dezidiertes Interesse an den konkreten Projekten der Initiativen, aber bringen ihr Expertenwissen zur Förderung des übergeordneten Ziels ein.

In Netzwerken, die ein breites und diverses Spektrum von Akteuren umfassen, stellen die unterschiedlichen Interessenlagen bisweilen durchaus eine Herausforderung dar. Beim Projekt Haus der Statistik beispielsweise, das neben Geflüchteten weitere Zielgruppen (Künstler*innen, Architekt*innen, soziale Projekte etc.) in einem Haus zusammenbringen möchte, erschweren die vielfältigen Interessenlagen auf Landes- und Bezirksebene sowie die zahlreichen Akteure, die in der Initiative zusammengekommen sind, den internen Austausch sowie die externe Kommunikation. Dennoch ist es der Initiative gelungen, ihre Anliegen durch gute Kommunikationsstrukturen, effektive Netzwerkarbeit und strategisches Agieren sichtbar zu platzieren und aktuell zu halten. Auch der eingeschlagene Weg der Institutionalisierung (Genossenschaftsgründung) sowie der Aufbau eines bundesweiten Netzwerks dürften der Initiative helfen, feste Netzwerkstrukturen zu etablieren, Kommunikationswege zu vereinfachen und das eigene gesellschaftspolitische Agieren nach außen verstärkt sichtbar zu machen und zu legitimieren.

Bei der gezielten Hinzuziehung weiterer Akteure geht es den Initiativen einerseits um die Bildung einer starken Lobby für übergeordnete Forderungen und andererseits um die Akquise von Unterstützerguppen, die bei der Bewältigung der eigenen konkreten Aufgaben helfen und so Entlastung bringen sollen.

Manche Akteure im Feld sehen es nicht in ihrem Interesse, Teil eines Netzwerks zu werden, da die jeweiligen Interessenlagen zu weit auseinandergehen. Die Betreiber von Flüchtlingsunterkünften fallen bisweilen in diese Kategorie, wie das Beispiel der PeWoBe, ehemals Betreiberin einer Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf, zeigte. Eine fragwürdige Praxis und umstrittenes Personal erregten die Aufmerksamkeit der Initiative Hellersdorf hilft. Mit Unterstützung u.a. der Alice Salomon Hochschule drängte die Initiative durch dauerhaften öffentlichen Druck die Landespolitik zu einem Betreiberwechsel. Die Hochschule diente hierbei als Multiplikatorin, die durch eigene Netzwerke und Ressourcen und durch die Initiative legitimiert, den Druck verstetigen und verstärken konnte.

Der Konflikt um die Betreibergesellschaft der Unterkunft in der Maxie-Wander-Straße zeigte auch, wie sich das Netzwerk und Verhältnis von Akteuren verändert, wenn neue Akteure im Feld auftreten. Während das Verhältnis zwischen Hellersdorf hilft und der (ehemaligen) Betreibergesellschaft konfliktuell und auf Konfrontation angelegt war, kommt es unter der neuen Betreibergesellschaft PRI-SOD kaum zu direktem Austausch. Die Kommunikation verläuft nun indirekt über andere Kanäle, z.B. über den ehrenamtlichen Koordinator des selbstverwalteten Ladenlokals „LaLoKa“, Sajid Khan.

Einen weiteren relevanten Aspekt der veränderten Kommunikationswege zu den Unterkünften stellt die Installation von Ehrenamtskoordinator*innen in den Unterkünften ab 2016 dar. Diese erhielten in einem auf Initiative des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) einberufenen „Expertenzirkel Ehrenamtskoordination“, eine neue Struktur des regionalen Austauschs, um die Qualifikation und Vernetzung der neu in den Unterkünften tätigen Ehrenamtskoordinator*innen zu fördern.

Auf horizontaler Ebene existieren trotz unterschiedlicher Ziele und Methoden der größeren zivilgesellschaftlichen Initiativen über die Bezirksgrenzen hinaus gute Vernetzungsstrukturen. Die Akteure haben Wege gefunden, miteinander ins Gespräch zu kommen und zusammenzuarbeiten. In den Bereichen Stadtentwicklung und Flüchtlingsarbeit gibt es zudem oft personelle Überschneidungen zwischen verschiedenen Initiativen. In den Initiativen existieren feste Ansprechpartner*innen und bei wichtigen Themen informieren sich die Akteure gegenseitig über direkten persönlichen Kontakt, z.B. Mail-Verteiler oder per Telefon. Dabei spielen auch die sozialen Medien eine wichtige Rolle (z.B. Facebook), die eine schnelle Erschließung und Verbreitung von Informationen ermöglichen. Gerade in Bezug auf die Mobilisierung spielen die sozialen Medien eine große Rolle, da sie eine schnelle Veröffentlichung der eigenen Anliegen mit großer Reichweite erlauben. So dient beispielsweise die Initiative Bundesplatz für andere Initiativen in der Bundesallee als Vorbild und Erfolgsmodell (Initiative Friedrich-Wilhelm-Platz).

Obwohl sich im Fall der Flüchtlingsarbeit das übergeordnete Ziel der Willkommensinitiativen, Bezirkspolitik und -verwaltung deckt – die gelingende Aufnahme und Integration Geflüchteter – gehen die Vorstellungen darüber, welche Standards zur Erreichung dieses Ziels gelten sollen, teilweise auseinander. In den Aushandlungsprozessen darüber kommt es nicht selten dazu, dass von Seiten der Initiativen Druck auf Politik und Verwaltung über die Öffentlichkeit aufgebaut wird oder es zu Frustrationen bei den Initiativen kommt, wenn unterschiedliche Logiken aufeinandertreffen.

Es besteht eine ausgeprägte Beziehungsstruktur der untersuchten Initiativen auf horizontaler Ebene. Die Akteure bauen gezielt überregionale Netzwerke auf oder bringen sich in bereits bestehende Netzwerke ein, um auf die Ressourcen weiterer Akteure zugreifen zu können und durch gemeinsame Positionen eigene Themen stark zu machen. Durch stadtweite Netzwerke wie StadtNeudenken oder Think Ber!n erfahren Initiativen im Bereich Stadtentwicklung eine themenbezogene Beratung und Unterstützung mit dem notwendigen wissenschaftlichen Know-how. Für den jeweilig eigenen lokalen Wirkungskreis bedeutet dieses sich Einbringen in bestehende oder neu initiierte horizontale Koope-

rationsstrukturen, dass sich die Intermediären mit Fokus auf bestehende vertikale Kooperationsbeziehungen mit ihren eigenen Anliegen in ‚Stellung‘ bringen.

Auch wenn die Netzwerkstrukturen teilweise informeller und persönlicher Art sind, sind sie doch bemerkenswert stabil und zuverlässig. Kontakte werden immer wieder aufgerufen, wenn es um die Bewältigung konkreter Handlungsherausforderungen geht. Dabei werden mitunter unterschiedliche Positionen zu einzelnen Themengebieten sichtbar. Im Feld der Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen haben die aufgerufenen Themen dennoch das Potenzial, eine übergeordnete gemeinsame Position zu ermöglichen und durch öffentlichen Zusammenschluss Forderungen zu artikulieren, z.B. öffentliche Kritik an der Unterbringung Geflüchteter in Turnhallen.

Im Themenfeld Wohnen zeigen sich vor allem Unterschiede beim Grad der Vernetzung. Die unterschiedlich weitreichenden Kooperationsstrukturen entstammen vor allem der unterschiedlichen Anschlussfähigkeit der einzelnen Themenfelder – von einem ursprünglich rein ortsbezogenen Anliegen am Bundesplatz über eine landesweite Ausdehnung des Aktionsradius bei Kotti & Co durch den Bezug auf ein überregional relevantes Thema bis zur bundesweiten Dimension beim Haus der Statistik, bspw. durch die Mitwirkung von Bundesbehörden (die Immobilie ist zu 75 Prozent im Besitz des Bundes).

Bei den untersuchten Intermediären spielen Kooperationsbeziehungen zur Wirtschaft eine eher untergeordnete Rolle, obwohl anerkannt wird, dass diese Beziehungen mit Blick auf neue Ressourcen vielversprechend sein könnten.

6.4. Vertikale Netzwerke und Kommunikationsstrukturen: Praxis der Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Politik/Verwaltung

Bei der vertikalen Kooperation gehen die untersuchten Intermediären gezielt auf Akteure von Politik und Verwaltung zu, um eigene Themen strategisch zu platzieren und aktuell zu halten. Je nach Passungsverhältnis wird so eine Ausdehnung des eigenen Wirkradius auf die Bezirks-, Landes-, in einzelnen Fällen auch auf die Bundesebene, erreicht. Dabei wird sichtbar, dass es eine deutliche Differenz im Umgang der Intermediären zwischen den Ebenen der Bezirks- und Landespolitik gibt. Während die Akteure des Haus der Statistik eng mit der Bezirkspolitik kooperieren und auftreten und bspw. gemeinsam von der Initiative ausgearbeitete Konzepte auf der Landesebene vertreten, adressieren Willkommen im Westend und Hellersdorf hilft sowie Kotti & Co ihre politischen Forderungen gezielt an die politische Landesebene, ohne sich mit der Bezirkspolitik abzustimmen. In diesem Fall kann man die Form der Zusammenarbeit themenübergreifend als „konfrontative Kooperation“ (Speth/Becker 2016) bezeichnen, bei der in Form von öffentlichem Protest auf strukturelle Missstände hingewiesen wird. Dabei hat auch die Bezirksebene ein Interesse daran, dass die Anliegen der Initiativen auf der Landesebene gehört werden, ohne gleichzeitig für den Protest verantwortlich gemacht werden zu können.

Die bezirklichen Ehrenamtskoordinator*innen können bei der vertikalen Kooperation eine vermittelnde Rolle einnehmen und werden zum Teil selbst als „Intermediäre“ bezeichnet (Dr. Christian Hanke, ehem. Bezirksbürgermeister Mitte), die eine Schnittstelle zwischen ehrenamtlichen Geflüchteteninitiativen und der Verwaltung bilden. Die Arbeitsfelder und Verantwortungsbereiche der Koordinator*innen werden allerdings von Bezirk zu Bezirk sehr heterogen gefasst.⁸ Sie können bspw. für

⁸ Vgl. Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Susanna Kahlefeld (Bündnis 90/Die Grünen) vom 29. April 2016; Berliner Abgeordnetenhaus: Drucksache 17/18495.

Initiativen als „Türöffner“ (Frau Grote, Ehrenamtskoordinatorin Charlottenburg Wilmersdorf) in die Verwaltung dienen. Auch in umgekehrter Richtung fungieren die untersuchten Initiativen als „Türöffner“, denn Behörden, Ehrenamts-, und Integrationskoordinator*innen fragen Vertreter*innen der Initiativen gezielt an, um in Einzelfällen Menschen mit Fluchthintergrund zu erreichen. Bei den untersuchten Initiativen zeigt sich, dass diese nicht selten über mehrere, direkte und persönliche Wege Kontakt zur Bezirkspolitik und -verwaltung haben.

Insgesamt profitieren alle Akteure im politischen Feld von den Kooperationsbeziehungen. Akteure aus Verwaltung und Politik erhalten Zugriff auf spezielles Wissen und Zugänge zu sonst schwer zu erreichenden Milieus. Auf der anderen Seite haben die Intermediären großes Interesse an der potenziellen Einflussweiterung und an der Übernahme eigener Forderungen durch demokratisch legitimierte Vertreter*innen. Nicht zuletzt zeigt die öffentliche Wahrnehmung, die eng mit der Sichtbarkeit von Kooperationsstrukturen verbunden ist, den Einfluss der Intermediären und ihre Wirkungen auf die lokale Beteiligung.

6.5. Formen vertikaler Kooperation in den einzelnen Handlungsfeldern

Zivilgesellschaftliche Akteure wie Kotti & Co, die Initiativen Bundesplatz und Haus der Statistik sowie die Willkommensinitiativen Hellersdorf hilft und Willkommen im Westend agieren in recht unterschiedlichen Politikfeldern, die durch je spezifische Entwicklungsdynamiken und Rahmenbedingungen gekennzeichnet sind. Einerseits geht es um alternative Nutzungskonzepte und um die Verfügbarkeit von erschwinglichem Wohnraum in einer wachsenden, von zunehmenden Verdichtungs- und Verdrängungsprozessen geprägten Stadt, andererseits um Aufgaben und Herausforderungen wie die Aufnahme, Versorgung und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen, die ohne die vielen Willkommensinitiativen und Unterstützergruppen von den Behörden kaum bewältigt worden wären.

In beiden Politikfeldern bewegen sich die Initiativen und Netzwerke in einem Kräftedreieck zwischen Politik/Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, das im föderalistischen System mit einem komplexen Beziehungsgefüge verschiedener horizontaler und vertikaler politischer Entscheidungsstrukturen verwoben ist (vgl. Abbildung 1, S. 7). Zwar kommt Ländern und Kommunen seit der Föderalismusreform 2006 die Verantwortung für die soziale Wohnraumversorgung zu, aber der Bund verfügt noch immer über zahlreiche Liegenschaften in Berlin, die von städtebaulicher Bedeutung sind. Die Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen ist Gemeinschaftsaufgabe, wobei der Bund für die Durchführung der Asylverfahren und die Integrationskurse verantwortlich ist und die Länder für die Aufnahme, Versorgung und Betreuung der Asylsuchenden. Die Kommunen übernehmen vielfältige Aufgaben im Bereich der Integration sowie in der Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Alle untersuchten intermediären Akteure unterhalten auf der vertikalen Ebene sowohl Beziehungen zu Politik und Verwaltung auf der Bezirks- als auch auf der Landesebene, die je nach Übereinstimmung und Passungsverhältnis der Interessen asymmetrisch und fragil (und damit potenziell konflikthaft) bzw. auf Augenhöhe und stabil ausfallen. Zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich Stadtentwicklung wie Kotti & Co oder die Initiative Bundesplatz können dabei – verglichen mit den Willkommensinitiativen – auf eine längere Geschichte der Selbstorganisation, des sozialen und politischen Engagements und Protests sowie der Kooperation und der Konflikte mit Politik und Verwaltung zurückblicken. Dabei hat sich auf Bezirksebene bei den untersuchten Stadtentwicklungsinitiativen vielfach eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe etabliert, während sich die Beziehungen der Initiativen zur Landespolitik konflikthafter gestalten.

Stadtentwicklungsinitiativen

Die inzwischen etablierte konstruktive Zusammenarbeit zwischen Kotti & Co und dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sowie dem Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße basiert im Wesentlichen auf dem gemeinsamen Ziel von Initiative sowie einzelnen Personen aus Kommunalpolitik und -verwaltung, die Verdrängung von Bewohner*innen des sozialen Wohnungsbaus zu verhindern. Die Initiative Bundesplatz hat in Charlottenburg-Wilmersdorf ebenfalls eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung erreicht (nahezu einstimmige Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung zum Bundesplatz in der letzten Legislaturperiode). In Berlin-Mitte hat die Initiative Haus der Statistik frühzeitig die Unterstützung des Bezirks für die Umsetzung ihres Konzepts eines „Zentrums für Geflüchtete, Soziales, Kunst und Kreative“ am gewünschten Standort gewonnen.

Die Aktivierung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, das konkrete Engagement vor Ort, das professionelle Auftreten und die fundierte Expertise zu Fragen einer zukunftsgerechten Mobilität haben auch der Initiative Bundesplatz Respekt und Anerkennung eingebracht und die Bereitschaft gefördert, gemeinsame Forderungen an die Landespolitik zu richten. Die Initiative konnte bereits erste verkehrliche und aufenthaltsverbessernde Maßnahmen (Tempo 30, Querungshilfen, Umgestaltung des Bundesplatzes, Etablierung eines Wochenmarktes) erreichen. Die wertschätzende Haltung gegenüber Politik und Verwaltung sowie die Bereitschaft zu einer konstruktiven Zusammenarbeit sind dabei der Schlüssel für eine erfolgreiche Erschließung der zivilgesellschaftlichen Gestaltungspotenziale.

Mit der Landespolitik machten die Initiativen sehr unterschiedliche Erfahrungen. Die für sozialen Wohnungsbau zuständige Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Initiative Kotti & Co und ihre Forderungen lange Zeit nicht akzeptiert. Die daraus resultierenden Konflikte wurden über politischen Protest, insbesondere durch die Initiierung des Mietenvolksentscheids Berlin, ausgetragen, über den gezielt Druck aufgebaut wurde. Die Initiative erarbeitete sich durch die Aneignung eigenen Fachwissens und die Einbindung von Wissenschaftler*innen die notwendige Voraussetzung der Legitimation, um ihre Anliegen erfolgreich in den politischen Prozess einzubringen. Mit dem Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung (Berliner Wohnraumförderungsgesetz) hat die Initiative einige ihrer Ziele erreicht.

Bei der Initiative Bundesplatz zeigt sich zwar partiell eine gute Zusammenarbeit mit der Schirmherrschaft und Unterstützung des Landes bei der Realisierung des Projekts „Paradies Bundesplatz“. Die Konflikte zwischen der Initiative und der zuständigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz sind dagegen in der komplizierten Aufgabenteilung bei Fragen der Verkehrsplanung sowie der langwierigen Umsetzung politischer Zusagen begründet. Diese Konflikte wurden über Instrumente der parlamentarischen Kontrolle (Kleine Anfragen aus der Bezirksverordnetenversammlung, Einfordern von Akteneinsicht) ausgetragen.

Haus der Statistik

Die Initiative Haus der Statistik hat den Bezirk Mitte durch die frühzeitige Einbindung von Schlüsselpersonen wie den ehemaligen Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke und den derzeitigen Baustadtrat Ephraim Gothe für ihr Anliegen gewonnen. Das Konzept des Hauses wurde von der Initiative erarbeitet („Wir haben es regelrecht für den Bezirk erstellt“, Florian Schmidt, Pressesprecher Haus der Statistik), auf dem kurzen Dienstweg per Telefon mit dem Bezirksbürgermeister abgestimmt („Das habe ich so noch nicht erlebt“, Florian Schmidt) und dann gemeinsam der Öffentlichkeit vorge-

stellt. Die Bezirksverordnetenversammlung hat sich dann im Dezember 2015 für die Umsetzung des Konzepts ausgesprochen.

Allerdings zeigen sich auf Bundesebene (Bindung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben an die wirtschaftliche Veräußerung des Liegenschaftsvermögens) sowie auf Landesebene (Präferenz der Senatsverwaltung für Finanzen für eine Nutzung des Grundstücks als Verwaltungsstandort) konkurrierende Interessen. Konkurrierende Interessen zeigen sich auch auf Landesebene zwischen finanzpolitischen und stadtentwicklungspolitischen Positionen.⁹ Immerhin ist es den Unterstützer*innen der Initiative gelungen, ihr Anliegen in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen zu verankern: „Das Haus der Statistik wird als Ort für Verwaltung sowie Kultur, Bildung, Soziales und Wohnen entwickelt. Die Koalition beabsichtigt, das Haus in Landeseigentum zu überführen. Es soll ein Projekt mit Modellcharakter entstehen, indem neue Kooperationen und eine breite Mitwirkung der Stadtgesellschaft sichergestellt werden“ (Koalitionsvereinbarung des Berliner Senats 2016).

Willkommensinitiativen

Das Engagement für Flüchtlinge in Berlin ist nicht nur durch etablierte Organisationen wie Arbeiterwohlfahrt, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie und Caritas, sondern auch durch zahlreiche spontane Helfergruppen und Willkommensinitiativen geprägt. Das Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) stand dabei häufig im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit und Kritik und wurde bundesweit als Beispiel für Staats- und Behördenversagen präsentiert. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Verwaltungen und zivilgesellschaftlichen Gruppen in Berlin ist durch eine große Varianz gekennzeichnet, wobei insbesondere die Situation am LAGeSo die Tendenz zur „konfrontativen Kooperation“ (Speth/Becker 2016) zwischen Initiativen und Behörden verstärkt hat.

Die Beziehungen zwischen den Willkommensinitiativen Hellersdorf hilft und Willkommen im Westend zur Bezirkspolitik und -verwaltung gestalten sich unterschiedlich. Während Hellersdorf hilft anfangs eine Pionierrolle in einer eher schwächer entwickelten Zivilgesellschaft zugeschrieben wurde, welche angesichts der Eskalation von Konflikten rund um die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften mit hohen Erwartungen von Bezirkspolitik und -verwaltung an die Initiative verbunden war, konnte sich Willkommen im Westend auf einen starken Rückhalt in der Bevölkerung, eine erfolgreiche Vernetzungsstrategie sowie eine parteiübergreifende Unterstützung maßgeblicher Bezirkspolitiker*innen verlassen.

Hellersdorf hilft konnte und wollte – aufgrund seiner Ausrichtung, Personalsituation und Vernetzungsstrategie – die Erwartungen des Bezirks nicht erfüllen, sodass das Verhältnis zwischen Kommune und Initiative inzwischen eher von wechselseitiger Distanz und Ernüchterung geprägt ist. Der Bezirk setzt seine Hoffnung derweil auf das bezirklich initiierte Bündnis für Demokratie und Toleranz, das Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zusammenführen soll, um Rechtsextremismus, Rassismus und anderen gruppenbezogenen Vorurteilen entgegenzuwirken. Dagegen hat sich Willkommen im Westend zu einem angesehenen Kooperationspartner auf Augenhöhe für Bezirkspolitik und -verwaltung entwickelt, der in verschiedene Runde Tische und Vernetzungsrunden einge-

⁹ Das Konzept der Senatsverwaltung für Finanzen zu einer „Transparenten Liegenschaftspolitik“ aus dem Jahr 2010, das nicht zuletzt auf Betreiben von zivilgesellschaftlichen Akteuren wie StadtNeudenken zurückgeht, bietet der Initiative Haus der Statistik allerdings wichtige Anknüpfungspunkte, da es eine stärkere Berücksichtigung von wirtschafts-, wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Zielen vorsieht.

bunden ist. Der Bezirk unterstützt zudem das innovative Projekt Ulme 35 – Raum für Integration und Kreativität des Vereins InterK(ult)urAnstalten Westend, eine Ausgründung von Willkommen im Westend.

Auf Landesebene haben sich die Willkommensinitiativen immer wieder mit offenen Briefen und öffentlichen Stellungnahmen zu den katastrophalen Zuständen am LAGeSo, mit Forderungen zur Auflösung von Verträgen mit umstrittenen Betreiberfirmen sowie zur Flüchtlingspolitik in der Stadt eingemischt. Während Willkommen im Westend hier eine führende Rolle zukam, hat Hellersdorf hilft sich weitgehend auf die Situation im Bezirk Marzahn-Hellersdorf beschränkt. Willkommen im Westend hat zudem eine aktivierende und koordinierende Rolle beim Verfassen einer gemeinsamen Stellungnahme der Willkommensinitiativen zum Entwurf des „Masterplan Integration und Sicherheit“ gespielt, die zumindest einige Verbesserungen ermöglicht hat. Der überbezirkliche Gestaltungs- und Mitwirkungsanspruch ist bei Willkommen im Westend sehr viel stärker als bei Hellersdorf hilft ausgeprägt, wobei offen bleibt, inwieweit es der Initiative gelingen wird, sich langfristig Gehör zu verschaffen.

6.6. Wirkungen

Die untersuchten Akteure treten mit umfänglichen Zielen an; vor allem möchten sie „Alternativen“ zu gängigen Logiken der Stadtentwicklung aufzeigen und verwirklichen oder die Einhaltung sozialer Standards einfordern – ob im Umgang mit Geflüchteten oder anderen unterprivilegierten Gruppen in der Stadt. Aber die Wirkungen sind unterschiedlich und es gelingen ihnen kaum strukturelle Veränderungen und Erfolge.

Das Mobilisierungspotenzial für lokale Anliegen hat sich in den letzten Jahren stark erhöht. Aus der Stadtgesellschaft heraus werden immer häufiger Ideen formuliert und Wege gesucht und gefunden, diese im politischen Raum zu artikulieren. In einer vielfältigen Landschaft von informellen bis professionellen Initiativen gelingt es, städtische Anliegen öffentlich zu platzieren und in politische Aushandlungsprozesse einzubringen. Durch öffentliche Aufmerksamkeit und politischen Druck werden so regelmäßig partielle Erfolge erreicht, wenn Forderungen und Impulse der Initiativen von Politik und Verwaltung aufgenommen werden.

Die dabei in den letzten Jahren erreichten Veränderungen reichen bis in die Ebene der Landesgesetzgebung. Kotti & Co gelang dies beispielsweise gemeinsam mit verbündeten Initiativen im Fall des Mietenvolksentscheids, dessen Forderungen zu großen Teilen vom Senat aufgegriffen und in ein Gesetz zur Reformierung des sozialen Wohnungsbaus in Berlin aufgenommen wurden. Akteuren wie StadtNeudenken aus dem Gründungsumfeld der Initiative Haus der Statistik war es zuvor schon gelungen, eine stärkere Berücksichtigung von wirtschafts-, wohnungs- und stadtentwicklungspolitischen Zielen – neben den fiskalischen Interessen – im Konzept einer transparenten Liegenschaftspolitik zu verankern.

Auch unterhalb der Ebene legislativer Veränderungen gelang es den betrachteten Initiativen, Forderungen umzusetzen. In allen untersuchten Fällen gestalten die Initiativen nicht nur theoretisch, sondern auch in der Praxis Orte nach den Vorstellungen der Nutzer*innen und entsprechend ihrer (sozialen) Belange – im kleinen oder großen Maßstab: Ob im Gecekondu und den Sozialwohnungen am Kottbusser Tor, der Umgestaltung und verkehrsplanerischen Veränderung am Bundesplatz, dem Pilotprojekt der ZUSAMMENKUNFT der Initiative Haus der Statistik, der Ulme 35 – Raum für Integration und Kreativität des Vereins InterK(ult)urAnstalten im Westend oder dem LaLoka in Hellersdorf. Viele Akteure haben sich einen festen Platz im politischen Prozess erkämpft, beispielsweise wenn Will-

kommen im Westend im Bezirk einen gemeinsamen Runden Tisch zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen initiiert oder viele Initiativen sich als Expert*innen in politischen Gremien einbringen.

Das formelle stadtpolitische System entwickelt sich jedoch trotz solcher Erfolge strukturell kaum in Richtung einer erhöhten Durchlässigkeit. Die Möglichkeiten und Erfolge der Stadtmacher*innen sind nicht Produkt einer partizipativen Stadtpolitik, die politische Entscheidungs- und Gestaltungsmacht an die Stadtgesellschaft abgibt, sondern werden mühsam erkämpft mit den althergebrachten Mitteln politischen Drucks, öffentlicher Aufmerksamkeit, „mächtiger“ Partner oder den Werkzeugen direktdemokratischer Verfahren. Ohne diese Mittel öffnen sich für Stadtmacher*innen auch weiterhin kaum neue Möglichkeitsräume. Eine partizipative Stadtentwicklung, die Potenziale „von unten“ nicht nur als „Ventil“ oder für die Umsetzung ohnehin wünschenswerter Stadtgestaltung einsetzt, müsste vielfältige Gestaltungsspielräume eröffnen und feste Foren für entsprechende Aushandlungen zulassen.

Die zunehmende Artikulation stadtesellschaftlicher Interessen trägt dennoch dazu bei, Strukturen lokaler Demokratie zu stärken. Vor allem die starken und belastbaren, im Verlauf der Zeit ausgeprägten Netzwerkstrukturen bilden eine Ressource, auf die Stadtmacher*innen in künftigen politischen Aushandlungen zurückgreifen können – in ihrer horizontalen wie auch vertikalen Dimension. Einerseits sind viele Initiativen inzwischen als Expert*innen bekannt und schöpfen durch ihre anerkannte Arbeit die Legitimation, Teile der Stadtgesellschaft zu repräsentieren. Andererseits kennen auch die Beteiligten in den Initiativen selbst nun die richtigen Ansprechpartner*innen, wissen, wer wofür zuständig ist, wo welches Expertenwissen verfügbar ist und wer welche Interessen verfolgt.

6.7. Politisierung und Visionen

Im Hinblick auf die demokratischen Wirkungen ist auch die breite Politisierung relevant, die sich aus dem Engagement für viele Beteiligte ergibt. Am Beispiel der untersuchten Stadtentwicklungsakteure und Willkommensinitiativen zeigt sich, wie sich die Motive und das Handeln der Initiativen verändern. Die untersuchten Initiativen treten zunächst alle mit konkreten Anliegen und Zielen in der Stadtgesellschaft auf, welche sich vorrangig auf die (soziale oder materielle) Gestaltung eines spezifischen Raumes oder Umfelds beziehen. Durch die Auseinandersetzung mit Themen, die diese Arbeit und Ziele betreffen, werden sie dabei jedoch mit übergeordneten, strukturellen Problemlagen konfrontiert. Da diese auch für die Bewältigung der eigenen konkreten Herausforderungen relevant sind, nehmen sich die Akteure dieser im Laufe ihrer Arbeit an und versuchen so Veränderungen auf unterschiedlichen strukturellen und politischen Ebenen herbeizuführen. In diesem Prozess politisieren sich die Akteure zunehmend und entwickeln übergeordnete Lösungsvorschläge, Zukunftsvisionen und konkrete „Alternativen“ zu gängigen Logiken. Der Fokus der Initiativen und ihrer Mitglieder wendet sich dabei zunehmend von der Gestaltung des lokalen Ortes bzw. der Suche nach Lösungen für konkrete Problemstellungen (z.B. die Gestaltung eines öffentlichen Platzes wie dem Bundesplatz, Schaffung bezahlbaren Wohnraums bei Kotti & Co, Umsetzung eines integrativen Kreativ- und Wohnprojekts im Haus der Statistik oder Hilfe für Geflüchtete bei den Willkommensinitiativen) hin zu übergeordneten gesellschaftlichen Fragen und den diesen zugrundeliegenden Ursachen (z.B. der Kritik an autogerechter Stadt, Forderung nach sozialem Wohnen, einer veränderten Liegenschaftspolitik, städtischer Partizipation oder Empowerment und Inklusion von Geflüchteten).

Durch diese Fokuserweiterung stehen viele Initiativen vor der Herausforderung, das konkrete Anliegen vor Ort mit dem Engagement für das „große Ganze“ zu verknüpfen. Den Initiativen gelingt in der alltäglichen Arbeit der Spagat zwischen den unterschiedlichen Interessen ihrer Mitglieder vor allem

durch die Einbindung und Wertschätzung aller Beteiligten. Flache Hierarchien und gegenseitiger Austausch sorgen für einen gelingenden Binnentransfer politischer Zukunftsvisionen. Insbesondere der Vermittlung zwischen den Interessenlagen unterschiedlicher Reichweite kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Die Initiativen begegnen dieser Herausforderung durch die Anpassung der internen Strukturen, die unterschiedliche Interessenlagen ihrer Mitglieder abbilden (z.B. Einrichtung von themenbezogenen Arbeitsgruppen) und die es den Initiativen erlauben, zeitgleich auf mehreren Ebenen zu wirken. Durch die gleichzeitige Arbeit an konkreten Problemstellungen und übergeordneten Zielen können darüber hinaus weitere Akteure und Initiativen in die eigene Arbeit einbezogen und Visionen erarbeitet werden, die eine breite gesellschaftliche Akzeptanz finden.

Durch den Prozess der Politisierung und Entwicklung von Visionen erweitern sich die Schwerpunkte und Ziele der Initiativen. Durch die damit einhergehende Vergrößerung des Handlungsfeldes können sie langfristiges Engagement generieren und binden. Daraus folgt auch, dass die langfristige Wirksamkeit der Initiativen vor allem davon abhängt, ob es den Akteuren während der Dauer ihres Bestehens gelingt, weitergehende politische Visionen zu entwickeln und sich damit übergeordnete und weiterführende Arbeitsfelder zu erschließen.

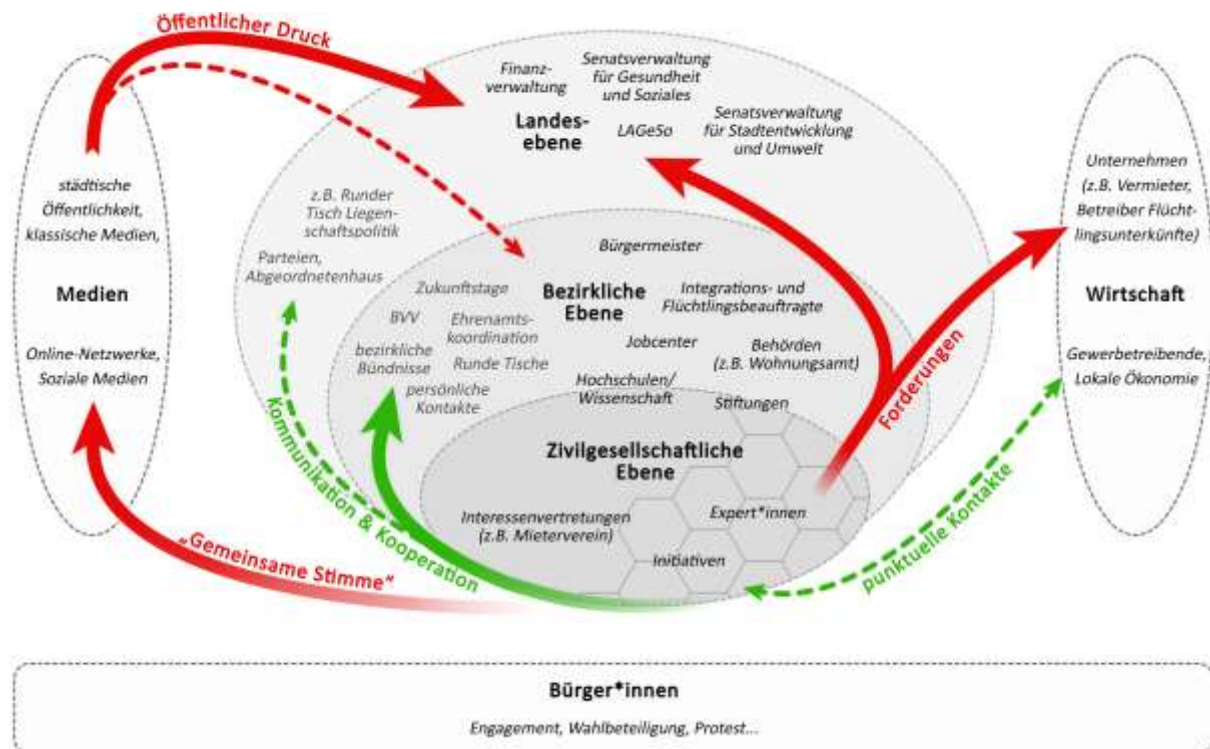


Abbildung 8: Schaubild der politischen Aushandlungspfade der untersuchten zivilgesellschaftlichen Initiativen (Quelle: Eigene Darstellung).

Literatur

- Ahrens, Petra-Angela 2016: Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016. Hannover: Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).
- Albrech, Joachim/Fink, Philipp/Tiemann, Heinrich 2016: Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Altrock, Uwe/Bertram, Grischa (Hg.) 2012: Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Bielefeld: transcript.
- Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2016: Bevölkerungsstand – Lange Reihen. Online verfügbar unter: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/statistiken/langereihen.asp?Ptyp=450&Sageb=12015&creg=BBB&anzwer=6> (zuletzt eingesehen am 09.09.2016).
- Aumüller, Jutta 2016: Flüchtlingszuwanderung und bürgerschaftliches Engagement. In: betrifft: Bürgergesellschaft 42. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Demokratie.
- Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin 2008: Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland. Berlin: Edition Parabolis.
- Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine 2015: Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64045.asp> (zuletzt eingesehen am 06.09.2016).
- Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank 2014: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Abschlussbericht zum Forschungs-Praxis-Projekt. Darmstadt: Schader-Stiftung.
- Aumüller, Jutta/Luchmann, Christian/Seidel, Alexander/Thal, Tom/Walz, Susanne 2016: Stadtmacher*innen – Zur neuen Vielfalt von intermediären Stadtentwicklungsakteuren. Zwischenbericht zur Explorationsstudie im Auftrag des Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung (vhw). Berlin.
- Beck, Sebastian 2015: Stadtentwicklung mit der Netzwerkgesellschaft. Zur Renaissance intermediärer Akteurslandschaften. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2015. S. 231-235.
- Beck, Sebastian 2016: Die Flüchtlingskrise als Renaissance der Bürgergesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29/4, S. 101-106.
- Beck, Sebastian/Schnur, Olaf 2016: Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung. Berlin: Jovis.
- Beck, Sebastian/Kriemann, Martin/Luchmann, Christian 2017: Stadtmacher und Stadtmacherinnen. Bürgergesellschaft zwischen Government und Urban Governance. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung (i.E.).

- Becker, Carsten/Klie, Thomas et al. 2016: Wissenschaftliche Begleitung und Analyse der Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements in acht Berliner Bezirksregionen. Freiburg i. Br./Berlin/Potsdam: Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH und Zentrum für zivilgesellschaftliche Forschung (zze) im FIVE e.V. in Kooperation mit medienlabor GmbH.
- Becker, Elke/Gualini, Enrico/Runkel, Carolin/Graf Strachwitz, Rupert (Hg.) 2010: Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart: Lucius Et Lucius.
- Benhabib, Seyla 2008: Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (Hrsg.) 2007: Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berner, Laura/Holm, Andrej/Jensen, Inga 2016: Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems. Eine Fallstudie in Berlin. Berlin: Humboldt Universität, Fakultät für Sozialwissenschaften, Stadt- und Regionalsoziologie.
- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf (Hg.) 2016: Nachhaltige Mobilität in attraktiven Quartieren. Paradies Bundesplatz 2030+. Online verfügbar unter http://de.ceunet.org/wp-content/uploads/2016/06/Dokumentation_Zukunftsstadt_Bundesplatz_Phase1_2016_web.pdf (zuletzt eingesehen am 30.01.2017).
- Bochum, Ulrich/Butler, Jeffrey/Kohlmeyer, Klaus/Odenwald, Stephanie 2016: Soziale Spaltungen in Berlin. Hamburg: VSA.
- Breidenstein, Georg/Hirschauer, Stefan/Kalthoff, Herbert/Nieswand, Boris 2013: Ethnographie: Die Praxis der Feldforschung. Konstanz: UVK.
- Colomb, Claire 2012: Staging the New Berlin. Place Marketing and the Politics of Urban Reinvention Post-1989. London/New York: Routledge.
- Dangschat, Jens 2013: Stadt(teil)entwicklung zwischen Gentrification und „Renaissance“. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 4/2013. S. 171-174.
- Diani, Mario 2015: The Cement of Civil Society. Studying Networks in Localities. New York: Cambridge University Press.
- Die Landeswahlleiterin für Berlin 2016: Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen 2016, Marzahn-Hellersdorf. Online verfügbar unter https://www.wahlen-berlin.de/wahlen/be2016/afspraes/bvv/uebersicht_listenwahl_bezirk-10-marzahn-hellersdorf_gesamt.html (zuletzt eingesehen am 23.01.2016).
- Drewes, Sabine/Stöckel, Michael 2015: Was Berlin aus seiner Beteiligungskultur macht. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung. Online verfügbar unter: <https://www.boell.de/de/2015/07/01/was-berlin-aus-seiner-beteiligungskultur-macht> (zuletzt eingesehen am 09.09.2016).
- Drilling, Matthias/Schnur, Olaf (Hg.) 2009: Governance der Quartiersentwicklung. Theoretische und praktische Zugänge zu neuen Steuerungsformen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Elias, Norbert 1996 [1970]: Was ist Soziologie? 8. Auflage. Weinheim/München: Juventa.
- Esser, Hartmut 2000: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 5: Institutionen. Frankfurt am Main: Campus.

- Fehren, Oliver 2008: Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz. Berlin: edition sigma.
- Fehren, Oliver 2015: Amphibische Wesen: Die intermediäre Anreicherung des Quartiersmanagements. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2015. S. 251-254.
- Ferguson, Francesca/Urban Drift Projects (Hg.) 2014: Make_Shift City. Die Neuverhandlung des Urbanen. Berlin: Jovis.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland 2016: Kommunale Flüchtlings- und Integrationspolitik: Ergebnisse einer Umfrage in Städten, Landkreisen und Gemeinden. Zeitraum der Befragung: 25. Januar 2016 bis 5. März 2016. Berlin: DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration.
- Gribat, Nina/Langguth, Hannes/Schulze, Mario 2015: „Make-Shift-Urbanismus“ in den Zeiten einer „Absoluten Gegenwart“? Auf den Spuren städtischer Praktiken um das Ostkreuz in Berlin. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Bd. 3, H. 2. S. 111-124.
- Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Gornig, Martin 2008: Desintegration und soziale Kohäsion in Berlin. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Hamann, Ulrike/Karakayalı, Serhat/Wallis, Mira/Höfler, Leif Jannis 2016: Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Güterloh: Bertelsmann Stiftung.
- Heeg, Susanne 1998: „Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung“. Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, H. 110, 28. Jg., Nr. 1. S. 5-23.
- Hess, Sabine/Lebuhn, Henrik 2014: Politiken der Bürgerschaft. Zur Forschungsdebatte um Migration, Stadt und citizenship. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung, Bd. 2, H. 3. S. 11-34.
- Initiative Bundesplatz e. V. 2015: Orientierung im Paradies – wo ist was im Paradies Bundesplatz? Online verfügbar unter <http://www.initiative-bundesplatz.de/2015/10/orientierung-im-paradies-wo-ist-was-im-paradies-bundesplatz/> (zuletzt eingesehen am 14.01.2017).
- Initiative Bundesplatz e. V. 2016: Informationen zum Verein. Online verfügbar unter <http://www.initiative-bundesplatz.de/verein/> (zuletzt eingesehen am 08.02.2017).
- Initiative Haus der Statistik 2017: Akademie der ZUSammenKUNFT. Online verfügbar unter <https://hausderstatistik.org/akademie/> (zuletzt eingesehen am 20.01.2017).
- Jähn, Steffen 2016: Direkte Demokratie als Konkurrenz zur Politik der Parteien? Eine akteurszentrierte Analyse des Tempelhof-Volksentscheids 2014. In: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung 5/2016. S. 254-258.
- Karakayalı, Serhat/Kleist, J. Olaf 2015: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.
- Karakayalı, Serhat/Kleist, J. Olaf 2016: Strukturen und Motive der Flüchtlingsarbeit in Deutschland (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage November/Dezember 2015. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

- Koalitionsvereinbarung des Berliner Senats 2016: Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen. Koalitionsvereinbarung zwischen Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) Landesverband Berlin und DIE LINKE Landesverband Berlin und BÜNDNIS 90/Die Grünen Landesverband Berlin für die Legislaturperiode 2016-2021. Berlin.
- Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement 2016: Flüchtlinge in Berlin. Fakten Zugangslage Flüchtlinge, Stand: 10.5.2016. Online verfügbar unter <https://www.berlin.de/fluechtlinge/infos-zu-fluechtlingen/fakten/artikel.436797.php> (zuletzt eingesehen am 22.11.2016).
- Mackrodt, Ulrike 2015: Cui bono? Die Pioniernutzungen auf dem Tempelhofer Feld in Berlin zwischen Partizipation, Stadtmarketing und Protest. In: Othengrafen, Frank/Sondermann, Martin (Hg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen (= Reihe Planungsrundschau Nr. 23). Berlin: Verlag Uwe Altröck. S. 277-302.
- Make City 2015: Über das Festival. Urbane Ressourcen neu aufgelegt. Online verfügbar unter <http://makecity.berlin/about-make-city/> (zuletzt eingesehen am 30.01.2017).
- Mietenvolksentscheid e.V. 2017: Problemlage und Handlungsbedarf – Die Berliner Wohnungsnot. Online verfügbar unter <https://mietenvolksentscheidberlin.de/hintergruende-2/problemlage-und-handlungsbedarf/> (zuletzt eingesehen am 12.01.2017).
- Mietergemeinschaft Kotti & Co/berliner bündnis sozialmieter.de/Selbstuniversität e.V. (Hg.) 2014: Nichts läuft hier richtig! Informationen zum Sozialen Wohnungsbau in Berlin.
- Pinl, Claudia (2015): Ehrenamt statt Sozialstaat? Kritik der Engagementpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015. S. 49-54. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Ring, Kristien/AA Projects/Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hg.) 2013: Selfmade City. Berlin: Stadtgestaltung und Wohnprojekte in Eigeninitiative. Berlin: Jovis.
- Schneider 2004: Politiknetzwerke und die Steuerung komplexer Gesellschaften. Online verfügbar unter https://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Schneider/ePapers/V_S_PudSkG.pdf (zuletzt abgerufen am 04.02.2017).
- Schuppert, Gunnar Folke 2006: Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Baden-Baden: Nomos.
- Schuppert, Gunnar Folke 2015: Governance by Communication. In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 3/2015, S. 132-135.
- Schwalb, Lilian/Walk, Heike (Hg.) 2007: Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Seidel-Schulze, Antje/Dohnke, Jan/Häußermann, Hartmut 2012: Segregation, Konzentration, Polarisierung – Sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Selle, Klaus 2013: Über Bürgerbeteiligung hinaus. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold: Dorothea Rohn.
- Selle, Klaus 2016: Kommunikative Interdependenzgestaltung in Prozessen der Stadtentwicklung. Eine Geschichte der Entdeckungen. Teil 1: Alle im Blick? Wie die Fachleute des Planens und Entwickelns der Akteursvielfalt gewahr wurden. In: pnd|online II/2016.

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015a: BerlinStrategie. Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030. Online verfügbar unter http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungskonzept/download/strategie/BerlinStrategie_de_PDF.pdf (zuletzt eingesehen am 09.09.2016).
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2015b: Einigung mit der Initiative Mietenvolksentscheid. Pressemitteilung vom 19.08.15. Online verfügbar unter http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1508/nachricht5713.html (zuletzt eingesehen am 12.01.2017).
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2016a: Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015 - 2030. Online verfügbar unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/> (zuletzt eingesehen am 09.09.2016).
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2016b: Stadtforum Berlin: Positionen zur Stadtentwicklung. Online verfügbar unter <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtforum/> (zuletzt eingesehen am 09.09.2016).
- Speth, Rudolf/Becker, Elke 2016: Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen. Berlin: Maecenata Institut.
- Straßheim, Holger 2011: Einflussreich und konfliktgeladen. Netzwerken zwischen öffentlichen Verwaltungen. In: WZB Mitteilungen 131, S. 27-29.
- Straßheim, Holger/Oppen, Maria 2006: Lernen in Städtenetzwerken. Kooperation – Konflikte – Kompetenzentwicklung. Berlin: edition sigma.
- Stiftung Mitarbeit (Hg.) 2010: Freiwilliges Engagement für Flüchtlinge und von Flüchtlingen. Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Think Berlin 2015: Paradies Bundesplatz. Online verfügbar unter <http://www.think-berlin.de/tag/paradies-bundesplatz/> (zuletzt eingesehen am 13.01.2017).
- Tonkiss, Fran 2013: Austerity urbanism and the makeshift city. In: City, 17:3. S. 312-324.
- Walter, Andreas 2017: Administrative Governance. Kommunalverwaltung in lokaler Politikgestaltung mit Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- Wikimedia 2017: Mietenvolksentscheid Berlin. In: Wikipedia, online verfügbar unter https://de.wikipedia.org/wiki/Mietenvolksentscheid_Berlin (zuletzt abgerufen am 12.01.2017).
- Wilkens, Andreas 2016: 25.000 Chromebooks für Geflüchtete in Deutschland. In: Heise Online, 25.01.2016. Verfügbar unter <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Google-25-000-Chromebooks-fuer-Fluechtlinge-in-Deutschland-3083726.html> (abgerufen am 30.01.2017).
- Willems, Herbert 2011: Figurationssoziologie und Netzwerkansätze. In: Stegbauer, Christian/Häußling, Roger (Hg.): Handbuch Netzwerkforschung. Wiesbaden: Springer VS. S. 255-268.
- Willkommen im Westend 2015: Rede zum Integrationspreis für die Initiativen in Charlottenburg-Wilmersdorf. Online verfügbar unter <http://willkommen-im-westend.de/?p=1474> (zuletzt abgerufen am 30.01.2017).

Anhänge

Anhang A: Kurzprotokoll Gruppendiskussion Willkommensinitiativen	84
Anhang B: Kurzprotokoll Gruppendiskussion Ehrenamtskoordination	89
Anlage 1: Auszug aus dem Betreibervertrag zwischen LAGeSo und Unterkünften.....	93
Anlage 2: Auszug aus der Leistungs- und Qualitätsbeschreibung zum Betreibervertrag	94
Anhang C: Übersicht der Gesprächspartner*innen.....	95

Anhang A – Kurzprotokoll Gruppendiskussion Willkommensinitiativen

- Zeit: 24.11.2016, 18:30 bis 21:00 Uhr
- Gesprächsleitung: Dr. Frank Gesemann (DESI)
- Protokoll: Lina Thal (DESI)
- Teilnehmende:
- Diana Henniges (Moabit hilft)
 - Amei von Hülsen-Poensgen (Willkommen im Westend)
 - Christian Lüder (Berlin hilft)

1. Identität und Wandel der Willkommensinitiativen

Die Identität einer Initiative lässt sich nicht von außen bestimmen, somit fällt es schwer, allgemeingültige Aussagen zu treffen. Festzuhalten ist aber, dass die Identität einem ständigen Wandel unterworfen ist.

Diana Henniges beschreibt in Anlehnung an ihre Kollegin Christiane Beckmann die Unterschiede zwischen den Initiativen wie folgt: „Es gibt die Leute, die eher Kuchen backen wollen und im Stillen Geflüchteten einfach helfen wollen, und dann gibt es die klassischen Unterstützer, die bei Behörden-gängen, Patenschaften etc. helfen und sich vielleicht auch gar nicht irgendeiner Organisation zugehörig fühlen, aber sie als unterstützende Leistung sehen. Und dann gibt es die Bewegung“. Bei Letzterer geht es darum, die Zivilgesellschaft zu aktivieren mit dem Ziel, eine politische Wende herbeizuführen.

Die Identität von *Moabit hilft* zeichnet sich laut Diana Henniges dadurch aus, dass die vier bis fünf Schlüsselpersonen alle aus unterschiedlichen „radikal politischen“ Ecken stammen und sich bei dem Thema Geflüchtete zusammengefunden haben. Berlinweit gilt *Moabit hilft* als „zickigste Initiative“, die im Gegensatz zu anderen weitaus kompromissloser auftritt, was sich z.B. dadurch zeigt, dass boulevard-journalistischen Zeitungen Interviews verweigert werden oder man sich nicht auf Dialoge mit der Alternative für Deutschland (AfD) einlässt.

Durch das Engagement vieler junger Geflüchteter ist der Altersdurchschnitt im Laufe der Zeit deutlich gesunken. Momentan umfasst die Initiative 39 aktive Mitglieder, mit jeder Versammlung steigt aber die Mitgliederzahl.

Die Identität von *Willkommen im Westend* hingegen unterscheidet sich deutlich von *Moabit hilft*. „Willkommen im Westend ist schon ein sehr bürgerlicher Club“ (Amei von Hülsen-Poensgen). Auch die Altersstruktur zeichnet sich durch eher Ältere, Mitglieder örtlicher Kirchengemeinden unterschiedlicher Konfessionen und einen erheblichen Anteil von Alt-68ern aus, welche sich bereits aus anderen Zusammenhängen wie der Friedensbewegung kannten. Generell beschreibt Amei von Hülsen-Poensgen *Willkommen im Westend* als viel „systemerhaltender“ als andere Initiativen.

Als spannend erachten die Diskussionsteilnehmer*innen, dass es unabhängig von der jeweiligen Identität der Initiativen eine Einheit bei den grundsätzlichen Fragen des menschenwürdigen Umgangs mit Geflüchteten besteht.

Die meisten der Initiativen sind keine reinen Willkommensinitiativen. Ihr Engagement richtet sich über Geflüchtete hinaus an alle „auf politischer Ebene sozial Benachteiligten“. Beispielsweise kommen Gelder und Sachspenden auch der Obdachlosenhilfe zugute, auch weil insbesondere der Fami-

liennachzug von Geflüchteten zu einem „Verdrängungswettbewerb bei der Unterbringung führt“. *Moabit hilft* sieht dies durchaus auch als politisches Statement gegen rechts: „Natürlich kümmern wir uns auch um die Obdachlosen – was macht ihr denn so?“

2. Institutionalisierung

Für eine Vereinsgründung gibt es für Christian Lüder zwei Gründe. Erstens geht es darum, eine relativ große Anzahl von Mitgliedern zu organisieren. Zweitens, und das ist zumeist Hauptgrund, wird der Erhalt von (Spenden-)Geldern angestrebt, wofür die Gemeinnützigkeit gebraucht wird, was die Wahl der Organisationsform erheblich einschränkt. Da die Gründung einer (gemeinnützigen) gGmbH wesentlich aufwendiger ist, wird sich häufig für den Verein entschieden. „Das ist so eine Hassliebe“ (Christian Lüder).

Der ursprüngliche Plan von *Willkommen im Westend* war es, einen Dachverband für Graswurzelbewegungen in Charlottenburg-Wilmersdorf zu gründen, doch auch hier ist man an der Gemeinnützigkeit gescheitert, sodass man sich jetzt im Prozess der Vereinsgründung befindet. Amei von Hülsen-Poensgen befürchtet dabei insbesondere den Verlust einer spontanen Reaktionsfähigkeit. Christian Lüder ergänzt: „Du hast da auf einmal Diskussions- und Streitebenen, die völlig neu sind“. Dabei geht es z.B. um Themen wie Personalien (Wahl des Vorstandes, Kassenwartes etc.), aber auch um das Einigen auf eine Satzung.

Amei von Hülsen-Poensgen bedauert, dass es nicht möglich ist, die Vereinsgründung als Service für andere Initiativen zu gestalten, um einer „Verschwendung von Energie, Zeit, Ressourcen“, die immer mit einer Vereinsgründung einhergehen, entgegen zu wirken, da jeder einzelnen Initiative die Gemeinnützigkeit bescheinigt werden muss.

Die Vereinsgründung von *Moabit hilft* fand im Januar 2016 statt. Heute haben sich Prozesse eingespült; „auch mit einem Verein ist man handlungsfähig“ (Diana Henniges). Als positiv erlebt sie die geklärten finanziellen Verhältnisse, negativ jedoch sieht sie, dass nun der Verein haftbar gemacht werden kann für die Aussagen von Einzelpersonen, was auch der Grund war, weshalb man ursprünglich keinen Verein gründen wollte.

„Am Ende des Tages wird das alles wahrscheinlich nicht so dramatisch sein“ (Amei von Hülsen-Poensgen), „wir verändern uns permanent“. Es werden immer wieder neue Herausforderungen auftauchen, denen man sich anpassen werden muss.

3. Veränderung der Arbeit mit Geflüchteten

„Die ganze Arbeit hat sich verändert und wird sich weiter verändern und sie wird sich vor allem verkomplizieren und nicht vereinfachen“ (Diana Henniges). Sie umfasst nicht mehr nur die Erstversorgung, sondern insbesondere auch die weitaus zeitintensivere Einzelbetreuung. Auch werden die Folgen des Handelns dramatischer, es kursieren viele Falschinformationen und das ohnehin schon sehr umfangreiche Wissen ändert sich ständig. Für einen adäquaten Umgang mit der Situation braucht es Professionalisierung und Spezialisierung, die sich sowohl quer, als auch entlang der Initiative ziehen.

Folgen einer Spezialisierung können „Wissensneid“ (Diana Henniges), aber auch die Übernahme der Ehrenamtlichen durch etablierte Träger sein. Ersterer entsteht durch die fehlende Transparenz, an wen man sich in verschiedenen Problemlagen wenden kann. „Das sind vielleicht zehn Leute in der Stadt, die das wissen“ (Amei von Hülsen-Poensgen). Ein Wissenstransfer an alle beteiligten Helferstrukturen wäre dringend notwendig.

Die zweite mögliche Folge, die Übernahme der Ehrenamtlichen durch Träger, wird von den Initiativen als positive Entwicklung und als Chance aufgefasst, für das, was sie ohnehin schon tun, nun auch bezahlt zu werden.

4. Politisierung

Christian Lüder von *Berlin hilft* hatte nie den Drang nach politischer Veränderung, meint aber: „Natürlich sind die Aussagen und die Dinge, die man als Anspruch formuliert, letztendlich politisch“. Für ihn ist die Forderung der menschenwürdigen Unterbringung viel mehr eine zwingende Notwendigkeit aus Sicht der Humanität als ein politischer Vorwurf.

Aus Sicht von Diana Henniges ist allein das Schaffen von Transparenz durch zur Verfügung stellen von Informationen ein politischer Akt, der Menschen ermöglicht, ihre eigenen Rechte wahrzunehmen.

Ein entscheidender Effekt der letzten Jahre ist, dass sich Menschen durch das allzeit präsente Thema Geflüchtete und Asyl generell viel stärker mit Themen wie Sozialgesetzgebung oder Asylgesetzen auseinandersetzen. „Und [letztendlich] verzweifeln an diesem Staat“ (Amei von Hülsen-Poensgen).

Chance der Veränderung

Den Prozess der breiten Politisierung, oder zumindest des Wahrnehmens von Problemen in Politik und Verwaltung, beschreibt Christian Lüder als Chance. Vielen Menschen ist klar geworden, dass Verwaltungsstrukturen nicht auf solche Massen ausgelegt sind, ein Nachjustieren aber auch nur sehr träge stattfindet. Viele haben sich zusammengeschlossen und engagiert, was Handlungsdruck aufbaute und so Prozesse ausgelöst hat, die vor zwei Jahren noch nicht möglich gewesen wären. Die Verwaltung bewegte sich auf Neuland, was mit einem „absoluten Spielraum“ (Amei von Hülsen-Poensgen mit Bezug auf eine Mitarbeiterin der Agentur für Arbeit) verbunden gewesen ist. Zeitweilig, etwa im zweiten und dritten Quartal 2015, gab es eine „ganz intensive und eine ganz gute Zusammenarbeit“ (Amei von Hülsen-Poensgen) zwischen Initiativen und Politik und Verwaltung.

5. Aktuelle Situation in Politik und Verwaltung

Momentan lässt sich eine gegenläufige Entwicklung feststellen: „Die Wagenburg geht wieder zu“. Die Verwaltung kehrt zurück zu herkömmlichen Prozessen; Dienstwege und Richtlinien werden wieder strikt eingehalten; es lässt sich wieder das gängige „Ping Pong“ (Christian Lüder) zwischen den einzelnen Behörden beobachten. Der „Gestaltungsspielraum wird jetzt im Moment gerade jeden Tag schon wieder kleiner“ (Amei von Hülsen-Poensgen).

Als einen Grund dafür nennt Diana Henniges den Regierungswechsel, welchem das „lame-duck-Prinzip“ voran geht. Die Politik und Verwaltung sitzen die verbleibende Zeit ab, nichts Neues wird gewagt. Die engagierten Verwaltungsmitglieder, die es durchaus auch gibt, werden zunehmend ausgebremst.

Was grundsätzlich, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, fehlt, ist die Bereitschaft, über den unmittelbaren Verantwortungsbereich hinaus nach Lösungen zu suchen und das, obwohl bei einigen Themenbereichen wie beispielsweise der Unterbringung von Geflüchteten sämtliche Verwaltungsbereiche beteiligt sind. Gespräche mit allen beteiligten Behörden wären notwendig, um „Energien und Effizienzen und unnötige Arbeitsabläufe zu straffen und gegenseitige Behinderung auszuschließen“ (Christian Lüder). Mit dieser Unfähigkeit ist laut Amei von Hülsen-Poensgen auch die Angst verbun-

den, Verantwortung zu übernehmen. „Ich bin jeglicher Illusion beraubt worden, dass wir eine funktionierende demokratische Verwaltungsstruktur haben“ (Diana Henniges).

6. Kooperation mit Verwaltung

„Diese allgemeine Verwaltungsstimmung (...) korrespondiert mit der Bereitschaft, natürlich auch mit uns zu reden“ (Amei von Hülsen-Poensgen). Initiativen sind unbequem, weisen auf Missstände hin und stellen Forderungen. „Wir sind damit ein unheimlicher Stein des Anstoßes, weil wir natürlich einen Handlungsdruck aufbauen“ (Amei von Hülsen-Poensgen).

Die Bezirksebenen sind dennoch „relativ zugänglich“ (Diana Henniges). Da Bezirke oftmals sehr hierarchisch aufgebaut sind, kann man über den Bürgermeister durchaus auch Dinge durchsetzen. Grundsätzlich sind aber die Bezirksbürgermeister*innen selbst desillusioniert und machtlos. Die meisten Angelegenheiten sind Landessache.

„Es ist nicht die Behörde offen (...), es sind Personen offen“ (Diana Henniges). Der Kontakt zu Behörden und dem Abgeordnetenhaus beruht auf persönlichen Kontakten, dem Austausch von Handynummern inklusive. Von jenen Kontakten profitieren nicht nur die Initiativen, auch Personen aus Behörden nehmen die Möglichkeit wahr, wenn etwas von Amtswegen nicht zu regeln ist. Auch dienen die Initiativen als Informationsquelle.

7. Konfliktpotenzial

Im weiteren Sinne ist Geld ein Konfliktpunkt (ein Topf aus Lottomitteln, ein Topf aus Senatsmitteln sowie eingeschränkte Bezirksmittel), Geld, „das aber nicht bei uns ankommt“ (Diana Henniges). Stattdessen gehen die Gelder an altgediente Träger, die wiederum auf die Arbeit der Initiativen angewiesen sind, da diese den direkten Kontakt zu Geflüchteten haben. Dennoch stehen die Träger schlussendlich als die „großen Wohltäter“ (Diana Henniges) da und bekommen im darauffolgenden Jahr wieder finanzielle Unterstützung. Auch wenn eine dauerhafte Finanzierung durch öffentliche Mittel nur bedingt oder gar nicht von den Initiativen angestrebt wird, zeigt man sich darüber verärgert: „Das ist durchaus so eine Art der Korruption“ (Diana Henniges).

Auch wird bemängelt, dass in Politik und Verwaltung massive Ausschlussprozesse stattfinden. Beispielsweise sind Einladungen zur Masterplan-Diskussion so selektiv gestaltet worden, dass „alles Neue eigentlich ausgeschlossen [wurde]“ (Amei von Hülsen-Poensgen). Auch in der kommenden rot-rot-grünen Regierung ist mit ähnlichen Effekten zu rechnen. Schon im Koalitionsvertrag wird davon gesprochen, eine Datenbank mit potenziellen Zuwendungsempfängern einzurichten, mit folgendem Nebeneffekt: „Du erschwerst den Zugang [zu Geldern] im Grunde damit, dass du die Qualität versuchst hochzuhalten“ (Christian Lüder). Diana Henniges ergänzt, dass sie schon jetzt von der Existenz einer solchen „schwarzen Liste“ ausgeht; *Moabit hilft* mit ihrem Ruf als „Bombenleger“ wird schon länger nicht mehr zu Veranstaltungen eingeladen.

Amei von Hülsen-Poensgen äußert sich dazu relativierend: „Wenn du anfängst, in der gleichen Liga zu spielen, wenn du bereit bist, dich auf diese ganzen Spiele einzulassen, dann ist es durchaus so, dass du auch Zugang gewinnen kannst“. Als Beispiel dafür führt sie das Projekt *Ulme 35* an, wo es mit überschaubarem Aufwand möglich gewesen ist, Förderungen zu erhalten.

8. Bewirken struktureller Veränderungen

In gewisser Weise bewirken die persönlichen Kontakte, die schlussendlich für die Initiative als Ganzes stehen, durchaus Veränderung in den Verwaltungen. Besagte Kontakte wirken in beide Richtungen: „Das ist dann schon so, dass die das [die Zusammenarbeit mit den Initiativen] als verlängerten Arm und auch als Qualitätsverbesserung ihrer Arbeit sehen“ (Amei von Hülsen-Poensgen). Als Beispiel wird an dieser Stelle eine Mitarbeiterin vom Schulamt angeführt, die über die Willkommensinitiativen von Einzelfällen erfahren möchte, um helfen zu können.

Auch sind persönliche Kontakte, wie beispielsweise im Fall LAGeSo, durchaus hilfreich, wenn es darum geht, Medien den Zugang zu Behörden zu ermöglichen. So war es nur über Ramona Pop, Mitglied des Abgeordnetenhauses, möglich, den früheren Chef des LAGeSo, Herrn Allert, zu erreichen und für ein Gespräch zu gewinnen, um dann durch die mediale Aufmerksamkeit einen Handlungsdruck aufzubauen. „Medien waren der Türöffner dazu, dass wir da Verbesserungen erreicht haben“ (Diana Henniges). Amei von Hülsen-Poensgen verweist hier aber auch auf das „Beharrungsvermögen der Presse“: An vielen Stellen, beispielsweise wenn es um die Unterbringung in Turnhallen oder die hohe Durchfallquote bei Integrationskursen geht, wird nicht, oder erst sehr spät berichtet. Wohingegen andere Informationen boulevard-journalistisch aufgegriffen werden. „Ich sehe die Medien durchaus als Waffe, nach wie vor“ (Diana Henniges).

Durch das breite Netzwerk, über welches die hier vertretenen Initiativen verfügen, werden viele verschiedene Fälle an sie herangetragen. „Immer dann, wenn bei mir der gleiche Fall zum dritten Mal auftaucht, dann ist die Vermutung hoch, (...) dass dahinter ein strukturelles Problem steckt.“ Durch ständiges, zielgerichtetes Weiterleiten der von Missständen betroffenen Einzelfälle konnten solche Probleme behoben werden, wie es beispielhaft bei fehlenden Paschtu-Übersetzer*innen der Fall gewesen ist. „Steter Tropfen höhlt den Stein“ (Diana Henniges). Mittlerweile gibt es in den meisten Behörden auch Ansprechpartner*innen für die Initiativen, was die Kommunikation vereinfacht.

Anhang B – Kurzprotokoll Gruppendiskussion Ehrenamtskoordination

Zeit: 29.11.2016, 14:00 bis 15:30 Uhr

Gesprächsleitung: Dr. Frank Gesemann, Martin Kriemann (DESI)

Protokoll: Alexander Seidel (DESI)

Teilnehmende:

- Niklas Alt, Ehrenamtskoordinator Bezirksamt Mitte
- Nina Hartmann, Mitarbeiterin Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales
- Michael Rässler-Wolff, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement (LKF) – Bereich Ehrenamt
- Hannah Rindler, Ehrenamtskoordinatorin Bezirksamt Spandau
- Julia Saatz, Praktikantin im Bezirksamt Mitte
- Vanessa Steinweg, Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Mitarbeiterin im Bereich bürgerschaftliches Engagement, zuständig für Willkommenskulturprojekte der Stadtteilzentren

1. Strukturen der Ehrenamtskoordination

*Auf bezirklicher Ebene: Bezirkliche Ehrenamtskoordinator*innen*

Die Strukturen der Flüchtlings- und Ehrenamtskoordination in den Bezirken sind sehr heterogen: Teilweise gibt es nur Flüchtlingskoordinator*innen, in anderen Bezirken kommen noch Stellen für Ehrenamtskoordinator*innen hinzu. In Bezirken, in denen es diese Stellen nicht gibt, wurden die Koordinationsaufgaben auf andere Verantwortungsbereiche verteilt. Im Bezirk Mitte arbeitet der Ehrenamtskoordinator eng mit der Flüchtlingskoordinatorin des Bezirks zusammen und bildet mit dieser das „Willkommensbüro“.

Die konkreten Tätigkeiten vor Ort sind sehr vielfältig und davon abhängig, an welchen Bereichen der Verwaltung die Stellen angesiedelt sind. Die Stelle in Mitte ist beispielsweise beim Integrationsbeauftragten angegliedert, der wiederum dem Bezirksbürgermeister unterstellt ist. In Spandau ist die Ehrenamtskoordinatorin direkt dem Bezirksbürgermeister unterstellt. In anderen Bezirken sind die Stellen auch Sozialämtern oder anderen Stadträten zugeordnet: „Dadurch sind Wege jeweils andere“.

Die Ehrenamtskoordinator*innen der Bezirke tauschen sich regelmäßig im Rahmen der AG Ehrenamtskoordination aus, die bis zum 31. Dezember 2016 beim Landesweiten Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement (LKF) angesiedelt war. Nach der Auflösung des LKF werden die Aufgaben der Ehrenamtskoordination vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten wahrgenommen.

*Auf lokaler Ebene: Ehrenamtskoordinator*innen der Flüchtlingsunterkünfte*

Innerhalb der Flüchtlingsunterkünfte gibt es ebenfalls Ehrenamtskoordinator*innen, also Angestellte der Betreibergesellschaften. Diese Organisationsstruktur wurde Ende 2015 auf den Weg gebracht, da es bei den verschiedenen Betreibern der Unterkünfte einen „Wildwuchs“ im Umgang mit der Ehrenamtskoordination gab: Einige Betreibergesellschaften richteten solche Stellen ein, bei anderen wurden entsprechende Aufgaben durch die Heimleitung oder die Sozialarbeiter*innen übernommen

oder es wurde ganz darauf verzichtet. Die bezirklichen Ehrenamtskoordinator*innen drängten gegenüber dem Land Berlin auf eine Vereinheitlichung, sodass schließlich eine Regelung gefunden wurde, wonach pro 500 Unterkunftsbewohner*innen eine derartige Stelle finanziert wird. In kleineren Unterkünften findet eine Teilfinanzierung statt, beispielsweise für 100 Bewohner*innen eine Fünftel-Stelle.

Standards für die Ehrenamtsarbeit für Unterkunftsbetreiber sind seit Mai 2016 in neuen Verträgen des Landes Berlin mit Unterkunftsbetreibern festgehalten (§ 6 Betreibervertrag zwischen LAGeSo und Unterkünften; siehe auch den Auszug aus dem Vertrag am Ende des Protokolls), z.B. „Partnerschaftliche, kooperative Zusammenarbeit“, „Hausverbote nur mit Zustimmung des Landes“ oder „Einleiten eines Schlichtungsverfahrens durch das Land bei Konflikten“. In diesen Verträgen ist auch ein Anforderungsprofil für Ehrenamtskoordinatoren der Unterkünfte enthalten. Verpflichtend ist die Einrichtung dieser Stellen erst mit Abschluss der neuen Verträge; die Stellen werden jedoch auch Betreibern mit älteren Verträgen bewilligt, sodass es diesen nahegelegt wird, diese zusätzlich finanzierte Stelle auch in Anspruch zu nehmen. Zudem bezeichnete der Leiter des LAGeSo das Vorhandensein einer solchen Stelle öffentlich als „Qualitätsindikator“, was die Unterkünfte weiter motivieren dürfte, diese Stellen einzurichten.

Im Dezember 2016 gab es etwa 60 solcher Ehrenamtskoordinator*innen in Berliner Unterkünften. Diese tauschen sich untereinander in regionalen Runden aus: Aufgrund der großen Zahl an Unterkünften bzw. Koordinator*innen gibt es dafür vier Regionen (bestehend aus jeweils etwa drei Berliner Bezirken). Organisiert werden diese monatlichen Treffen durch die Landesfreiwilligenagentur und das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF).

Das Funktionieren der Unterkunfts-Ehrenamtskoordination wird von den Teilnehmenden der Gruppendiskussion als „ganz gut“ beschrieben. Ein Beispiel zeigt, wie der Aufgabenbereich der Unterkunfts-Koordinator*innen aussehen kann: In Mitte gibt es eine gemeinsame Runde mit den Unterkunftsbetreibern („AG Geflüchtete“), in der in weiteren Unter-AGs (wie „Patenschaften für Flüchtlinge“) ein Austausch über Angebote und offene Fragen stattfindet, z.B. „Wie erfahren Geflüchtete von dem Patenschaftsangebot?“, „Wie lässt sich Interesse schaffen?“.

2. Selbstverständnis der bezirklichen Ehrenamtskoordination

Den eigenen Aufgabenbereich beschreiben die anwesenden Ehrenamtskoordinator*innen als divers: Zunächst geht es um die Zusammenarbeit mit den Initiativen, Projekten, Trägern oder Unterkünften, um Vernetzung herzustellen, Informationen zu verteilen und Informationsveranstaltungen durchzuführen. Im Rahmen ihrer Tätigkeit werden ferner Themen identifiziert, um Ehrenamtliche darin zu stärken, ihr Engagement weiterzuführen. Grundsätzlich soll ein engerer Austausch mit der Zivilgesellschaft hergestellt werden. Dieser ist auch wünschenswert, da die Initiativen einen ganz anderen Zugang zu „harten Themen“ (wie Wohnen, Job, Behörden) haben.

Gleichzeitig werden auch Ehrenamtliche fern des engeren flüchtlingsbezogenen Engagements unterstützt, beispielsweise in Versicherungsfragen.

Die intermediäre Rolle der Ehrenamtskoordinator*innen zeigt sich vor allem in ihrer Selbstbezeichnung als „Ermöglicher“, indem fallbezogen Zugänge für Ehrenamtliche zu Institutionen oder Behörden vermittelt werden. Beispielsweise konnte in Mitte in der Nähe einer Notunterkunft ein Park, der sich in nicht mehr nutzbarem Zustand befand, von Ehrenamtlichen wieder hergestellt werden, nach-

dem der Ehrenamtskoordinator Kontakte zum Grünflächenamt und der Berliner Stadtreinigung (BSR) herstellte und Zusagen für eine entsprechende Unterstützung einholte.

Auf die Frage, wie sehr die bezirklichen Ehrenamtskoordinator*innen ihre Rolle im Fördern von Querschnittsdenken und Anregen ganzheitlicher, ressortübergreifender Arbeit sehen, wurde angemerkt, dass es inzwischen in allen wichtigen Fachämtern entsprechende Verantwortlichkeiten gebe und das Thema damit „überall angekommen“ sei. Die Ehrenamtskoordinator*innen wirken aber bei übergreifenden Treffen mit: „Wir sind das Querschnittsressort“. Auch ein kollegialer Austausch sei gegeben. Insgesamt müssten in dieser Hinsicht „keine dicken Bretter mehr gebohrt werden“.

3. Kommunikations- und Vernetzungsstrukturen zwischen Ehrenamtlichen und Ehrenamtskoordination

Das Beispiel Mitte zeigt die Vernetzung zwischen Ehrenamtskoordination und Ehrenamtlichen. In Mitte gibt es etwa vier bis fünf aktive Willkommens- bzw. Flüchtlingsinitiativen. Die Kommunikation verläuft hier auf direktem Wege zwischen den Beteiligten „durch den guten Draht“, über persönliche Kontakte oder Telefonate.

In Spandau gibt es eine große offene Runde von Ehrenamtlichen, in der Vertreter*innen von Willkommensinitiativen, engagierte Einzelpersonen sowie Stadtteil- und Familienzentren zusammenkommen. Getrennt davon existiert eine „Heimleiterrunde“, welche alle vier bis sechs Wochen tagt und der Kommunikation und dem Informationsaustausch zwischen dem Integrationsbeauftragtem und den Unterkunftsleitungen dient, sowie eine Vernetzungsstruktur der Ehrenamtskoordinatoren der Unterkünfte selbst. Die Trennung der Kommunikationsrunden wird von der Ehrenamtskoordinatorin als Chance gesehen, zwischen beiden Seiten zu moderieren und ggf. im Konfliktfall zu vermitteln.

Ein Beispiel veranschaulicht, wie die Kommunikation zwischen Ehrenamtlichen und Unterkünften über die bezirkliche Ehrenamtskoordinator*innen aussehen kann: Die Ehrenamtlichen zeigten sich gegenüber der bezirklichen Ehrenamtskoordinatorin verwundert über die sehr verschiedenen Zugänge zu den Einrichtungen; teilweise wurde es ihnen sogar erschwert, dort tätig zu sein. Diese Einschätzung trug diese dann in die Runde der Unterkunfts-Ehrenamtskoordination, wo die geschilderten Zustände mit den 2016 neu ausgearbeiteten Qualitätsstandards des Landes und den Vorstellungen der Betreiber abgeglichen wurden. Nun erarbeitet sie eine Art „kleinsten gemeinsamen Nenner“ bzw. einen Mindeststandard zur Zugänglichkeit der Einrichtungen für Ehrenamtliche (wie Besuchszeiten, Regelungen zu Ausweisungspflichten...) und macht die Entwicklungen für beide Seiten transparent.

Im Sommer 2016 gab es auf Initiative des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) einen „Expertenzirkel Ehrenamtskoordination“, der sich sechsmal getroffen hat, um Qualifikation und Vernetzung der neu in den Unterkünften tätigen Ehrenamtskoordinator*innen zu fördern. Anwesend war neben Landes- und Bezirksvertretern sowie Unterkunftsbetreibern und Wohlfahrtsverbänden auch ein Vertreter der Willkommensinitiative Berlin hilft.

Es wird nicht als prioritäre Aufgabe der Ehrenamtskoordination der Unterkünfte angesehen, sich mit Konflikten zwischen Zivilgesellschaft und Betreibern zu beschäftigen, denn die Koordinator*innen der Einrichtungen würden als „Interessenvertreter des Ehrenamts“ auf der einen und ihrem Status als Angestellte der Betreibergesellschaften auf der anderen Seite zwischen den beiden Stühlen sitzen. Der korrekte Weg verlaufe bei Beschwerden über das LAF und das dortige Qualitätsmanagement.

Große übergreifende Vernetzungsansätze zwischen allen Akteuren bzw. unter Einbindung der Ehrenamtlichen, wie die Zukunftstage in Charlottenburg-Wilmersdorf, waren den Teilnehmenden nicht bekannt; auch konkrete Projekte wie die InterK(ult)urAnstalten oder das Haus der Statistik, in denen Initiativen eigene Aktivitätsräume oder Räume der Begegnung gestalten, scheinen in Berlin die Ausnahme zu sein. Dazu wurde jedoch angemerkt, dass es wichtig sei, Flüchtlingsinfrastrukturen und lokale nachbarschaftliche Bedarfe nicht parallel zu denken, sondern „Brücken, Verschränkungen und Integration“ zwischen beiden Ebenen anzustreben, wie es bei den InterK(ult)urAnstalten und dem Haus der Statistik bereits geschieht.

4. Gelingensbedingungen für Kooperation mit Willkommensinitiativen

Die Teilnehmenden betonten, dass die Willkommensinitiativen vor allem im Jahr 2015 dem Land Berlin extrem stark zur Seite standen und eine „richtig mächtige Bedeutung“ hatten. Nun ist es an der Zeit, nicht mehr „Betten“, sondern „Brücken in die Gesellschaft“ zu bauen. Die Initiativen sind auch ein sehr wichtiger Partner, um an spezifische Informationen zu gelangen, die nur die Initiativen haben, die Verwaltung aber nicht. Die Initiativen seien auch ein „Türöffner“ zu den Geflüchteten selbst, denn zu diesen hat die Ehrenamtskoordination in ihrem Arbeitsalltag – im Gegensatz zu den Initiativen – wenig Kontakt.

Es wird als wichtig empfunden, dass die Ehrenamtlichen Informationen „aus erster Hand“ und von direkten Ansprechpartnern (wie Dienststellen- oder Abteilungsleiter*innen, Landes- und Bezirksbehörden) bekommen, statt neue Entwicklungen aus der Zeitung zu erfahren. Das haben sie „verdient“. Solche Möglichkeiten zu schaffen – z.B. in Form von Treffen und Infoveranstaltungen – ist auch eine Aufgabe der bezirklichen bzw. landesweiten Ehrenamtskoordination. Ein Beispiel, bei dem dieser Austausch gut funktioniert, ist eine Unterkunft aus Spandau, deren Unterkunfts-Ehrenamtskoordinatorin direkt aus einem örtlichen Willkommensbündnis kam, sodass Kommunikation und Austausch vom ersten Tag an sehr gut liefen.

Die Form der Institutionalisierung der Initiativen, ob eine Initiative als Verein, informell oder in anderer Form organisiert ist, hat für das Gelingen der Zusammenarbeit kaum eine Bedeutung. Mal wende man sich an eine „Gruppe“, die zuverlässig per E-Mail erreichbar ist, in anderen Fällen an ein, zwei Einzelpersonen.

Weiterhin wurde die gute Zusammenarbeit mit Stadtteilzentren als „gute Partner der Initiativen“ hervorgehoben: Von den 30 Stadtteilzentren in Berlin arbeiten alle mit Initiativen zusammen (bis auf zwei, in deren Umfeld sich keine Initiativen gebildet haben). Die Stadtteilzentren wurden von der Senatsverwaltung angehalten, für organisatorische Anliegen der Willkommensinitiativen (wie das Annehmen von Spenden) zur Verfügung zu stehen. So können die Initiativen bestimmten professionellen Anforderungen gerecht werden, ohne selbst eine fest institutionalisierte Struktur (v.a. Vereinsgründung) herausbilden zu müssen. Die Stadtteilzentren sind darüber hinaus erfahren im Umgang mit Themen wie Antragsstellungen, Öffentlichkeitsarbeit oder Vernetzung. In ähnlicher Form wurden im Jahr 2016 Projektgelder für Initiativen zur Verfügung gestellt, welche über Bezirksämter oder Stadtteilzentren als „Brücke“ an die – informellen, nicht rechtsfähigen – Initiativen geleitet wurden.

5. Lokale Demokratie und Politisierung

Die Möglichkeiten für Initiativen, lokale Demokratie mit zu gestalten, seien beispielsweise durch Kontakte zu Bezirksverordnetenversammlungen gegeben. Es sei aber keine Rolle von Ehrenamtskoordination, als politische Vermittlerin aufzutreten bzw. politische Zugänge zu ermöglichen.

Die Initiativen seien jedoch politisch wahrnehmbare Akteure. Dass sich Verwaltung geöffnet habe und es auch als ihre Aufgabe ansehe, die Initiativen als Partner anzuerkennen und mit Informationen zu versorgen, sei für diese ein „ziemlicher Schritt“ gewesen. Das klassische Prinzip der „Legitimation durch Verfahren“ sei – „gerade weil man aufeinander angewiesen war“ – aufgebrochen worden zu Gunsten einer „Legitimation durch Engagement“: „Die Leute, die sich kümmern, die bekommen auch die Informationen, mit denen wird auch diskutiert, die werden auch gehört.“ Die Initiativen werden „begriffen als Bestandteil des Lebens vor Ort und der lokalen Akteure – die bilden einfach die Meinung ab“.

Die Wahrnehmung von Willkommensinitiativen, dass sich die Zugänge zur Politik und Verwaltung inzwischen wieder schließen, wird eher auf die Unbeständigkeit informellen Engagements zurückgeführt. Diese lasse sich nicht steuern oder binden, sondern gehe irgendwann auch andere Wege, könne sich zurückziehen oder andere Formen der politischen Einflussnahme suchen, z.B. die Bezirksverordnetenversammlungen. Ein Rückzug Ehrenamtlicher entstehe auch durch Resignation, politische Versäumnisse weder dauerhaft geradebiegen noch den Betroffenen vermitteln zu können oder zu wollen. Dass sich Verwaltungen gegenüber den Ehrenamtlichen wieder verschließen, sei dagegen „nicht wirklich festzustellen“.

Anlage 1: Auszug aus dem Betreibervertrag zwischen LAGeSo und Unterkünften (seit Mai 2016)

§ 6

Kooperation mit Ehrenamtlichen, Spenden

(1) Zu den Aufgaben der Betreiberin / des Betreibers zählt die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen und freiwilligen Initiativen und den örtlichen Stadtteilzentren sowie deren Koordination und Unterstützung. Hierzu stellt die Betreiberin / der Betreiber den Ehrenamtlichen und Initiativen verfügbare Gemeinschaftsräume für die Durchführung integrativer Maßnahmen unentgeltlich zur Verfügung. Berlin hat das Bestimmungsrecht bezüglich der Raumaufteilung, Verfügbarkeit und Raumnutzung.

(2) Die Betreiberin / der Betreiber stellt zur Koordination und Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements eine Koordinatorin / einen Koordinator für ehrenamtliches Engagement ein, siehe Anlage 1.

(3) Die Betreiberin / der Betreiber pflegt mit den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern einen rücksichtsvollen, partnerschaftlichen Umgang und strebt eine konstruktive Konfliktlösung an, gegebenenfalls nach einem von Berlin festgelegten Verfahren (Schlichtungsverfahren). Die Betreiberin / der Betreiber wird Hausverbote gegenüber ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern nur aus gewichtigen Sachgründen und mit schriftlicher Zustimmung Berlins erteilen. Berlin kann bestimmen, dass in geeigneten Fällen eine Schlichtung nach einem von Berlin festgelegten Verfahren durchgeführt wird.

(4) Die Betreiberin / der Betreiber kann Spenden von Dritten für die untergebrachten Personen entgegennehmen. Erhält der Betreiber Spenden in Form von Gegenständen, die der Betreiber vertraglich vorzuhalten hat und für die Berlin ein Entgelt entrichtet (z.B. Hygieneartikel), so ist der Betreiber verpflichtet, diese Spenden gesondert gegenüber Berlin anzuzeigen und mit dem Entgelt zu verrechnen.

Anlage 2: Auszug aus der Leistungs- und Qualitätsbeschreibung zum Betreibervertrag

Aus der Leistungsbeschreibung:

8. Koordinieren der Arbeit der Ehrenamtlichen, Freiwilligen und örtlichen Stadtteilzentren im Vertragsobjekt, Zusammenarbeit und Unterstützung; Einstellen einer Koordinatorin bzw. eines Koordinators für ehrenamtliches Engagement nach Maßgabe der Qualitätsbeschreibung

Aus der Qualitätsbeschreibung:

2. Personal

[...]

d) Koordinatorin / Koordinator für ehrenamtliche Tätigkeit

Ehrenamtliches Engagement ist eine zentrale und wichtige Aufgabe für eine gesellschaftliche Entwicklung, die unterstützend zur Integration der Asylsuchenden beiträgt. Hierzu wird eine Stelle Koordinator / Koordinatorin für ehrenamtliche Tätigkeit vorgehalten.

Aufgaben: Die Ehrenamtskoordinatorin/der Ehrenamtskoordinator ist Ansprechpartner / -in für das Ehrenamt in der Einrichtung. Sie / er koordiniert Ehrenamtliche sowie Hauptamtliche in ihrer Arbeit und sorgt für eine Vernetzung, insbesondere Aufbau und Koordination einer Struktur, die den Einsatz von Ehrenamtlichen in der Einrichtung für Flüchtlinge fördert, weiterentwickelt, systematisiert und organisiert; Entwicklung von Einzelprojekten, Aufbau eines Netzwerkes von Akteuren in der Einrichtung und dem Umfeld; Aufbau eines Pools an Ehrenamtlichen und deren Einsatzplanung (wer möchte was, in welchem Umfang anbieten, wo kann der Einsatz erfolgen, etc.); Bestimmung von Handlungsfeldern und Organisation von Aktivitäten zu Themen wie z.B. Patenschaften, Kennenlernen der Stadt Berlin, Behördenwege, Sprache, Spiel, Sport, Spaß; Organisation von Informations- und/oder Schulungsveranstaltungen für Ehrenamtliche zum Themen wie Asylrecht, Herkunftsländer der Flüchtlinge, Umgang mit Menschen mit traumatischen Erlebnissen, Gesundheitsfragen etc.; Entwicklung einer Anerkennungskultur; Einführung der Ehrenamtlichen in die Unterkunft

Anforderungsprofil: Abgeschlossene Fachschul- / Hochschulausbildung, wünschenswert in sozialer Arbeit oder Ausbildung in pädagogischen/sozialwissenschaftlichen Bereich oder langjährige Erfahrung in einem ähnlich pädagogisch, kulturellem, organisatorischen Arbeitsfeld; hohe Sozialkompetenz, ausgeprägte Konfliktfähigkeit und gutes Organisationstalent;

Personalschlüssel: 0,002 Vollzeitstellen pro Platz

Anhang C – Übersicht der Gesprächspartner*innen

Expert*innen

Dr. Andrej Holm	Stadtsoziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin, Autor des Gentrification-Blog	27.07.2016
Amei von Hülsen-Poensgen	Juristin, Mitbegründerin der Flüchtlingsinitiative Willkommen im Westend (2013)	26.07.2016
Francesca Ferguson	Initiatorin des Make City-Festivals, Geschäftsführerin der MAKE_SHIFT gGmbH	28.07.2016
Jens-Holger Kirchner	Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung Pankow	04.08.2016
Jochen Lang	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Abteilungsleitung der Abt. IV: Wohnungswesen, Wohnungsneubau, Stadterneuerung, Soziale Stadt	26.07.2016
Ines Schilling	Leiterin der sozialraumorientierten Planungskoordination im Bezirk Treptow-Köpenick	20.07.2016

Gesprächspartner*innen zu Kotti & Co

Ralf Hirsch	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. IV B: Soziale Stadt	15.11.2016
Sandy Kaltenborn	Mitbegründer von Kotti & Co und Teil der Kerngruppe	20.10.2016
Felix Kienzler und Jannis Willem	Kotti Youth, Jugend-AG der Initiative	02.11.2016
Jan Kunert	Wohnungswirtschaftlicher Berater der Initiative	18.11.2016
Eckhard Sagitza	Wohnungsamt Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg	18.11.2016
Reiner Wild	Vorstand Berliner Mieterverein, der regelmäßig mit Kotti & Co zusammenarbeitet	02.11.2016

Gesprächspartner*innen zur Initiative Bundesplatz

Alexander Kaas Elias	Mitglied der Initiative und der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf (Bündnis 90/Die Grünen)	07.11.2016
Franziska Kuczmerka	Vereinsmitglied, Gründerin des Arbeitskreises "Unternehmerinnen am Bundesplatz"	28.10.2016
Sabine Pentrop	Vorstandsmitglied, Pressesprecherin der HOWOGE	11.11.2016
Wolfgang Severin	Gründungsvorstand der Initiative Bundesplatz e.V.	14.10.2016
Marc Schulte	Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung	01.11.2016
Horst Wohlfarth von Alm	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Abt. VII B: Planung und Verwaltung von Straßen und Plätzen	21.11.2016

Gesprächspartner*innen zum Haus der Statistik

Dr. Christian Hanke	Bezirksbürgermeister Mitte	12.10.2016
Stefan Richter	Stiftung Zukunft Berlin	28.11.2016
Florian Schmidt	Pressesprecher "Haus der Statistik", Mitglied der Initiative "Stadt Neudenken" und Atelierbeauftragter des Landes Berlin	09.11.2016
Florian Schöttle	Vorstand Martinswerk e.V.	16.11.2016

Gesprächspartner*innen zu Hellersdorf hilft

Dr. Thomas Bryant	Integrationsbeauftragter des Bezirks Marzahn-Hellersdorf	02.11.2016
Prof. Dr. Oliver Fehren/ Elène Misbach	Koordination des Projekts PFortE (Hochschule-Kommune-Partnerschaft) an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin	18.11.2016
Sajid Khan	Koordinator im LaLoka	02.11.2016
Stefan Komoß	Bezirksbürgermeister Marzahn-Hellersdorf	02.11.2016
Luisa Seydel	Pressesprecherin/Vorstandsmitglied <i>Hellersdorf hilft</i>	07.12.2016
Mekonnen Shiferaw	Sprecher des Bündnisses für Demokratie und Toleranz	22.11.2016
Prof. Dr. Bettina Völter	Prorektorin der ASH, Kooperationsverantwortliche der ASH mit dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf	22.11.2016

Gesprächspartner*innen zu Willkommen im Westend

Carsten Engelmann	Bezirksstadtrat für Soziales und Gesundheit im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf	26.10.2016
Leon Friedel	SPI-Stiftung, Koordinator „Partnerschaft für Demokratie“	30.11.2016
Christine Grote	Ehrenamtskoordinatorin Charlottenburg-Wilmersdorf	26.10.2016
Franziska Hirschelmann	Koordination Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten der Agentur für Arbeit Nord	07.12.2016
Amei von Hülsen-Poensgen	Juristin, Mitbegründerin der Flüchtlingsinitiative Willkommen im Westend (2013)	26.07.2016
Ursula Kiesling	Sprecherin der Geschäftsstraßeninitiative Reichsstraße	29.11.2016
Frank Vöhler	Pfarrer der Ev. Kirchengemeinde Neu-Westend und Mitglied bei Willkommen im Westend	12.12.2016

Gruppendiskussion Ehrenamtskoordination

Niklas Alt	Ehrenamtskoordinator Bezirksamt Mitte	29.11.2016
Nina Hartmann	Mitarbeiterin Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales	29.11.2016
Michael Räßler-Wolff	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Landesweiter Koordinierungsstab Flüchtlingsmanagement (LKF) – Bereich Ehrenamt	29.11.2016
Hannah Rindler	Ehrenamtskoordinatorin Bezirksamt Spandau	29.11.2016
Julia Saatz	Praktikantin im Bezirksamt Mitte	29.11.2016
Vanessa Steinweg	Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, Mitarbeiterin im Bereich bürgerschaftliches Engagement, zuständig für Willkommenskulturprojekte der Stadtteilzentren	29.11.2016

Gruppendiskussion Willkommensinitiativen

Diana Henniges	Initiative Moabit hilft	24.11.2016
Amei von Hülsen-Poensgen	Initiative Willkommen im Westend	24.11.2016
Christian Lüder	Initiative Berlin hilft	24.11.2016